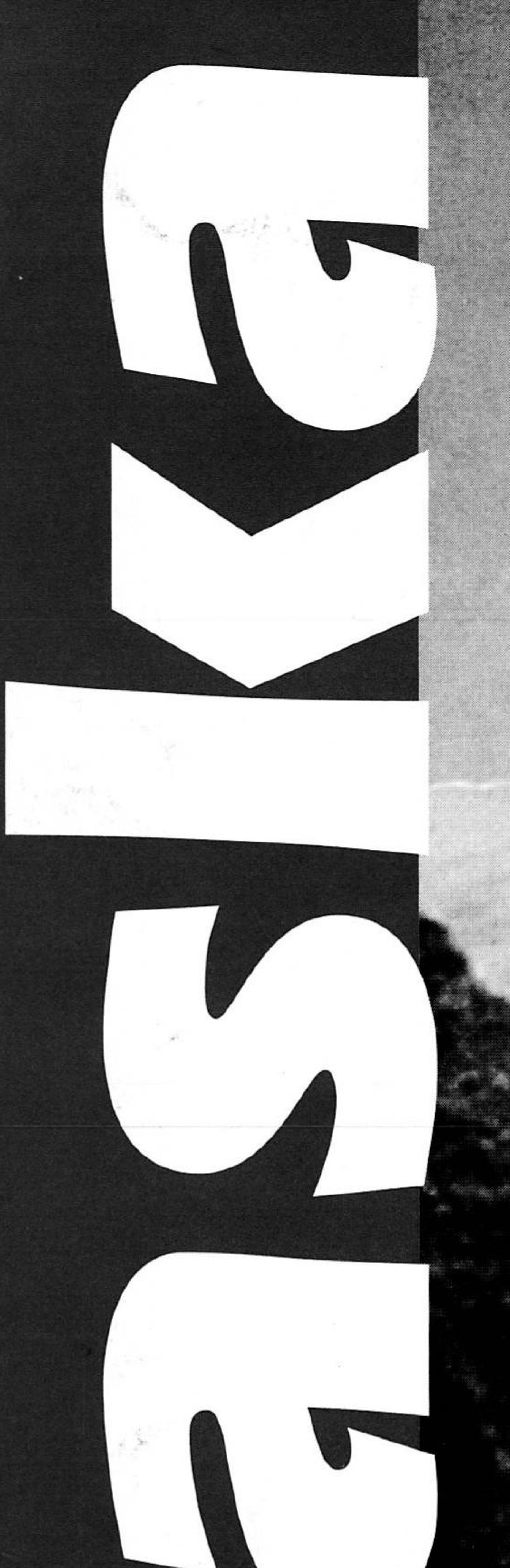


Mach was Schönes

EXPO 2000, Kritik und Widerstand

Zeitschrift für Internationalismus

Heft 231

design by markovits

n.

KO

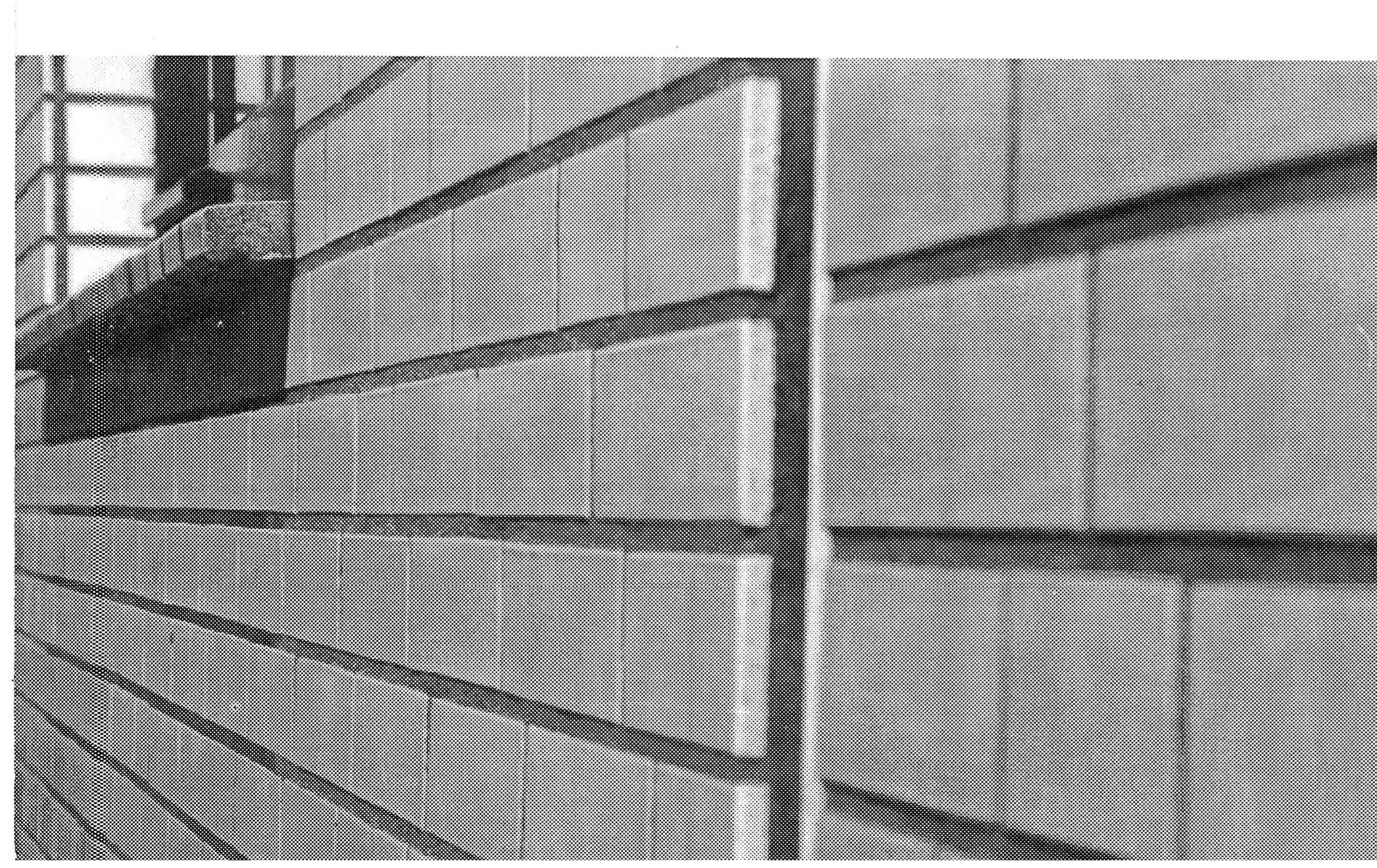
ner

EDITORIAL

Geschätzte LeserInnen,

*kaum zu fassen, schon wieder eine alaska. Nach dieser trüben fast alaskafreien ersten Jahreshälfte - Gerüchten zufolge gab es uns schon gar nicht mehr - melden wir uns zurück. Das ist die zweite Nummer für dieses Jahr und viele packende Ausgaben werden folgen. Zugegeben, wir sind etwas geschrumpft: von außen (das Format) und von innen (die Redaktion), deutlich weniger geschrumpft sind unsere Pläne und Zukunftsvisionen. Nach dem BUKO 23 "WTO und soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus" - oder etwas hipper: "**W**iderstand**.W**elt**.W**eit**.vonunten.org**anisieren" - im Oktober 2000 in Berlin folgt im Dezember unsere eigene Tagung zum Thema "Out of this World - Science Fiction, Politik, Utopie" in Bremen. Ein Schwerpunktheft dazu wird bereits vorher erscheinen. Insgesamt werden die feministischen Anteile deutlich zunehmen, wenn schon sonst nirgends, dann doch wenigstens bei uns. Und was den Stil und die Ausdrucksweise anbelangt, sind wir immer noch auf der Suche nach der gelungenen Form der Vereinfachung. Was in der Mode oder in Life-Style-Diskussionen unter den Begriffen "Pureness" oder "Simplicity" längst ein Trend ist, ist an linker Theorie bislang spurlos vorüber gegangen. Nicht, dass man/frau jeder Mode hinterherrennen müsste, aber diese Gefahr ist in der linken Szene ohnehin nicht sehr gross. Leider verhält sich häufig die Unverständlichkeit umgekehrt proportional zur inhaltlichen Substanz. Einfachste Zusammenhänge werden sprachlich in gigantische Höhen geschraubt, Nichtssagendes ist eigentlich nicht mehr zu verstehen. Dabei wäre es gar nicht so schwer, denn wenn Foucault sagt, dass es der eine bestimmte Augenblick ist, "der eine Erkenntnis hervorbringt,die die Bedingungen definiert, unter denen jegliches Wissen möglich ist," ist doch alles klar, oder?!*
Insofern, wir sind auf der Suche ...

Die Redaktion der
alaska



DEBATT

THEME

KONTEXT

SHORT CU





… UND MORGEN DIE GANZE WELT

MULTIKULTURALISMUS UND NEOKOLONIALISMUS AUF DER EXPO 2000

KAI KASCHINSKI

Während es im Zuge der EXPO-Kritik durchaus gelungen ist dem seit längerer Zeit nur noch nebensächlich behandelten Thema der Biopolitik wieder breitere Aufmerksamkeit zu verschaffen, ist dies für den Internationalismus nicht gelungen. Die diesbezüglichen Bemühungen einiger weniger Gruppen innerhalb des EXPO-Widerstandes haben zwar Ansatzpunkte geboten, doch blieben sie bisher ohne grössere Relevanz. Hiermit hat der Widerstand, wenn auch in Hinblick auf die generelle Schwäche der Mobilisierung nicht gleich von der verpassten 'Chance' gesprochen werden sollte, so doch zumindest die Gelegenheit eine zentrale inhaltliche Kritik zu äussern vergeben. Spätestens nach der Eröffnung der EXPO hat sich gezeigt, dass die neokoloniale Kulturprogramm das wahrscheinlich offensichtlichste Merkmal der Ausstellung ist. Wenn die BesucherInnen etwas mit nach Hause nehmen dann die multikulturelle Vielfalt der Speisekarten und traditionellen Trachten. An diesem Punkt unterbietet die EXPO sogar die Erwartungen der im Vorfeld geäusserten kritischen Einschätzungen deutlich.

TRADITIONSLINIEN

Schon mit der Ausrichtung der ersten Weltausstellung 1851 in London wurde neben der Inszenierung des industriellen Fortschritts und der patriarchalen, kapitalistischen Logik auch das Abfeiern der imperialen Dominanz des britischen Empire beabsichtigt. Sogenannte „Wilde" wurden zum Beispiel für Unterentwicklung, erklärt. Kultur, Geschichte und Ökonomie Europas wurden zum Leitbild für die gesamte Welt stiilisiert. Die imperialistische Gewalt mit ihrer ökonomischen Ausbeutung, den Morden und der Kolonisierung der Kontinente wurde verschwiegen. Die Menschen im Süden wurden in diesem Denken zu Untertanen der Metropolen, denen aus ihrer Unzivilisiertheit geholfen werden muss. Die Welt, die hier ausgestellt wurde war die Welt des sich industrialisierenden Europas. Das Sklaverei und Hörigkeit zunehmend verpönt war, ist in diesem Zusammenhang keineswegs unlogisch. Die Durchkapitalisierung und die Ausdehnung des imperialen Zugriffs hatte real immer mehr Menschen der Herrschaftslogik unterworfen und sie in den Planungen der Strategen zu Humanressourcen werden lassen. Sklaverei war politisch unnötig geworden und ökonomisch als auch machhttechnisch nicht mehr die effizienteste Form der Ausbeutung. Nicht die Ketten symbolisierten die Vormacht der Metropolen, sondern die Mythen von heilsbringender Zivilisation und Entwicklung. Sie legitimierten auch im weiteren den Führungsanspruch der auf den Weltausstellungen begründet werden sollte.

PROJEKTIONSFLÄCHEN

Weltausstellungen sind nicht anderes als Projektionsflächen der internationalen Politik mit speziellen Spielregeln. Ideologische Vermarktung steht im Vordergrund und entsprechend gestalten sich auch die Konfliktfelder. Paris, 1936, und Brüssel, 1958, sind prägnante Beispiel dafür. Weltpolitische Konkurrenzen wurden auf dem jeweiligen Ausstellungsgelände ausgetragen. In Paris zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion und in Brüssel wiederrum mit der Sowjetunion auf der einen Seite diesmal allerdings als Kontrahent des Westens im Kontext des Kalten Krieges
1992 in Sevilla, wo unter dem Motto „Das Zeitalter der Entdeckungen" 500 Jahre der Kolonisierung der Kontinente gefeiert werden sollte, hatten sich die Rahmenbedingungen verändert. Der Ost-West-Konflikt hatte sich nach 1989 erle[...] Spanien als Gastgeberland versuchte relativ unverblümt s[...] Zeiten als Weltmacht zu feiern und seine Kolonialgeschi[...] entsprechend zu verbrämen. Damals, anders als heute, [...] wickelte sich angesichts dieser Perversion jedoch br[...] Widerstand, der in Aktionen in Sevilla mündete und sich in[...] Kampagne gegen 500 Jahre Kolonisierung hier in der BRD [...]derschlug.
Aktuell finden sich wenige pointierte Kritiken an dem im[...]rialen Gestus der EXPO 2000. Sicherlich ein Ausdruck der [...]schiebung des thematischen Schwerpunkts der Ausstel[...] und der Schwäche internationalistischer Positionen inner[...] der deutschen Linken. Während in Sevilla 500 Jahre der [...]seren Kolonisierung gefeiert wurden, liegt der Schwerpun[...] Hannover thematisch auf der inneren Kolonisierung. Bio- [...] Computertechnologie sollen die Lösungskompetenz [...] Metropolen begründen.

NISCHENPOL[...]

Deutlicher als die Linke hat die offizielle Politik auf den [...]geverlust internationaler Politik reagiert. Das Motto la[...] "Raus aus der Nische". Das ist das erklärte Ziel des Bunde[...]nisteriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entw[...]lungspolitik (BMZ) in Hinblick auf die EXPO 2000. Die bun[...]deutsche Entwicklungspolitik soll einen herausragenden [...] auf der EXPO erhalten. Bereits unter der Kohl-Regierung s[...]te das BMZ dafür 100 Mio DM aus seinem Haushalt bereit[...] den politischen Einfluss des Gastgeberlandes auf der Welt[...]stellung über den eigenen Nationenpavillon und den Them[...]park hinaus zu sichern. Mit diesen Mitteln hat die Gesellsc[...] für wirtschaftliche Zusammenarbeit (GTZ) als ausführe[...] Organ des BMZ nicht unwesentlich zu den bisherigen Erfo[...] der EXPO beigetragen. So war die Anzahl der teilnehme[...] Staaten und Organisationen noch nie so hoch wie in Ha[...]ver. Über 180 werden voraussichtlich in Hannover vertr[...] sein. Eine ganze Reihe der Trikont-Staaten, die sich daru[...] befinden, hat die GTZ beraten und mit den Sondermi[...] finanziell gefördert. 70 Mio sind in diesen Breich geflosse[...]

PAVILL[...]

Im Endergebnis orientieren sich jetzt die geförderten Trik[...] Staaten in ihren Pavillons stärker an der inhaltlichen Vor[...] der Ausstellung, der Agenda 21, als Deutschland se[...] Während im deutschen Pavillon 47 überdimensionale n[...]nal-relevante Köpfe, ein langweiliger Unterhaltungsfilm [...] Attraktionen aus den verschiedenen Bundesländern - wie[...]spielsweise ein Felsstück der Zugspitze als bayrisches Exp[...] - präsentiert werden, informieren die Trikont-Staaten n[...] ihren Sonnenseiten unter auch über sozio-kulturelle Pro[...] und Naturschutzgebiete. Nicht dass dies lobenswert [...] aber es verdeutlicht die Dominanzverhältnisse. Hauptmer[...] der Pavillone ist ihre touristische Ausrichtung. Reiseziele [...]den hier in Szene gesetzt. Bunte Gewänder, exotisches [...] abweschslungsreiche Speisen und fröhliche, schöne Mens[...] bestimmen die Ästhetik. Daneben sind immer wieder k[...] Broschüren zu finden, die die ökonomischen bzw. natürli[...] Ressourcen des Landes hervorheben und zu Investitionen [...]fordern. Im Vordergrund stehen jedoch insgesamt die kult[...]len Aspekte, eben die typische Landeskultur. Diese Gewich[...] beschreibt auch die vom BMZ organisierten Gemeinsch[...]ausstellungen des Südlichen Afrika, der karibischen Sta[...]

und des Südpazifik. Sie ähneln sich zudem in ihrer nachhaltigen Ökoästhetik, die quasi das optische Markenzeichen des BMZ ist.

WELTWEITE PROJEKTE

Neben den eigentlichen Länderpavillonen spielen die weltweiten Projekte, ein Novum für Weltausstellungen, eine wichtige Rolle bei der Aussendarstellung. Von den annähernd 770 internationalen Projekten hat die GTZ rund 300 in das Auswahlgremium eingebracht. Darunter befindet sich unter anderem ein Programm zur Reinerhaltung der Luft in Mexiko, eine Initiative zur Bewahrung von Weltkulturerbe in Nepal, eine mobile Datenbank fürs Wildlifemanagement in Südafrika oder die Förderung von medizinischer Versorgung und sogenannter Familienplanung auf Madagaskar. Viele der dort zusammengefassten Initiativen sind bundesdeutsche Entwicklungshilfe-Projekte. So versteckt sich hinter der Präsentation weniger eine Darstellung der politischen Vorhaben der jeweiligen Staaten als vielmehr eine Selbstbespiegelung deutscher Entwicklungspolitik. Ein zentraler Präsentationsort für die Projekte ist das Global House in dem BMZ und GTZ ihren Hauptsitz auf dem Weltausstellungsgelände haben. Dort werden eine ganze Reihe weltweiter Projekte vorgestellt, wenn auch insgesamt auf der EXPO nur ein kleinerer Teil der 770 Projekte vertreten ist. Schwerpunktmässig sind die ausgewählten Vorhaben im Bereich Reproductive Health, sprich Bevölkerungspolitik, Bewahrung des Weltkulturerbes und Naturschutz angesiedelt.

MULTIKULTURELLER EXOTISMUS

Abgerundet wird diese Form der Inszenierung des Südens durch multikulturelle Spektakel wie zur Eröffnung der Weltausstellung. Sogenannte Feiern unter dem Motto 'Feste der Welt' sorgen dann für den Hauch des Exotischen im sonst so biederen Hannover. Die Aufführung der von den DarstellerInnen ernstgemeinten traditionellen Tänze oder Gesänge bleibt im EXPO-Kontext auf dem Niveau eines multikulturell getünchten Rassismus stehen. Typisch ist die Werbung für das Gastspiel einer Gruppe von südpazifischen Tänzerinnen, deren Schönheit und anmutiger Tanz dafür hervorgehoben und mit Fotos der Frauen in Baströcken illustriert wurde. Dies zeichnet Bilder wie in "Meuterei auf der Bounty" mit Marlon Brando. Ein Begriff wie Weltkultur ist in diesem Zusammenhang nicht mehr als ein Markenname im Kulturprogramm und keineswegs gleichwertig mit 'europäischer Hochkultur'. Naturparks werden um Kulturparks ergänzt und gestalten es den metropolitanen BesucherInnen etwas abwechslungsreicher in Hannover. Im Subtext kann dann frei mit den Stichworten 'selbstverschuldete Armut', 'Einfachheit', 'kulturelle Eigenheiten' und 'sexuelle Potenz' assoziiert werden.

ONE WORLD: INTEGRATION IM NEOKOLONIALEN STIL

Insgesamt fügen sich alle genannten Ebenen in das Konzept der 'One World' ein. Diesen Obertitel hat das BMZ seinen Aktivitäten gegeben. Broschüren, Hinweisschilder und Presseinformationen mit dem entsprechenden Logo sollen den integrierten Projekten auf der Weltausstellung die besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen, die sie dann aus der Nische führt. Nicht zufällig wird hier eine Begrifflichkeit der Sozialen Bewegung, die Eine Welt, aufgegriffen. Wie generell im Nachhaltigkeitsdiskurs werden einst in emanzipativen Kontexten geformte Begriffe gewendet und zur Legitimation der herrschenden Verhältnisse genutzt. An die Stelle politischer Analysen tritt die Postulierung von Menschheitsinteressen. Interessenskonflikte wie auch die Diskussion der kolonialen Vorgeschichte verschwinden im Nebel globaler Problemfelder. Soziale Fragen werden zu technischen Problemen erklärt, die lediglich einer zukunftsorientierten, nachhaltigen Steuerung bedürfen. Diese Technisierung des Politischen entzieht dem politischen Konflikt seine eigentliche Brisanz. In Aussicht gestellter Techniktransfer und teilweiser Schuldenerlass versüssen das Ganze. In der Durchsetzung dieses Diskurses liegt ein Grund dafür, dass eine solch neokoloniale Inszenierung der Verhältnisse heute ohne grossen Widerspruch funktioniert. Im Zirkelschluss wird so die globale Problemlösungskompetenz der Metropolen legitimiert. Alternativen dazu werden im Weltbild der EXPO nicht zugelassen. Ein hegemoniales wie paternalistisches Konzept zugleich.

ENTWICKLUNGSPHILOSOPHIE

Der imperiale Charakter mit dem die Politik- und Kulturkonzeptionen der Metropolen zur Schau gestellt werden, wird mit einem entsprechenden Entwicklungsbegriff unterlegt. Dieses Entwicklungsmodell das vornehmlich im Themenpark vorgeführt wird zerstreut den letzten Zweifel daran wer die Weltgesellschaft im Endeffekt prägen soll. Hier ist der Ort an dem die EXPO GmbH mit ihren Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und einigen wenigen NGOs die Hightech-Visionen des späten 20. Jahrhunderts vorstellt. "Weltausstellungen sind nicht mehr ausschließlich dazu da, fremde Erdteile zu entdecken. Die Entdeckungsreise im Themenpark geht tief in die unentdeckte Welt des Gehirns, der vernetzten Kommunikation, der Gentechnologie, der Ressourcenforschung, des kulturellen Erbes, der Kernfusion oder auch der Menschenrechte." Mit diesen kulturell dekorierten Techniken sollen die Weltprobleme in der Praxis überwunden werden. An den Argumentationsmustern der Geschäftsführung, namentlich EXPO-Chefin Birgit Breuel, zeigt sich die damit einhergehende Festschreibung der neokolonialen Rollenverteilung im Weltbild der EXPO. "Die Agenda 21 ist somit ein Programm, die Umweltbelastung in der Welt mit den Mitteln einer wachsenden Wirtschaft zu reduzieren. Das gilt für die Entwicklungsländer: bei ihrer Aufgabe der Armutsbekämpfung und der Kontrolle des Bevölkerungswachstums. Und das gilt für die Industrieländer ebenso; denn von ihnen wird erwartet, daß sie umweltpolitisch den technischen Fortschritt, der möglich ist, auch in ihrem Produktionsapparat so schnell wie möglich im Interesse einer Entlastung der Umwelt umsetzen." Die im Süden identifizierten Probleme werden zur Legitimation des Ausbaus neoliberaler Umstrukturierungen und technischen Fortschritts, selbstverständlich alles zum Wohle von Menschheit und Natur. Von den Metropolen vorgegebene Anpassungsmassnahmen an globale Umstrukturierungen werden umdefiniert zu nachholenden Entwicklungen zur Beseitigung der Probleme des Trikont. Die Geschichte der falschen Versprechungen, die an entsprechende Vorhaben wie die Grüne Revolution in den 70er Jahren geknüpft waren und zur Schuldenkrise führten, wird ausgeklammert. Infragestellungen dieses metropolitanen, an die Wachstumsphilosophie des Kapitalismus geknüpften Entwicklungsbegriffs sind out. Allenfalls kommt es zu oberflächlichen Symptomdiskussionen und einer Modernisierung von kolonialen Klischees im Rahmen der Nachhaltigkeitspolitik. Da ist es dann eine Frau im Sao Paulo des 21. Jahr-

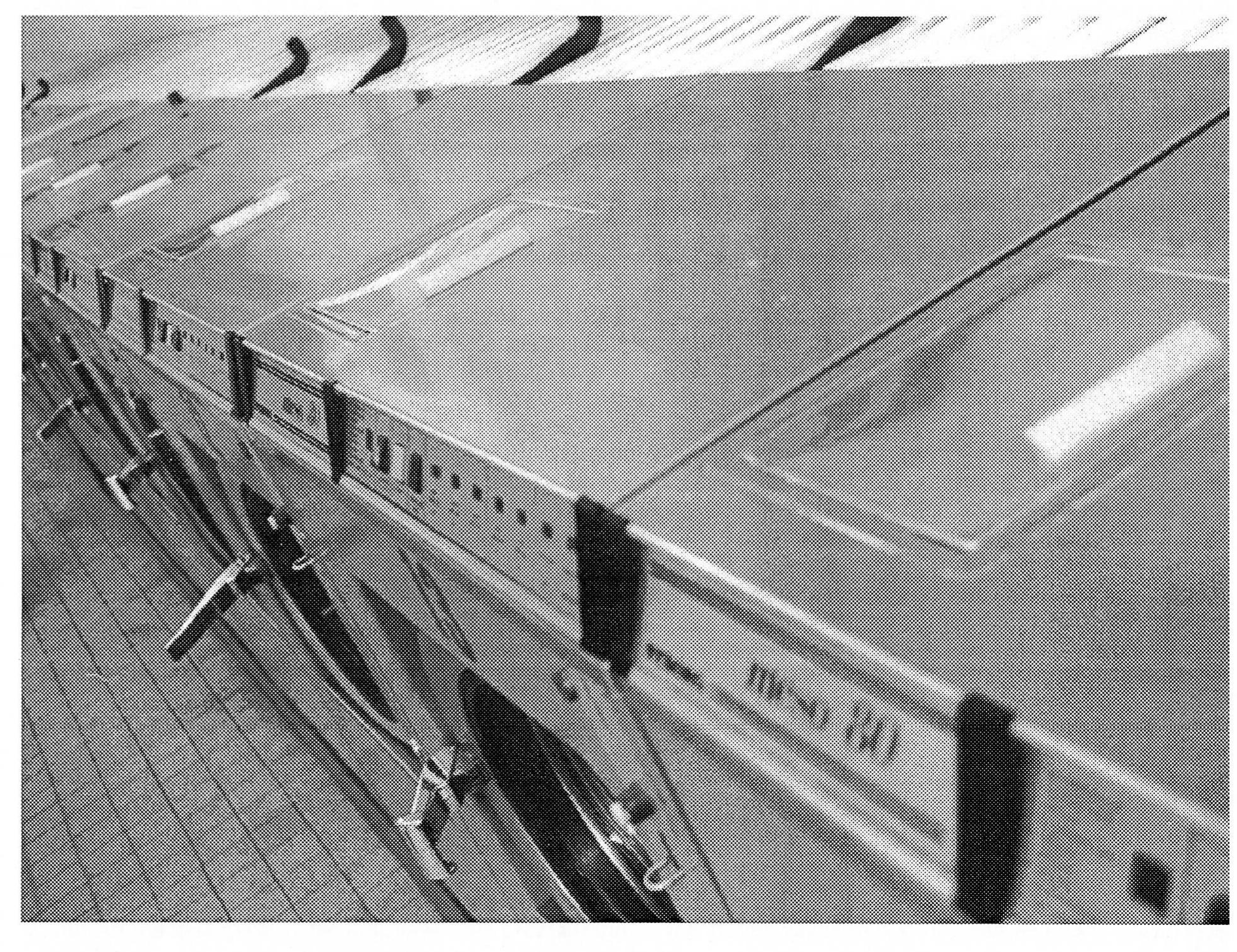
hunderts die ein ökologisch-nachhaltiges Verkehrkonzept einführt. Das Geschlecht der Frau ein Zugeständnis an den Verein "Frauen und EXPO". In Aachen wird im gleichen Script eine Biotech-Firma von vier jungdynamischen Unternehmerfiguren gegründet. Die Frau handelt um die Zukunft ihrer Kinder lebenswerter zu machen. Die Jungunternehmer um die Welt von der Zuckerkrankheit zu befreien. Die feinen Unterschiede.

REPUTATION UND REVISIONISMUS

Nun ist die Fest- und Fortschreibung der bekannten hegemonialen Herrschaftsverhältnisse sicherlich aber nicht der ausschlaggebende Grund für die Bundesregierung mehrere hundert Millionen auszugeben. Und auch für das BMZ ersetzt die EXPO keineswegs die Alltagsgeschäfte. Der Gewinn, der neben der Darstellung von Problemlösungskompetenz aus der Werbeveranstaltung gezogen wird, drückt sich in zusätzlicher internationaler Reputation aus. Birgit Breuel hat dies in ihren Worten so formuliert: „Die erste Weltausstellung der Geschichte in Deutschland bietet diesem Land den Heimvorteil, sich für fünf Monate im Scheinwerferlicht der Weltöffentlichkeit als Podium für Lösungsideen aus aller Welt zum Thema 'Mensch-Natur-Technik' zu präsentieren. ... Jede Weltausstellung ist eine Art Mikrokosmos des globalen Wettbewerbs der jeweiligen Zeit." Dieser Zugewinn an internationaler Reputation wurde deshalb von Anfang an zu einem von drei offiziellen Zielen ernannt. Immer wieder haben die EXPO-Kommunikationspartner dies auf ihren Werbeveranstaltungen hervorgehoben. Deutschland will sich nicht nur als bedeutender Wirtschaftsstandort, sondern auch als weltoffenes und multiku relles Land darstellen. Vergessen werden soll die nationa zialistische Vergangenheit und Nachrichten in den Weltm en über rassistische Übergriffe wie in Rostock-Lichtenha Dass im globalen Kapitalismus Revanchismus und Reputa nicht unvermittelt nebeneinanderstehen zeigt sich ge auch an der Debatte um die Greencard, Rechtsextremis und ausbleibende Computerfachleute. Deutschland will neues bereinigtes Image um seine Vermarktungsstrategie bessern zu können.

INTERVENTIONISTISCHE AUSSENPOL

Bei konsequenter Betrachtung der zentralen Entwicklungs en der deutschen Aussenpolitik unter Joschka Fischer fa noch weitere Aspekte auf, die die aktuelle Bedeutung sym lischer Politik wie auf der EXPO 2000 unterstreichen. In Zuspitzung wird nichts anderes als ein ideologisches Gew für die neue Macht- und Interventionspolitik entworfen. dership ist die gebräuliche neudeutsche Übersetzung hie Es wird ein Image aufgebaut, das langfristig den Sitz im Sicherheitsrat bringen soll und eventuelle Vorbehalte gege ber einem deutschen Engagement auf ökonomischem militärischen Gebiet zerstreuen soll. Damit wird eine Po der Akzeptanzschaffung fortgesetzt, die gerade in Bezug die militärischen Auslandseinsätze der BRD schon seit Ja mit recht grossem Erfolg betrieben wurde. Zivilgesellscha che an der UN ausgerichtete Argumentationen, wie sie auc der Nachhaltigkeitsdebatte vorkommen, werden mit Ideer



Global Governance verbunden. Sowohl Fischer als auch Heidemarie Wieczorek-Zeul verfolgen eine derartige Taktik. Die UN und angebliche Menschenrechtspolitiken werden zum Vehikel zur Durchsetzung nationaler Interessen und der Ordnungsvorstellungen der Metropolen. In der Realität wird der Haushalt des BMZ kontinuierlich verkleinert und kein internationales Abkommen in der Nachfolge von Rio '92 eingehalten. Nur bei einem solchen Abgleich der auf der EXPO präsentierten Botschaften mit der realen Politik macht eine Bewertung dieser Veranstaltung einen Sinn und erklärt sich warum das BMZ einschließlich der Bundesregierung insgesamt bereit ist mehrere hundert Millionen D-Mark in die EXPO zu investieren.

BEVÖLKERUNGSKONTROLLE

Erschliessen läßt sich die politische Stossrichtung der bundesdeutschen Aussenpolitik nicht nur mit der Betrachtung ihres Kalküls, sondern auch mit einer Analyse ihrer Hauptinhalte auf der EXPO. So hat das BMZ seine inhaltliche Auftaktveranstaltung zur Weltausstellung Ende letzten Jahres unter das Thema 'Bevölkerungswachstum und Nachhaltige Entwicklung' gestellt. Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul führte dort aus inwieweit ihrer Meinung nach unkontrolliertes Bevölkerungswachstum die nachhaltige Entwicklung negativ beeinflusst. Im Vordergrund standen dabei für sie die Gefahr neuer Konflikte durch 'Bürgerkriege und Völkerwanderungen', eine Überforderung der Sozialsysteme und der zunehmende Ressourcenverbrauch. Mit dieser Betrachtungsweise übernimmt sie eine politische Position, die von Anfang grundlegend für die Nachhaltigkeitspolitik war, und von einer ihrer Partnerorganisationen, dem Club of Rome, der wesentlich an der inhaltlichen Ausgestaltung der EXPO beteiligt war, begründet wurde. Folgerichtig wird das Bevölkerungswachstum quer durch den Themenpark der EXPO als Ursache für die globalen Probleme genannt und hilft ebenfalls bei der Ausblendung der politischen Hintergründe. Ein zuständiger Beamter des BMZ sprach in Bezug auf die Umsetzung des Themas Bevölkerungskontrolle auf der EXPO sogar von vertanen Chancen. Seiner Meinung nach war die EXPO GmbH zu zögerlich bei der Präsentation von konkreten Verhütungs- bzw. Kontrollmassnahmen. Jetzt hört sich dies im Tenor der EXPO GmbH so an: "Dabei wird die These vertreten: Grundlage für menschliches Leben ist die friedliche Koexistenz. Die Zukunft des Menschen wird nicht nur durch technische Weiterentwicklung bestimmt. Vielmehr wird entscheidend sein ob es uns gelingt, die Probleme, die sich aus der weltweiten Bevölkerungsdynamik ergeben, mit Solidarität und Toleranz zu meistern." Mit der Diskussion über Bevölkerungswachstum als zentraler Ursache für die globalen Probleme können EXPO und BMZ auf ein in der bundesdeutschen Öffentlichkeit weit verbreitetes Ideologem zurückgreifen. Wahrscheinlich ist keine herrschaftsförmige Argumentation bis in die Linke hinein so unhinterfragt wie der angebliche Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung.

TABUTHEMEN

Aber nicht nur politische Ursachendiskussionen werden in Hannover ausgeblendet. Das Gastgeberland pflegt auch alle für die Nationen unangenehmen Themen wie Krieg, Folter und Menschenrechtsverletzungen anderer Art auszuklammern. Heidemarie Wieczorek-Zeul sieht sich in einer Gastgeberrolle, die diese Beschränkungen mit sich bringt. Etwas gestört hat die Ruhe amnesty international mit ihrem Beitrag zu Folter im Themenpark-Bereich "Mensch". Die Türkei, die dort thematisiert wurde, erhob Protest. Nach einem kurzen Hin und Her durfte die Ausstellung allerdings unverändert bestehen bleiben. Amnesty bildet damit eine der wenigen vom Beitrag her politisch akzeptablen Ausnahmen auf dem Ausstellungsgelände. So analysiert Barbara Lochbihler, die Generalsekretärin der deutschen ai-Sektion, in einer Pressemitteilung korrekter Weise: "Das Interesse der Nationen ist es, sich als exotische Reiseziele oder lukrative Wirtschaftsstandorte darzustellen. Auf Menschenrechtsverletzungen werden sie wohl kaum hinweisen - zumal diese von den Regierungen zu verantworten sind. Hier sehen wir uns als Menschenrechtsorganisationen in der Pflicht, ergänzende Informationen zu liefern. Wir dürfen nicht zulassen, dass Nationen und Regierungsvertreter unkritisch gefeiert werden, während in ihren Heimatländern Menschen inhaftiert, gefoltert oder hingerichtet werden." Widersprüchlich bleibt dennoch das amnesty mit seiner Beteiligung mithilft genau diese Bühne zu bereiten.
Nicht nur die Staaten geniessen auf der EXPO diesen Mantel des Schweigens, sondern auch die transnationalen Konzerne profitieren davon. Da kann sich die United Fruit Company in Mittelamerika ohne lästige Kommentare zu ihrer firmeneigenen Interventionspolitik darstellen oder die Lufthansa als Weltpartner der EXPO glänzen ohne mit Auseinandersetzungen um ihre Abschiebepraxis konfrontiert zu sein. Eine sehr einseitige Auswahl von Fakten und eine entsprechend gefärbte Beschreibung der globalen Probleme lässt sich nach diesen Ausführungen erahnen. Verteilungengsfragen, Machtpolitiken und andere Normalitäten finden bei der Formulierung der Zukunftsentwürfe der EXPO keine nennenswerte Erwähnung.

GEBORENE VERLIERER

Wie die Bundesregierung versuchen die NGOs eine Betrachtungsweise, die die Hintergründe der internationalen Herrschaftsverhältnisse thematisieren würde, auf der EXPO zu umgehen. Schliesslich soll mitregiert werden. Konformität, die Form bewahren und die Interessensbereiche des Gesprächspartners zu berücksichtigen sind die dazu notwendigen Eintrittsvorraussetzungen. Letztlich reihen sich deshalb VENRO (Verband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen in Deutschland), Brot für die Welt, TransFair und auch amnesty international ebenso reibungslos in die Ausstellungskonzeptionen ein, wie ihre Partner aus der Wirtschaft DaimlerChrysler, der Verband der Chemischen Industrie oder die Lufthansa. Unterschiede bestehen allerdings zum einen dadurch, daß die Wirtschaftspartner nicht nur von ihrer Anzahl und den Finanzmitteln her eindeutig überwiegen, sondern zum anderen auch klar bestimmen wie das Kernthema der EXPO, die Nachhaltigkeit interpretiert wird. Geblieben sind von den politischen Perspektiven der Zivilgesellschaft lediglich die vollmundigen Versprechungen vom ökologischen Wirtschaften, sozialer Gerechtigkeit und Demokratisierung. Tatsächlich ist der politische Streit um die Nachhaltigkeit seitens der NGO's schon länger verloren. Die korrekte Interpretation bietet das Generalkommissariat der EXPO: "Die deutsche Politik kann die Verabschiedung der Agenda 21 von Rio durchaus als Erfolg aus deutscher Sicht ansehen. So betont die Agenda an verschiedenen Stellen, daß sich wirtschaftliches Wachstum und verstärkter internationaler Handel positiv auf die Umweltbemühungen auswirken, daß es den Zielen der Agenda 21 dient, wenn in allen Ländern Hindernisse für die

freie Betätigung von Unternehmen beseitigt werden." Der Beitrag von VENRO im inhaltlichen Herzstück der EXPO, dem Themenpark, illustriert diese Niederlage. VENRO's Äusserungen reduzieren sich auf an die Decke des Ausstellungsbereich 'Mensch' projezierte Slogans. Gelesen werden diese Sprüche im Stile von „Die Zukunft beginnt mit einer Vision und dem Willen, sie zu verwirklichen." von 1-2% der BesucherInnen, denn sie fallen glücklicher Weise kaum auf. Ansonsten stellen uns die Visionen die Geldgeber vom BMZ vor. Und so gehen denn BMZ, Allianz als Wirtschaftspartner im gleichen Themenpark-Bereich und VENRO auch im Gleichschritt in Hinsicht auf das Schwerpunktthema Bevölkerungskontrolle. Wie das BMZ fordern auch Allianz und VENRO mit Slogans wie "Frauen, die lesen und schreiben können, haben weniger und gesündere Kinder." oder "ABCDE - Wer das lesen kann, wird nicht schwanger." eine Begrenzung des Bevölkerungswachstums im Süden. Getarnt wird das als Empowerment für Frauen im Bildungsbereich. Gemein haben BMZ und InternatNGOs zudem noch das generelle Problem sich innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte gegen das Übergewicht der ökologischen Argumentationsketten Gehör verschaffen zu müssen. Öffentlichkeitswirksame Agenda 21-Interpretationen sind bisher hauptsächlich im Umweltbereich angesiedelt.

HINTERZIMMERDIPLOMATIE

Für den Protokoll-Chef der Bundesregierung ist die EXPO die größte Herausforderung auf seinem Arbeitsgebiet seit Bestehen der Republik. Jeder Tag auf der EXPO ist der Nationentag eines der vertretenen Staaten. Und keineswegs alle Staatschefs werden mit ihren Delegationen kommen nur um Twipsy, dem EXPO-Maskottchen die Hand zu schütteln. Wie beim Wiener Kongress im frühen 19. Jahrhundert und wahrscheinlich allen ähnlich gelagerten Ereignissen wird ein Großteil der Politik bei Kaffee und Walzer in den VIP-Logen und Hinterzimmern festgelegt.

Die zehn Global Dialoques, die halböffentlich veranstaltet werden, sind ein Randaspekt dieser Situation. Sie werden als Fachtagungen zu globalen Zukunftsfragen präsentiert. Experten entwerfen dort politische Konzepte, die nicht allzu aufregend sind und sich innerhalb der Vorstellungswelt der EXPO bewegen. Die BesucherInnen dürfen im Internet dazu Stellung nehmen und Talkrunden mit Sabine Christiansen lauschen. Noch vor einiger Zeit sollten diese Veranstaltungen ein Aushängeschild der EXPO sein und beispielhaft für die demokratische, offene und zivilgesellschaftliche Struktur der Weltausstellung sein. Vorbereitet sind mehrere dieser Dialogues vom GTZ. So auch der Dialogue "Fighting Poverty: Social Innovations and New Coalitions.", den die Ministerin des BMZ nutzte um sich für die mediale Öffentlichkeit als Vertreterin der Armen in der Welt in Szene zu setzen.

Die politisch brisanteren und für mehr Nachwirkungen sorgenden Treffen wird die Öffentlichkeit jedoch kaum wahrnehmen. Mit einer Ausnahme vielleicht: sollte Fidel Castro tatsächlich kommen. Da ist der Staatsbesuch an sich dann das Politikum. Aber selbst Fidel wird nichts daran ändern, dass die Hegemonie der Metropolen auf der EXPO 2000 so ungebrochen ist, wie sie es 1851 im Angesicht des Kristallpalastes des britischen Empires war - aber das will er wohl auch gar nicht.

AUTOR:
KAI KASCHINSKI IST EXPO-KORRESPONDENT DER ALASKA





SOFORTKONTAKT MIT DER ZUKUNFT

ÜBER DAS ZWANGSLÄUFIGE SCHEITERN DER MACHT BEIM VERSUCH, COOL ZU SEIN

CHRISTOPH SPEHR

"Nee", sagt der freundliche junge Mitarbeiter beim Reisebüro, "an der Expo liegt das bestimmt nicht, dass man bei der Bahn in der Schalterhalle eine dreiviertel Stunde Schlange stehen muss. Ich meine, wer fährt schon zur Expo?" Die Stimmung sagt mehr als die Zahlen. 10 oder 20 Millionen, das könnten ja immer noch eine Menge sein. Dass man mit 40 Millionen geplant hat, belegt dann zwar Grössenwahn, betriebswirtschaftliches Unvermögen und politische Dreistigkeit, weil im Ende ja eh wir alle die Zeche zahlen. Das eigentliche Scheitern der Expo liegt aber darin, dass sie bei ihren sehnlich erwünschten Zielgruppen durchgefallen war, bevor sie überhaupt eröffnet hatte. Bei der ambitionierten Multiplikatoren-Elite in Medien und NGOs; und bei der umworbenen, zukünftig meinungsbildenden Grossgruppe der unter Dreissigjährigen. Die Expo hat sich zuerst als volkspädagogisches Konzept zu "Mensch, Natur, Technik" in Szene gesetzt und dann doch noch umgeschaltet auf "Kapitalismus pur" - mit dem Versuch, diesen als flott, spassig und cool zu präsentieren. Gefloppt ist beides.

DAS VOLKSPÄDAGOGISCHE KONZEPT: NACHALTIGKEIT UND TECHNIK

"Auf Felsen werden erschreckende Bilder vom apokalyptischen Reiter der Bibel bis zur Atombombe projiziert. Dann wird das runde Tor hell und in ihm erscheint ein neues Paradies, ein gestalteter Garten, in dem Menschen tanzen. Die Spannung zwischen Untergang und Erlösung prägt den gesamten Raum." So beschreibt der offizielle EXPO-Guide das Riesengemälde des Belgiers Francois Schuiten, das den "Planet of Visions" in Halle 9 darstellt. Irgendwie wird eben doch alles gut. Im "Planet of Visions" und der angrenzenden Schau "Das 21. Jahrhundert" ist das ursprüngliche Konzept der Expo als volkspädagogisches Konzept in Sachen Umwelt noch gut zu erkennen. Hier finden wir noch deutliche Versatzstücke des Konzepts der "nachhaltigen Entwicklung", das nach dem ursprünglichen Willen der Ausstellungsmacher das zentrale ideologischen Rüstzeug der EXPO 2000 in Hannover abgeben sollte, bisweilen mit einer bis ins Religiöse gesteigerten Heilserwartung. Die Welt rast auf einen apokalyptischen Abgrund zu, wird jedoch durch besonnenes Umdenken und gutes Regieren gerettet werden. Mobil kapitalistisch weitermachen und trotzdem volle Umweltkontrolle, beides ist möglich: so lautet die Botschaft. Vorausgesetzt, alle machen mit und stellen nicht die falschen Fragen. Was die EXPO als "Heerschau herrschenden Denkens" (BUKO) spiegeln sollte, war der politische Paradigmenwechsel, der sich in den letzten zehn Jahren endgültig durchgesetzt hat. Das Konzept der "Entwicklung", das nach 1945 die herrschende Weltdeutung bestimmt, wurde seit Mitte der 70er Jahre obsolet. In vielen Ländern der Dritten Welt hatte "Entwicklung" eine Spur der sozialen Spaltung und Verelendung hinterlassen, gleichzeitig wetteiferten Tankerkatastrophen und der "Club of Rome" darin, auf die ökologischen Folgen der Entwicklungsideologie hinzuweisen. Von der ersten UNO-Umweltkonferenz in Stockholm 1972 bis zum Brundlandt-Bericht 1986 ersetzte "nachhaltige Entwicklung", immer öfter zu "Nachhaltigkeit" verkürzt, allmählich das bisherige Leitbild "Entwicklung". Als "nachhaltig" wurde eine Politik bezeichnet, die nicht mehr auf kurzfristigen Raubbau an Natur orientiert, sondern nur soviel an natürlichen Ressourcen in Anspruch nimmt, wie "nachwachsen" bzw. langfristig zumutbar sind. Mit der Weltumweltkonferenz der UNO (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro wurde dieser fromme Wunsch
Leitbild der neuen Weltordnung erhoben und begann sich
Kenntlichkeit zu verändern. Unter dem Banner der Nach
tigkeit forderten die nördlichen Industriestaaten den unge
derten Zugang zu sämtlichen globalen Ressourcen, insbe
dere die freie Ausbeutung und Privatisierung genetis
Information und ihre Vermarktung - was "gemeinsa
Menschheitserbe" ist, darf eben keinem Profitgeier vorent
ten werden. Die "Agenda 21", ein Katalog von "nachhalti
Zielvorstellungen, die künftig weltweit auf kommunaler Et
verfolgt werden sollten, sprach sich ausdrücklich für At
energie und Gentechnologie als Bestandteile eines künft
nachhaltigen Entwicklungsmodells aus.

WAS DAS 21. JAHRHUNDERT VON DIR ERWAR

Mit der Phase der Verwissenschaftlichung und Operatio
sierung, die mit den Länderstudien ab 1995 einsetzte, ze
"Nachhaltigkeit" dann noch deutlicher ihre hässlichen Se
Die Welt wird als globaler Kuchen gesehen, den es unter
Staaten zu verteilen gilt - niemand darf seine Brösel raus
ten, ganz so, wie das auch die neuen militärstrategis
Papiere fordern. Die "technologische Effizienrevolution",
aus weniger Naturverbrauch mehr Dienstleistung machen
reicht erklärtermassen nicht aus. Gefordert ist auch eine "
fizienzrevolution", ein Wertewandel des Sparens und
Genügsamkeit - natürlich nicht für die grosse Industrie,
dern für die kleinen Endverbraucher, und auch für
gestaffelt nach ihrer angeblichen "Leistung" fürs Weltsys
Effizienz für den Norden, für Konzerne, für Männer; Suffiz
für den Süden, für die Ausgegrenzten, für Frauen. Das N
haltigkeits-Konzept kombiniert kapitalistische Religion
planwirtschaftlichen Zugriffen und Opferforderungen. Es k
me nicht darauf an, etwas vom 21. Jahrhundert zu erwa
heisst es denn auch im "EXPO-Guide": "Es ist das 21.Jahr
dert, das alles von Dir erwartet." Die feministische Kritik
Konzept der "Nachhaltigkeit" und die populäre Distanz
pädagogischen Anstrengung der Expo treffen sich im
scheidenden Punkt. Die Ideologie vom ökologisch gezähn
Kapitalismus ist ein "preskriptives" Konzept: es schreibt Le
vor, was sie zu tun und zu lassen haben. Der grosse Plan s
nun darfst du dein Scherflein beitragen. Versuch nicht zu
otisieren. Sei bescheiden. Erkenne an, dass du weniger lei
als andere. Kritisiere nicht herum. Arbeite mit, plane mit,
dich ein: dass das just nach der "Wende" und dem Sche
des "preskriptiven Sozialismus" vielleicht doch kein so at
tives Konzept sein könnte, liess die Volkspädagogen der
in der zweiten Phase der Vorbereitung weich werden. U
dem Druck der Industrie, aber auch der eigenen Ratlosi
wurde die Botschaft, die die Expo vermitteln sollte,
umgestrickt. Umwelt raus, Hipness rein. Zurück zur
Weltausstellungs-Ideologie "Kapitalismus ist das Grösste
kann alles, wenn man ihn nur lässt". Aber bitte mit jugend
lässigem Schick. Die Ergebnisse waren nicht besser.

"TELEFONIERE JETZT MIT HEISSEN ZUKÜNFTE DEINER UMGEBUN

"Also, informieren kann man sich auf der Expo nicht. Viell
bisschen unterhalten. Also, da geht man durch die Halle,
es geht um 'Bewegung', und dann sieht man eben la
Sachen die sich bewegen, vom Skateboard bis zum Ra
schiff. Es ist schon ziemlich platt. Wo man hinmuss, ist

österreichische Pavillon, der ist total bequem, Lederkissen und so. Und im thailändischen kann man gut essen, Reis mit dreierlei Fleisch für Vierzehn Fünfzig, da kann man wirklich nichts sagen." Sagt die mittzwanziger Tochter, die neben ihrer Mutter im ICE-Restaurant die expo-heissen Füsse zur Ruhe kommen lässt, beide ein kühles Pils vor sich. Ungefähr so endet die zweite Angriffswelle der Expo aufs moderne Massenbewusstsein. Ruhezonen und günstige Essensstände sind der heimliche Hit der Expo geworden. Ansonsten ist Fernsehen besser. Abgesehen von den drolligen Lehrfilmchen in Sachen Markt und Kapitalismus ("der Rabe gründet eine Firma, und die Bären müssen zahlen"), die offensichtlich der Sexualaufklärung mit Bienchen und Blümchen nachempfunden sind, versuchte sich die Expo in ihrer zweiten Phase gar nicht erst an inhaltlicher Aufbereitung. Mit der Hilflosigkeit von Menschen, die über grosse Etats, aber gar keine Ideen verfügen, warfen die Macher Gelände, Pavillons und Programm mit allem zu, was ihnen irgendwie nach Jugend und Hip auszusehen schien: Surfen, Skaten, Santana. Zukunft ist toll, wir haben sie, wurde die Quintessenz des Werbekonzepts. Der Sofortkontakt zur Zukunft, den die Expo-Macher versprachen, blieb jedoch müde und blass. An den immer angestrengteren und inhaltsleereren Versuchen, Expo-Zukunft-Kapitalismus sexy erscheinen zu lassen und zum sofortigen Kauf einer Eintrittskarte zu motivieren ("Telefoniere jetzt mit heissen Zukünften in deiner Umgebung!"), fiel dann vor allem auf, dass auch der Preis (je nach Anreise, Verweildauer und Bratwurstkonsum) mit ein bis zwei Mark pro Minute ungefähr im Telefonsex-Bereich liegt. Und wohin man sich auf dem Gelände auch wendet: statt der heissen Zukünfte ist immer bloss der Operator dran, der einem beteuert, wie aufregend das alles doch sei.

TONNENWEISE COOL

Wie zuvor die öko-sozialen Versprechen der Nachhaltigkeit, so reitet die Expo auch die kurzfristige Liaison von Jugendkultur und Kapitalismus bis zum bitteren Ende, an dem nichts anderes mehr als Ödnis und Widerwillen warten. Vom alten Osten aus gesehen, konnte Kapitalismus in den 80ern cool erscheinen. Dies war auch die Zeit, als jugendliche Kaufkraft in grossem Stil entdeckt wurde und dieses Geld Türen öffnete, die politisch immer fest zugehalten wurden: Türen zu partieller, nämlich marktförmiger Anerkennung von Bedürfnissen, Wünschen, Identität. In den 90ern hauchte das Internet diesem paradoxen Bündnis noch einmal neues Leben ein. Eine ökonomisiertere Form von Jugendkultur passte gut zusammen mit den flexibilisierten Bedürfnissen der Industrie. Tu was du willst, sei wer du bist, mach dein Glück; hauptsache du arbeitest rund um die Uhr, brauchst weder Kinder noch Beziehungen und findest wie wir, dass soziale Organisierung überflüssig und das Durchfüttern von Alten und Schwachen echt uncool ist. Aber die Expo in Hannover findet eben nicht 1990, sondern 2000 statt, und da ist die Luft inzwischen raus. Das Internet wird machtmässig neu vermessen, im e-Business sammeln die alten Konzerne das ein, was von den neuen Kleinprojekten profitabel und nicht pleite gegangen ist, und bei den Unterdreissigjährigen dominieren die negativen Seiten der neuen Isolation und die ökonomischen Zukunftsängste. In den Illustrierten wird die neue Zeit unter dem Blickwinkel abgehandelt, "wie Leute es trotz allem schaffen, sich persönlich durchzusetzen und alles unter einen Hut zu bringen". Das ist auch mit ideologischen Scheuklappen gefragt, aber es geht um ein sehr reales Bedürfnis. Das happy-deppy-Geklapper der Expo hat für solche Fragen aber keinerlei Nutzwert; da kauft man sich lieber eine Brigitte oder die neue Men's Health. Abgesehen davon, dass die Expo sich als unfähig erwiesen hat, den Zeitgeist zu adressieren (wer vermeintlich coole Attribute zusammenkarrt und tonnenweise aufeinanderhäuft in der Meinung, das sei dann tonnenweise cool, dem ist nicht zu helfen), scheint hier ein grundsätzliches Problem auf. Kapitalismus ist nicht cool. Kapitalismus kann nicht cool sein. Diese schlichte Wahrheit wird immer wieder historisch überlagert von Phasen, in denen es vorübergehend so aussieht. (Mit dem "preskriptiven Sozialismus" war es übrigens ähnlich. Dass der chinesische Kommunismus mal modisch tonangebend war, hat auch nichts an seiner autoritären Spiessigkeit geändert.) Aber es scheint halt nur so.

DIE VISIONEN DES SOZIALEN

Wir kennen nur eine Wirklichkeit, und das ist die Wirklichkeit des Sozialen; auf sie beziehen sich alle unsere Hoffnungen, Ängste und Wünsche. Der Rest sind Bilder davon. Das Internet beispielsweise war eine Zeitlang ein solches Bild, eine Allegorie für die Utopie einer sozialen Welt, in der man lernt ohne Lehrer, sich entwickelt ohne Vorschriftenmacher, in der keine Regeln vorgegeben sind; in der man weltweit kommuniziert ohne Vorurteile und gestaltet ohne Voraussetzungen, die man sich sonst erst durch Wohlverhalten vom System erbetteln muss. Vieles am Internet ist praktisch; aber der Thrill beruhte immer darauf, das es ein Bild für etwas anderes war, ein Symbol für eine soziale Utopie, eine grundsätzliche Haltung gegenüber der Welt. Mit MTV war es nicht anders. MTV war ein Bild für eine Haltung, die cool war: Selbstbewusstsein, kein Rassismus, veränderte Geschlechterrollen, selbstdefinierte Werte, Distanz zum Ökospiessertum und 68er-Mief der Elterngeneration. In letzter Instanz können es immer nur Haltungen gegenüber der Welt und ihren Regeln sein, was cool ist. Genauso funktionierte im alten Osten Kapitalismus als Bild, als Symbol einer Haltung: eines Bekenntnisses zu einem Leben, das Spass machen sollte, einer Wertschätzung des Hier und Jetzt, einer Distanz zu einer verknöcherten Welt des Sozialen mit ihren Vorschriften und ihrer vernünftelnden Besserwisserei und Unterordnung. Bilder aber wandeln sich, und sie überleben in der Regel nicht ihre Verwirklichung. Der real existierende Kapitalismus ist heute im Osten überhaupt nicht mehr cool. Je mehr das Internet ein Teil der alltäglichen Lebenswelt wird, desto weniger cool ist es. Der Berufswunsch "reich werden", der zumindest bei Jungs heute die Utopie vom Arzt in Kalkutta, Raumfahrer oder Internet-Pionier verdrängt hat, ist ebenso ein Bild, ein Bild vom Alles-machen-können, sich nichts sagen lassen müssen, sich keiner der bescheuerten Sozialisationsinstanzen mehr unterordnen oder ihr Rechenschaft ablegen zu müssen. Es geht immer um eine Utopie des Sozialen, immer um eine grundsätzliche Haltung zur Welt und ihren Regeln. Diese Wirklichkeit aber kann der Kapitalismus nicht geben, und in seiner heutigen Form, die alle schlechten Seiten des real existierenden Sozialismus in sich aufnimmt, erst recht nicht. Die realen Zumutungen des heutigen Kapitalismus laufen den utopischen Bildern des Sozialen genau entgegen. Seine Macht ist konservativ, empfindlich, ignorant; er verteidigt rassistische Grenzen, überkommene Privilegien und ekelhafte Hierarchien. Er mag zur Auflösung von Sozialsystemen beitragen, die noch preskriptiver sind; aber das war's auch. Das einzige an der Expo, was cool hätte werden können, waren die Globalen Projekte. Sich weltweit umsehen, wie

andere es machen, das hätte spannend werden können. Eine Weltausstellung der konkreten sozialen Utopien jedoch bräuchte einen anderen Träger als die Expo GmbH und ihre Aufsichtsräte. Und so schlau ist die Industrie heute nicht, dass sie sich hier auf einen Grenzgang einlassen würde, um globalen Kapitalismus cool erscheinen zu lassen. Folglich blieben die Globalen Projekte ein liebloses Anhängsel.

HABEN WIR WAS BESSERES?

Die Schlacht ist im wesentlichen geschlagen, die Expo als politisches Thema vorbei. Das Konzept ist doppelt gescheitert, der Rest ist Sache derer, die Wege finden müssen, wie sie die Kosten am günstigsten auf uns abwälzen. Was jetzt noch ein Thema ist, ist die Frage, wieso die linke Kritik an der Expo so wenig Attraktivität und Interesse für sich verbuchen konnte. Die Expo hat die Schlacht ums Bewusstsein verloren, aber unterm Strich war der Kampf ein Schattenboxen der Expo mit sich selbst. Die Kritik hat nicht davon profitiert. Die Antwort, wieso das so ist, liegt nach dem oben Gesagten auf der Hand. Abräumen können hätten nur eine Kritik und eine Linke, die selbst nicht betroffen wären von dem, woran die Expo gescheitert ist: die Neigung zu preskriptiven Konzepten und mangelndes Interesse an konkreten sozialen Utopien von unten. Eine solche Kritik und eine solche Linke sind aber Mangelware. Dafür müsste nämlich auf breiter Front mit wesentlichen Bestandteilen traditionellen linken Denkens gebrochen werden: Planbarkeit, Objektivierbarkeit, "Rationalität" der Verteilung, "Demokratisierung" als Zugriff auf alles und jeden. Der Göttinger "Kongress 2000" zum "Neuen Historischen Projekt" war ein gutes Beispiel, wie man es nicht macht. (Eine sehr empfehlenswerte Kongresskritik ist erschienen in der ila Nr. 237.) Das "Neue Historische Projekt" nach dem "Ende des globalen Kapitalismus" soll sich auf die "Äquivalenz-Ökonomie" gründen, die der Bremer Professor Arno Peters aus der Taufe gehoben hat. Peters will eine computergestützte "weltweite Ermittlung des Bedarfs", auch die "Lenkung der Produktion und die Verteilung von Gütern/Dienstleistungen wäre vom Computer zu bewältigen" (Interview mit Arno Peters, Pressemappe zum Kongress). Das enthält so ungefähr alles, was auch an der Expo ätzend ist: neue Globalplanung von oben, patriarchaler Machbarkeitswahn, totale Ignoranz gegenüber der Tatsache, dass eine neue Gesellschaft aus einer neuen Vision des Sozialen geboren werden muss und nicht aus einer Fortschreibung einer "Ökonomie", die isoliert herauspräpariert und allem übergestülpt werden kann. Das von den sechs Hauptreferenten fünf Männer waren, ist Ehrensache. Auch die Expo-Kritik war grossenteils eher langweilig. Die Frage, wo wir Alternativen am Werke sehen und was Organisationsformen des Sozialen sind, die für uns in die richtige Richtung gehen, blieb weitgehend auf der Strecke. Vielleicht wäre eine alternative Gegen-Expo doch nicht das Schlechteste. Es wäre interessant zu sehen, ob die Pavillons da was Spannenderes anzubieten hätten, als tolle Ruhezonen und billige Snacks. Aber bitte keinen Sofortkontakt zur Zukunft.

Autor:
Christoph Spehr lebt in Bremen
und schreibt für alaska.





DIE EXPO MACHT'S MÖGLICH

EIN GESPRÄCH ÜBER DAS FÜR UND WIEDER DER INTERNATIONALEN FRAUENUNIVERSITÄT IN HANNOVER

VATHSALA AITHAL/PARWANEH BOKAH/BEATE GONITZKI/
ENCARNACIÓN GUTIÉRREZ RODRÍGUEZ/KATHARINA PÜHL

Katharina Pühl: Wir nehmen in dieser Runde die ifu zum Anlass danach zu fragen, wer mitmacht, wer ausgeschlossen ist, wie das Projekt zustande kam, welche Themen überhaupt gefeatured werden und welche nicht. In der Debatte um die ifu wird die Auffassung vertreten, dass dieses Projekt in einigen Aspekten einmalig ist. Wenn ich anfange darüber nachzudenken, habe ich das Gefühl, einen Spagat im Kopf machen zu müssen. Einerseits ist es gut, wenn Geld für solche Frauenprojekte ausgegeben wird und im deutschen feministischen Bereich überhaupt einmal eine verhältnismässig große internationale Veranstaltung stattfindet. Und dann kommen auch schon die Haken: Wer hat das aufs Gleis gesetzt? Wer hat die Federführung, und wieso ist es nicht gelungen, Gruppen einzubinden, die ebenfalls in dem Bereich arbeiten? Welche Öffentlichkeit wird dort organisiert? Wer redet mit? Wer darf reden, wer darf nicht reden? Wer wird dafür bezahlt zu reden und wer nicht?

Beate Gonitzki: Die an der Sommeruniversität Beteiligten sehen in der Einbettung der ifu in die EXPO eine ganze Reihe von Gründen, die Form der Politik, die dort gemacht wird, zu problematisieren. Was stört daran und was nicht? Fragen machen sich an der ifu fest, weil sie als Aushängeschild der EXPO genommen wird, auch wenn beide nicht gleichzusetzen sind. Nur sehe ich in dieser Verbindung eine Reihe von Gefahren. Bei uns sind die Studiengebühren und Verwaltungskosten, die wir jetzt in Niedersachsen haben, genauso verkauft worden - wir stecken ganz viel Geld in die EXPO und dafür bringt sie die ifu. Ganz nach dem Motto: Ihr wolltet immer schon eine Frauenuniversität und jetzt seid zufrieden. Außerdem wird argumentiert, dass die EXPO schon immer positiv für Frauenbelange war. Wenn man sich allerdings anschaut, was auf der EXPO politisch verkauft wird, bin ich skeptisch: Lösungsstrategien für das nächste Jahrtausend - Gentechnologie, Reproduktionstechnologie, Bevölkerungsplanung und so weiter. Das kann meines Erachtens nicht das Anliegen der ifu oder von Feministinnen sein, die an den wirtschaftlichen und patriarchalen Interessen, die dahinter stecken, Kritik üben.

Vathsala Aithal: Man könnte aber auch fragen, welche Öffentlichkeit die ifu herstellt? Ich nehme das als Außenstehende so wahr, dass bei der EXPO Themen in einer herrschenden Logik zur Sprache gebracht werden. Die ifu leistet nun eine Gegenöffentlichkeit zu diesen Themen, indem sie darauf eine feministische Perspektive anwendet. Dann repräsentiert die Sommeruni noch einmal eine Gegen-Gegenöffentlichkeit, was ich grundsätzlich gut finde. Ich würde aber auch schauen, was die ifu mitgebracht hat. Sie ist aus einem Diskussionskontext von Hochschulfrauen entstanden, die früher in der Bewegung aktiv waren und die seit zwölf Jahren an dem Projekt arbeiten. Insofern sich diese Bewegung jetzt institutionalisiert hat, nutzt sie den Wind, der mit der EXPO kommt, um bestimmte feministische Themen voranzubringen. Trotz aller Kritik, die auch ich an der ifu übe, finde ich es grundsätzlich positiv, dass von Anfang an auf Internationalität gesetzt wurde. So waren bei der Entwicklung des Curriculums Wissenschaftlerinnen aus dem Süden beteiligt, und bei der Zusammensetzung der Studierenden wurde Wert auf die Präsenz von Frauen aus der "Dritten Welt" gelegt: immerhin 70 Prozent.

Encarnación Gutiérrez Rodríguez: Wenn von einem "Wir" geredet wird, insbesondere im Feminismus - wie sieht dieses "Wir" oder wie sieht die Frau aus, von der wir hier ständig reden? Ich muss sagen, dass diese Frau meistens weiß ist, Westeuropa kommt und hierzulande deutsch ist. Auch in ser Gegenöffentlichkeit stehen Auseinandersetzungen mit Migrationsgeschichte in der BRD, mit Rassismus, mit Kolo lismus, mit postkolonialer Kritik nicht unbedingt im Zentr Wenn diese Fragen thematisiert werden, dann eben nur Partikularität und nicht als strukturelles Phänomen.
An diesem Punkt sehe ich aber auch den Signalcharakter in diesem Jahr stattfindenden ifu als ein Projekt, das die he moniale Stellung des westlichen weißen Feminismus ins W ken bringen kann. Sie bietet zudem eine weitere Chance, Wissensvormacht des Westens zu dekonstruieren. Diese M lichkeit ist durch die Quotierung, aber auch durch die Teiln me von nahezu 70 Prozent Frauen aus dem Süden und Os ropa als Studentinnen und Dozentinnen gegeben. Vorstel gen über den Feminismus werden sich verschieben. Denn kann frau über Geschlecht, über Frau reden und dabei Geschlechterdifferenz oder Klassenverhältnisse vor Au haben, wenn Studentinnen vor einer sitzen, die tagtäglich den gewaltförmigen Auswirkungen von Kolonialismus Rassismus konfrontiert sind? Im Zentrum werden wiss schaftliche und praxisorientierte Fragen nach der geografi politischen Positionierung der Einzelnen stehen. Arbeit, Kö Information, Migration, Stadt und Wasser bilden die Them schwerpunkte. Weiterhin frage ich mich, inwieweit Ress cen genutzt werden können, um das hegemoniale Selbst ständnis umzukehren? Das ist der zweite Punkt, den ich Zeichen für einen Signalcharakter der ifu erachten würde Verteilung von Ressourcen. Die meisten Frauen aus dem Sü haben ein Stipendium erhalten, ebenso wie Studentinnen Ort. Es hat bisher kein Projekt gegeben, bei dem in einem chen Ausmaß Mittel für die Weiterbildung von Wissensc terinnen aus dem Süden bereitgestellt worden sind.

B. G.: In der feministischen Diskussion gibt es sicherlich b de Flecken; das betrifft die Migrationsforschung oder die kussion um Ressourcenverteilung aber genauso. Die Stu tinnen vor Ort dürfen nicht an dem ifu-Projekt teilnehr Zudem braucht man vier Gutachten, um teilnehmen zu dü Das schließt genauso aus. Es kann nicht darum gehen, A mente gegeneinander zu stellen. Dass sich gerade an de Gegenöffentlichkeit entzündet, liegt vor allem an der An dung an die EXPO. Die Vorreiterinnenrolle der ifu für be vorhandene Globalisierungs-, Haushalts- und Dienstleistu debatten an der Uni kann nicht der Weg sein. Sie fällt auch die Frauenbewegung zurück: Wie soll es nach all den Nie lagen weitergehen? Die Frauenbewegung hat schon im einen elitären Anspruch gehabt. Wir sind jetzt gerade einem Scheideweg: Soll sie jetzt tatsächlich elitär wer Wollen wir uns in die Institutionen einbinden? Ich sehe g de an der Sommeruni, dass Frauen aus den unterschiedl sten Bereichen anfangen, sich in Bezug auf diese Fragen positionieren.

K.P.: Mir scheint, dass hier verschiedene Perspektiven zus menfließen. Zum einen geht es um eine bewegungsint Auseinandersetzung: Sommeruni, Basisbewegung - mit e langen Tradition. Die will man weiterhin. Insofern vollzieht Frauenbewegung das Schicksal anderer sozialer Bewegun Zum anderen haben wir es mit aktiver Elitenbildung als Ho schulpolitik zu tun. Hier ist die ifu ein Projekt von vi sowohl in Bezug auf die Standortlogik als auch in Bezug Dienstleistung und mit einem nationalistischen Profil

außen: Deutschland, EXPO, wir stellen uns dar. Dazu gehört auch die Integration von Gegendiskursen. Diese Form von Elitenbildung ist etwas anderes als Hierarchisierung, Machtgefälle, Mehrheits-/Minderheitsverhältnisse innerhalb der sozialen Bewegungen. Wir sollten nicht das politische Terrain mit internen Auseinandersetzungen vermischen. In unserer Kritik an der EXPO, an neoliberalen Projekten einer Wissensgesellschaft lässt sich festmachen, wie Gatekeeping klassischerweise funktioniert.

E.G.R.: Wie definieren wir den Begriff der Elite? In Bezug auf Produktionsverhältnisse? Wer verfügt über Wissensproduktionen? Die Eigentumsverhältnisse sind unterschiedlich verteilt in einem Land wie der BRD. Es gibt ein Recht auf Bildung, das ich unterstütze, aber das keine Normalität darstellt. Als ich mit acht Jahren hierher gekommen bin und in die deutsche Schule eingeschult werden sollte, hat man meiner Mutter gesagt: Das geht nicht. Ihre Tochter sollte erst Deutsch lernen. Auch im Gymnasium war ich immer die Ausnahme in der Klasse. Wenn man sich heute die Statistiken anschaut, ist der Prozentsatz von Arbeiter/innen- und Migrant/innenkindern an den Universitäten und den Gymnasien sehr gering. Insofern muss der Begriff der Elite klar definiert werden: Ein Bildungssystem, in dem nach vier Jahren Grundschule ausgewählt wird, wer wohin kommt, ist elitär. Das heißt nicht, dass es nicht berechtigt ist, die aktuelle Kritik an der Hochschule zu formulieren; aber man muss sich den Kontext anschauen, in dem sich diese Tendenzen und "Reformen" bewegen, auch bezüglich der Frage, ob ich zur Elite gehöre, wenn ich einen EU-Pass habe, weiß bin und die meisten Grenzen der Welt ohne Probleme passieren oder in fast jedes Land der Welt reisen kann, so lange ich möchte. Wir müssen unsere Begriffe in der komplexen Einbettung der Lokalität in die Globalität denken.

K.P.: Ich würde nicht sagen, dass man zur Elite gfehört, wenn man Frauenforschung macht. In gewisser Hinsicht ist dies eine Sackgasse im Rahmen des akademischen Betriebs. Es ist nicht damit getan, Gender Studies und Frauenforschung nach US-amerikanischen Vorbild zu etablieren. In der Realität ist das eine machtlose Geschichte gegenüber einer vorwiegend männlichen Öffentlichkeit. Es wird nicht gehört, der Mainstream wird davon überhaupt nicht geprägt. Frauenforschung hat sich im Zusammenhang mit ökonomischen Restrukturierungen ernsthaft verschoben. Es gibt viele Expertinnen, die Wissensproduktion in diese Richtung betreiben, aber es ist nach wie vor schwierig, dieses Wissen zu übersetzen oder zurückzureichen. Das wird gerade wieder krasser. (Zu E.G.R.) Du hast das Stichwort genannt: Arbeiter/innenkinder, Migrant/innenkinder. Es sind Frauen, die am schnellsten von Bafögstreichungen betroffen sind. Insofern kann man nicht generell von Elitenbildung sprechen. Der Geschlechterbias ist nach wie vor größer als ich wahrhaben will. Unter neoliberalen Bedingungen, Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und der Verschlechterungen von Existenzbedingungen verschärft sich das auch im Bildungssektor.

V.A.: Jetzt legen wir mal die Nord-Süd-Folie drüber. Auch wenn Frauenforschung nicht zur Elite gehören sollte, reproduziert und zementiert sie doch Dominanzverhältnisse. Es scheint fast so, als ob "Frauen" in der "Dritten Welt" existierten und die Agentinnen der Theorieproduktion im Norden lebten, als ob hier die Institutionen des Feminismus seien. Ich möchte daher allgemein die Frage stellen, wo und wie Theorieproduktion verortet ist, nicht zuletzt, um die "sanktionierte Ignoranz" von feministischen Theorien, die den Frauen im Süden Handlungsfähigkeit absprechen, aufzuheben. Eine Präsenz von Frauen, Feministinnen, Wissenschaftlerinnen, Studierenden aus den Ländern des Südens kann - wenn auch nur kurzfristig - helfen, dieses Ungleichgewicht bezüglich Eigentümerschaft und "Objekt" des Wissens aufzubrechen. Präsenz bedeutet auch, dass Frauen aus dem Süden Kontrolle darüber gewinnen können, was und wie über sie theoretisiert wird.

Parwaneh Bokah: In Bezug auf Elitenbildung gibt es eine einfache und banale Antwort. Sie betrifft den Zugang zur Bildung in den Ländern des Südens. Mit Elite meine ich Frauen, die aus Ländern kommen, in denen sie keinen Zugang zur Bildung haben. Wenn ein junges Mädchen zur Uni möchte, muss unter Umständen die Familie, soweit vorhanden, ihre Häuser verkaufen. Dagegen ist es in den westlichen Ländern normal zu studieren.

E.G.R.: Mir ist klar, dass Studieren mit ökonomischen Ressourcen einhergeht. Ich möchte aber die Länder des Südens nicht als Monolith konstruieren. Ich weiß zumindest von einigen lateinamerikanischen Ländern, dass es dort auch Kämpfe gegeben hat: In Chile wurde in einer antifaschistischen Bewegung für Demokratie, für Bildung für alle gekämpft. Dass der Zugang nicht für alle gegeben ist, ist eine andere Frage. Das bedeutet nicht, dass es in Ländern des Südens keine Wissenschaftlerinnen gibt oder Theoretikerinnen gibt. Es gibt Länder, in denen die Anzahl der Wissenschaftlerinnen höher ist als in vielen westeuropäischen Ländern. Sie verfügen aber oft nicht über die Infrastruktur, die Gelder und Bibliotheken, die vor allem in den reichen Industrieländern zu finden sind. Die ifu hat ja gerade im Zeitalter des Internets gezeigt, dass auf Ausschreibungen nicht nur Frauen aus dem Norden reagieren. Es gibt viele Frauen, die aus ehemaligen britischen Kolonien kommen, wo das Bildungssystem englisch ist. In dieser ganzen Debatte geht es darum, die Paradoxien und die Komplexität einer postkolonialen Welt nicht aus den Augen zu verlieren.

P. B.: Aber was ist mit den Frauen aus dem Irak, aus dem Iran oder aus Afghanistan? Welche englischsprachige Bildung haben sie? Überhaupt keine. Wie können diese Frauen erstens zur englischsprachigen Bildung Zugang finden, zweitens auf Englisch studieren und drittens irgendwelche Möglichkeiten haben, an der ifu teilzunehmen oder nach dem Stipendium nach Deutschland zu kommen? Das sehe ich nicht. Nach Gesetzen der Europäischen Gemeinschaft - nehmt den Amsterdamer Vertrag - muss man feststellen, dass hier ein Leben für Menschen aus dem Süden kaum möglich ist.

V. A.: Klasse, Sprache, Zugang zu Bildung sind in der Tat Selektionsmechanismen, aber auch die geopolitische Position. Frauen aus dem so genannten Süden, auch wenn sie zur Elite gehören, könnten selbstfinanziert hier an einem Kurs gar nicht teilnehmen. Insofern ist die Quotierung zusammen mit der Stipendienvergabe durch die ifu eine Möglichkeit, was selten genug der Fall ist. Allerdings lässt sich im Rahmen der ifu das Nord-Süd-Gefälle nicht ausschalten. Ich könnte mir auch eine ifu vorstellen, in der Quechua oder Wolof gesprochen wird. Eine Vision wäre eine internationale Veranstaltung, in der Sprachenvielfalt und Mehrsprachigkeit selbstverständlich ist.

Aber auch da gäbe es Ausgrenzungsmechanismen, egal für welche Sprachen du dich entscheidest.

E. G. R.: Wobei eine politische Praxis und eine Utopie natürlich davon getragen sein sollten, keine Ausgrenzung zu produzieren. Was mich im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten der ifu interessiert, ist die Frage, ob Versatzstücke antirassistischer und postkolonialer Kritik an der herkömmlichen Institution Universität und allgemein im westlichen Feminismus durchsickern werden. Und zwar so, dass die Urheberinnen dieser Analysen und Kritik sichtbar gemacht werden. Dies ist nicht damit getan, dass man die weiße deutsche Professorin einstellt, die auch mal Postkolonialismus zum Schwerpunkt hat, sondern indem Migrant/innen beziehungsweise People of Colour durch Quotierung Stellen bekommen und indem Studierende mit Migrations-, Diaspora- und Exilhintergrund ideell und materiell gefördert werden. Diese Forderung nach einem Ende von Ausschließung und Vereinnahmung von Migrant/innen beziehungsweise People of Colour in der Wissenschaft, aber auch allgemein in der Gesellschaft, kann nur in Form einer Bündnispolitik durchgesetzt werden. Hierfür müssen die, die sich an Unis bewegen, kämpfen. Doch der Kampf beschränkt sich nicht nur auf die Universität, da er dort beginnt, wo Hierarchien und Differenzen erst mittels Sondergesetzen geschaffen werden: Zum Beispiel im Ausländergesetz oder im Asylbewerberleistungsgesetz.

K.P.: Parallel zur Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes werden jedoch zunehmend neoliberale Optionen umgesetzt: extreme Verstärkung der professoralen Mehrheiten und Reduzierung der anderen Statusgruppen in der Uni, Effizienzdenken, Leistungslohn auch für Professor/innen, mit dem Effekt einer auch thematischen Selektion. Das ist schon so vorgedacht und wird sich in verkürzten, berufsorientierten Studiengängen realisieren. Die "skills", die in dieser Dienstleistungsinstitution verkauft werden, sind ganz andere als jene, die eine kritische Student/innenschaft in den sechziger Jahren eingefordert hatte. Es geht auch nicht um die Demokratisierung der Gesellschaft oder gar der Hochschule, sondern um Produktformierung. Mir stellt sich die Frage, warum die Universitäten sich zum Teil mit vorauseilendem Gehorsam daran machen, diese Pläne umzusetzen, und konstruktiv mitarbeiten, statt zu sagen: Das machen wir nicht, das ist nicht unsere Aufgabe. Woher kommt eigentlich die Riesenakzeptanz? Vielleicht liegt es daran, dass das Ganze nicht gesellschaftlich bewertet und übersetzt wird, sondern als bloße "Verwaltungsreform" daherkommt.

V.A.: Auch in Bezug auf die Beteiligung von Studierenden aus den Ländern des Südens wird es radikale Änderungen geben. Es sind nämlich Effizienz- und Kostenkriterien, und nicht politische Kriterien, die eine Rolle spielen. Es werden gezielt Studierende aus finanzstarken Ländern angeworben. Die Amerikanisierung des Hochschulwesens ist unübersehbar. Eine Reihe von Studiengängen wird mit erheblichen Studiengebühren einhergehen, was sich nur eine ganz bestimmte Gruppe von Menschen aus dem Süden leisten kann.

K.P.: Man könnte in Bezug auf feministische Debatten die ketzerische Frage stellen, warum es jetzt überall an den Hochschulen den Versuch gibt, Gender Studies nach US-amerikanischem Vorbild einzuführen. Warum sind die Gründe und Folgen einer solchen Umstrukturierung von den Planerinnen nicht vorausschauender in den Blick genommen worden? E[...] doch offenkundig, dass es hier nicht nur um Integration [...] Gleichstellung geht. Bei der laufenden Umstrukturierung h[...]delt es nicht um Ermächtigung, sondern um Selbstentmäc[...]gung. Nach vorne gedacht: Welche Kontexte oder Zusamm[...]hänge gibt es, welche Strukturen bräuchte man, um sich n[...] in den Dienst der herrschenden Bildungspolitik zu stel[...] Offenbar sind solche Überlegungen nicht mehr in der Stru[...] der deutschen Hochschule angelegt. Die Spitze der Kriti[...] bereits weggebrochen.

E.G.R.: Die Gender Studies haben sicherlich zum Teil zu e[...] Entfeminisierung beigetragen, denn "Gender" meint n[...] immer Geschlechterhierarchien oder komplexe Formen [...] Herrschaft wie Heteronormativität, Produktionsverhältn[...] und Rassismus. Es gibt unterschiedliche Artikulationswe[...] im Feminismus. Zum Beispiel gibt es Netzwerke [...] Migrant/innen, von schwarzen Frauen, von lesbischen/que[...] Forscherinnen, die jedoch im Kontext der institutionalisie[...] deutschen Frauenforschung und der Gender Studies k[...] auftauchen. Aber der Feminismus existiert: in der interku[...]rellen Frauenuni zum Beispiel als eine Form, sich auf basi[...]mokratischer Ebene einzumischen. Und er existiert hö[...] ausdifferenziert auch auf der Ebene der Institutionen. [...]noch bleibt die Frage, ob die Universität noch ein von den [...]dierenden und dem Mittelbau aktiv umkämpfter Ort ist.

B.G.: Feminismus bedeutet für mich nicht nur die Analyse [...] Geschlchterverhältnisses, sondern aller Verhältnisse, in d[...] Menschen ausgeschlossen werden. Es müsste gen[...] betrachtet werden, warum der Mainstream bestimmte G[...]pen ausschließt. Welches Bild soll damit aufrechterha[...] werden? Die Ausschlußmechanismen beziehen sich auch [...] Migrant/innen, Behinderte, Intersexen und alle, die nicht [...]mativen Bildern entsprechen. Feminismus sollte und mus[...] viel weiter gehen. Für mich reicht es deswegen auch n[...] dass bei der ifu viele Frauen zusammenkommen, und -a[...]ten; das allein würde ich noch nicht als Feminismus beze[...]nen. Es bleibt abzuwarten, welche politischen Konstrukte [...] aufgenommen werden und welche Ergebnisse am Ende [...]hen.

An der Diskussion waren betei[...]
Vathsala Ai[...]
wissenschaftliche Mitarbeiterin a[...]
Uni Frankfurt und Dozentin de[...]
Parwaneh Bo[...]
Journalistin und Sozialwissenschaftl[...]
Beate Gon[...]
ASTA Hannover, Mitinitia[...]
der Sommeruniversität Hann[...]
Encarnación Gutiérrez Rodrí[...]
wissenschaftliche Mitarbei[...]
und Dozentin de[...]
Katharina [...]
wissenschaftliche Mitarbeiterin mit[...]
Schwerpunkt Frauen- und Geschlechterforsc[...]
an der Gesamthochschule Ka[...]

Moderat[...]
Das Gespräch wurde ini[...]
von Sabeth Buchm[...]

Entnommen (und leicht gekürzt) [...]
Texte zur Kunst, Heft 38, Köln 2[...]

GEGEN DIE BEVÖLKERUNGSPOLITISCHEN KATASTROPHENSZENARIEN UND MACHBARKEITSPHANTASIEN DER EXPO-TECHNOKRATINNEN

ERKLÄRUNG DES BUNDESWEITEN NETZWERKS "FRAUEN GEGEN BEVÖLKERUNGSPOLITIK"

FRAUEN GEGEN BEVÖLKERUNGSPOLITIK

"Ohne eine problemadäquate Thematisierung des Weltbevölkerungsproblems wäre die EXPO 2000 aus meiner Sicht keine eigentliche Weltausstellung" - so der EXPO-Beauftragte der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, Ansgar Holzknecht, 1995 auf einem Symposium der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung. Seine Hoffnungen haben sich erfüllt. Nachdem schon die Kampagne zum Tag der 6-Milliarden im Oktober 1999 vor einer drohenden "Überbevölkerung" warnen sollte, steht auch die EXPO 2000 ganz im Zeichen bevölkerungspolitischer Katastrophenszenarien. Das Konstrukt der Bevölkerungsexplosion zieht sich wie ein roter Faden durch alle Themenparkbereiche der EXPO. Die AusstellungsmacherInnen halten es dabei noch nicht einmal für notwendig, zu erklären, warum und wie sie die heutige oder zukünftige Zahl von Menschen als Problem definieren und berechnen. Sie verzichten auf tiefergehende Erläuterungen und arbeiten lieber mit plakativen Metaphern, die das Problem Mensch dem Menschen näher bringen soll: mal sind es im "Themenparkbereich Mensch" Wellensittiche, die schön getrennt nach Entwicklungsland, Schwellenland und Industrieland in drei verschiedenen Käfigen demographische Prognosen verdeutlichen sollen; mal sind es im "Themenparkbereich Ernährung" Heuschrecken hinter einer Glaswand, die wie ein biblischer Schrecken über die Welternährungsvorräte herfallen.

Es ist nicht zufällig, dass die Behauptungen über ein Zuviel an Bevölkerung bei der EXPO anscheinend am Höhepunkt ihrer Karriere angelangt sind - nachdem sie noch in den 70er Jahren international mehr als umstritten und gerade in Deutschland aufgrund der bevölkerungspolitischen Geschichte lange kontrovers diskutiert wurden.
Die Umsetzung des EXPO-Mottos "Mensch-Natur-Technik" blendet gesellschaftliche Strukturen aus und reduziert Wirklichkeit auf ein rein statistisches Verhältnis zwischen verschiedenen Größen. Mittels dieser Berechnungen und Beschwörungen werden dann die komplexesten, politisch und sozial bedingten Probleme als technisch manipulierbar dargestellt - der Fortschrittsglaube ist ungebrochen, wenn die EXPO sich per Attitude auch hie und da von technikverherrlichenden Ansätzen geläutert gibt . Gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Fragen werden so zu Bevölkerungsfragen - Bevölkerungspolitik zu einem Anpassungsinstrument der Biomasse Mensch an den gesellschaftlichen Status quo. Eine zentrale Rolle in diesem Gerede über das Problem Weltbevölkerung spielt das herrschende Ökologieverständnis: Nicht Produktionsweisen, zerstörerische Großprojekte oder gar die Verteilung der Ressourcen werden zum Problem gemacht - sondern die Bevölkerung in südlichen Ländern zum eigentlichen bedrohlichen Faktor erklärt.

"WER GEGEN GENTECHNIK IST, MACHT SICH MITSCHULD AM HUNGER DER WELT."(B. BREUEL)

Ist die Zahl von Menschen erst einmal als Ursache von Krisenphänomenen - wie z. B. Hunger - für selbstverständlich erklärt, ergibt sich daraus nur die Frage nach (gen-)technischen Lösungen. In diesem Fall Ertragssteigerung, wie es schon seit den 50er Jahren mit der Grünen Revolution versucht wurde oder auch heute mit "Vitamin-A-Reis", präsentiert im "Chemidrom" des Themenparkbereiches "Mensch". Der Hunger der Menschen steht allerdings nur als werbewirksames Mittel im Vordergrund. Die Ehe von Bevölkerungsstrategen und Gentechnokraten konnte nicht besser gelingen als über diese anscheinend humanitäre Gentechnologie, die gepaart mit wirksamen (humanitären) Bevölkerungskontrollmaßnahmen das Elend der Welt lindern soll. Ganz in diesem Sinne: Wer den Panikmacher "Überbevölkerung"erst mal verinnerlicht hat, ist auch leicht zu überzeugen, dass Gentechnologie notwendig ist.

KIND: "ICH HÄTTE LIEBER EIN SCHWESTERLEIN!" MUTTER: "DOKTOR, KRIEGEN WIR DAS HIN?"

Bevölkerungspolitik ist per Definitionem eine staatliche oder

supranationale Politik, die auf die Kontrolle über die Quantität und/oder die wie auch immer definierte "Qualität" einer Gesamtbevölkerung abzielt. Die bevölkerungspolitische Praxis beinhaltet eine Kontrolle über die Gebärfähigkeit der Frauen und eine selektive Entscheidung darüber, wer das Recht hat zu leben – nach Kriterien wie Klasse, Rasse/Ethnizität, Behinderung oder Geschlecht. Scheinen im internationalen Kontext im allgemeinen Quantitäten im Vordergrund zu stehen, so werden diese jedoch immer wieder begleitet von einer selektiven und qualitativen Bevölkerungspolitik: So wird in den hübschen weltweiten EXPO Projekten zur Lösung des mengenmäßigen Bevölkerungsproblems nicht die Sterilisation der Mitglieder der männlichen weißen Mittelschichtklasse vorgeschlagen, sondern an die Verhütungspflicht von armen Frauen aus dem Süden appelliert. Parallel dazu darf sich ein Paar -weiß, heterosexuell, jung und modern - mittels Laptop ihr Wunschkind zusammenstellen und, für den Fall einer Scheidung, auch noch klonen- noch ein fiktiver Film im Themenparkbereich "Mensch".

MEHR BILDUNG = WENIGER KINDER? ODER: WAS HABEN MATHEMATIK UND EMPOWERMENT GEMEINSAM?

Bevölkerungspolitik ist nicht - wie so oft und gerne behauptet - identisch mit selbstbestimmten Möglichkeiten der Geburtenkontrolle für Frauen, sondern gibt gesamtgesellschaftlichen Zielen der Menschenökonomie die Priorität vor individuell bestimmten Entwicklungen. Die im bevölkerungspolitischen Sprachgebrauch immer wieder betonte Frauenförderung ist ein reines Kosten-Nutzen-Kalkül, das nichts mit den Interessen der Frauen zu tun hat, sondern rein der Legitimation von Bevölkerungspolitik dient.
Durch das "feministische" Facelifting der Bevölkerungspolitik seit der Weltbevölkerungskonferenz von 1994 in Kairo ist in Vergessenheit geraten, dass die internationalen Frauenbewegungen einmal grundsätzlich dagegen angetreten sind, die Entscheidung für oder gegen Kinder in irgendeiner Art und Weise staatlichen Zugriffen zu unterwerfen. Begriffe der Frauenbewegung, wie Empowerment oder Selbstbestimmung, wurden inzwischen von bevölkerungspolitischen Diskursen vereinnahmt, verwässert und umgedeutet. Arrogant wird die Lebensrealität von der überwiegenden Mehrheit aller Frauen auf das Konstrukt der "Dritte-Welt-Frau" reduziert, die durch Verhütungsmittelprogramme aus dem Zustand des Unwissens, der Armut, der Verantwortungslosigkeit und der patriarchalen Abhängigkeit erlöst werden soll.
Frauenbewegungen haben Begriffe wie Empowerment oder Selbstbestimmung politisch entwickelt, um Geschlechterhierarchien und geschlechtliche Arbeitsteilung anzugreifen. Diese Begriffe dürfen nicht für staatliche und bevölkerungspolitische Interessen vereinnahmt werden!

ALLES FRAUENFREUNDLICH, ODER WAS?

Trotz dieses seit Kairo anscheinend frauenfreundlichen, beschützenden Tonfalls in der Bevölkerungspolitik zeigt sich, dass feministische Forderungen an vielen Punkten unvereinbar mit den demographischen Zielen der Bevölkerungspolitik sind. Die Programme geben weiterhin offen oder verdeckt Zielquoten vor, wie viele Kinder Frauen gebären sollen, wie viele Frauen sterilisiert werden sollen, wie viele Frauen gesundheitsschädliche Langzeitverhütungsmethoden gebrauchen sollen. Zielquoten, die immer wieder in verschiedene Formen
Zwangs münden: Sei es, dass in Peru Lebensmittelhilfen
einer Sterilisation abhängig gemacht wurden, oder dass
Bangladesh Frauen verweigert wurde, Hormonimplantate w
der herauszuoperieren.
Andererseits gibt es feministische Bewegungen, die sich ge
Experimente zum Zwecke der effektiveren technischen K
trolle der Fortpflanzung zur Wehr setzen - so die Kampa
gegen Forschung an immunologischen Verhütungsmitteln.

NICHT MIT U

Wir fordern dazu auf, gegen die menschenverachtende Be
kerungskontrollpolitik und deren Vermarktung auf der E
2000 zu protestieren! Das technokratische Weltbild der E
hat nichts mit der Lebensrealität der meisten Menschen
tun! Dieses Weltbild abstrahiert von jedem konkreten hist
schen, lokal und sozial differenzierten Wissen. Es entwirft
planetarisches Modell, das dann von den Schaltzentralen
Regierungen, Konzerne oder auch Nichtregierungsorganisa
nen der Industrieländer durch Einsatz von Technologien
handhabbar dargestellt wird. Alle Menschen, die nicht in
ses Modell passen, erscheinen als überflüssige, bedrohli
Masse.
Das angebliche Problem Bevölkerungswachstum und se
Lösung kann keine objektive wissenschaftliche Debatte s
da diese Problemkonstruktion immer bestimmt ist
Machtinteressen: Es geht um die Manipulation von Mensch
es geht um die Reduktion der Menschen auf eine statistis
Größe und die Frage, wer gebraucht wird und wer nicht -
es geht darum, nicht die gesellschaftlichen Machtverhältni
und Formen der Ressourcenaneignung in Frage zu stellen, s
dern die Menschen selbst zur anpassungsfähigen Ressourc
machen.

Wir protestieren gegen die Entscheidung für oder ge Kinder als Zielscheibe politischer und technologisc Manipulationen!

Keine Zwangsmaßnahmen an Frauen!

Frauenförderung muß Selbstzweck sein!

Wir schließen uns der Resolution des internationa feministischen Treffens in Bangladesh an: "Menschen sind keine Bevölkerung – Bevölkerungskontrolle NEIN!"

AUTORINN
DIE "FRAUEN GEGEN BEVÖLKERUNGSPOLITIK" S
EIN BUNDESWEITES NETZWERK, DAS SEIT MEHRE
JAHREN ZUR KRITIK DER BEVÖLKERUNGSPO
ARBE



EINIGE ANMERKUNGEN ZUM EXPO-WIDERSTAND

TEIL 1

H. BAUER

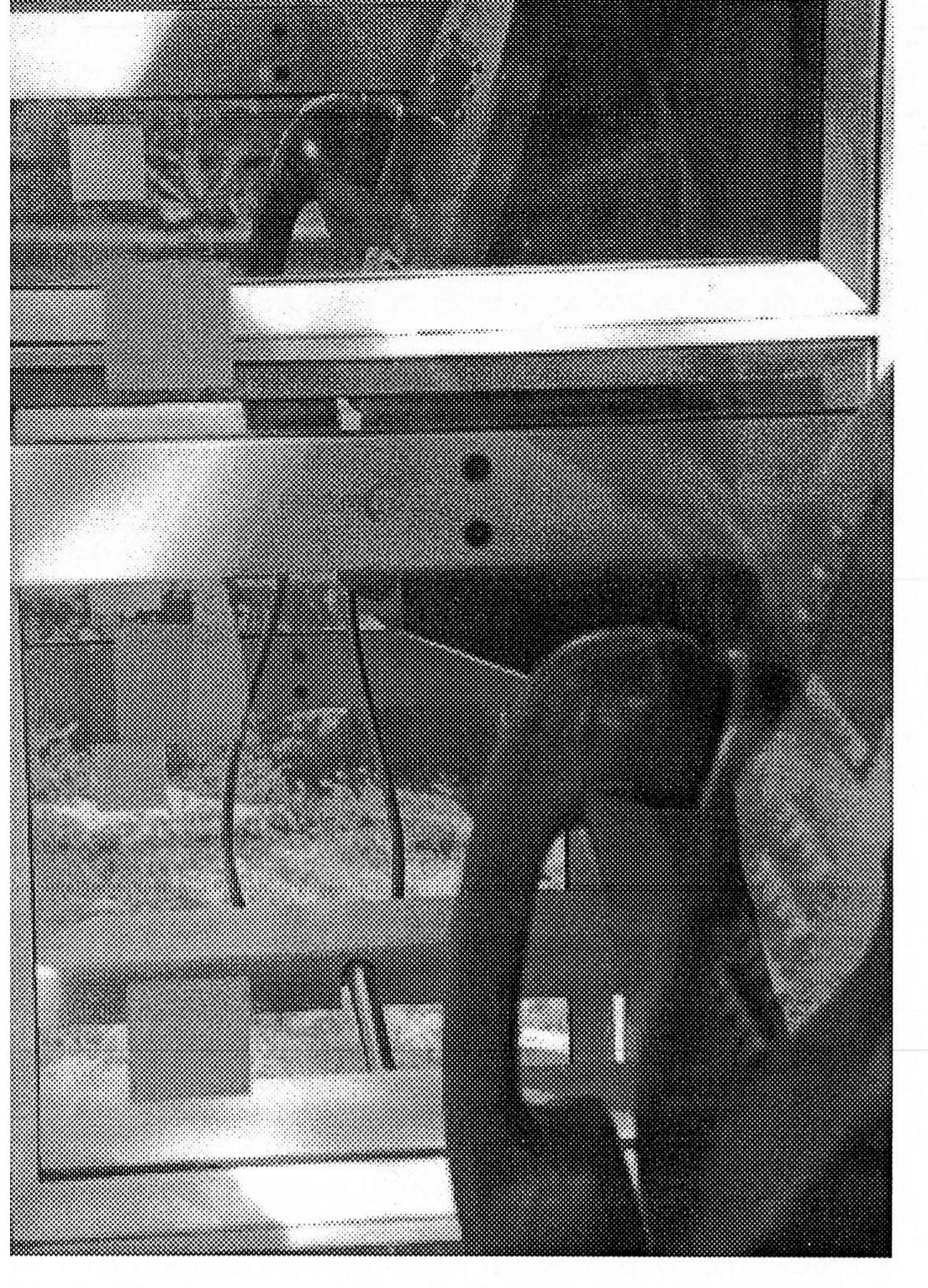
So, die Aktionswoche gegen die EXPO haben wir glücklich hinter uns gebracht. Glücklich? Na ja. Angesichts der Diskrepanz zwischen hochgesteckten Zielen und den tatsächlichen Ergebnissen des EXPO-Widerstands tut Reflexion dringend Not. Je weiter der zeitliche Abstand zum Ereignis (der Aktionswoche), um so leichter fällt es einerseits, sich vom konkreten Geschehen zu lösen, anstatt nur dieses bewerten zu wollen, zum anderen wird es aber gerade dadurch um so schwieriger, gilt es doch einen Rückblick zu wagen auf gut zehn Jahre, in denen wir versucht haben, anhand dieses Themas Weltausstellung theoretisch und praktisch weiter zu kommen. Darum soll es im folgenden auch weniger um eine Einschätzung allein der Aktionswoche gehen, die Anfang Juni stattfand, sondern vielmehr ein Rückblick versucht werden, der sich vor allem mit deren Vorgeschichte auseinandersetzt. Und selbstverständlich ist es vorrangiges Ziel, aus den hier gemachten Erfahrungen irgendwelche Konsequenzen zu ziehen – und zwar solche, die über die Debatte, ob nun zentrale oder dezentrale Aktionsformen der Stein des Weisen sind, hinausgehen. Was ich im Folgenden formuliere, ist dabei nicht nur Kritik an anderen, sondern zum allergrößten Teil auch Selbstkritik – schließlich haben wir das alles »bis zum Ende« mitgemacht ...

SCHÖNE ZIELE ...

Das Ziel, das wir uns für die Anti-EXPO-Arbeit gesteckt haben, war nicht eben unbescheiden. Es sollte gerade keine der üblichen Kampagnen werden, vielmehr war eine Weiterentwicklung emanzipatorischer Perspektiven und Strategien angestrebt. 1996 schrieben wir in dieser Zeitschrift (die damals noch Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen hieß): »Für uns bedeutet Widerstand gegen die EXPO mehr als Widerstand gegen ein einmaliges fünfmonatiges Großereignis in Hannover, nämlich den Versuch das herrschende System und seine Strukturen in Frage zu stellen. Umgekehrt meinen wir aber auch, da die EXPO sämtliche Bereiche von Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Entwicklung, Umwelt, Technologie, Herrschen/Gehorchen und Zukunft thematisieren soll, eröffnet diese Veranstaltung als Kristallisationspunkt im Gegenzug die Chance, die verschiedenen Themenschwerpunkte der systemkritischen Kräfte, zu denen diese ohnehin arbeiten, zusammenlaufen zu lassen, um so der geplanten Zwangsbeglückung der Welt entgegenzuwirken. Die Bündelung unserer Kräfte böte die Gelegenheit, gemeinsam gegen Patriarchat, Rassismus, Ausbeutung, Technologiehörigkeit usw. vorzugehen und den Herrschenden klar zu machen, daß sie ihre Pläne nicht ungestört umsetzen können.« Dabei war nicht an eine bloße additive Aneinanderreihung der verschiedenen Themenfelder gedacht, sondern an eine Zusammenführung verschiedener Teilbereiche linksradikaler Politik: »Über den Prozess der Demaskierung [der EXPO] und eine Diskussion linker Alterntiven zum herrschenden System erhoffen wir uns letztlich, neue Orientierungen radikaler linker Politik zu erarbeiten. Wesentlich dafür wird sein, über die Kritik an einzelnen Aspekten patriarchal-kapitalistischer Herrschaft hinauszugehen und die verschiedenen Widerstandsfelder zusammen zu denken«, hieß es entsprechend im »Grundsatzpapier« des regionalen Anti-EXPO-Bündnisses Tipp-Ex aus dem Jahr 1998. Und weiter: »Ziel unserer Politik ist daher nicht an erster Stelle die Mobilisierung auf die Zeit der EXPO hin, sondern Ansätze, die darüber hinaus reichen und eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit anderen ermöglichen. Aktionen wollen wir in diesem Sinne weniger an ihrer Quantität und Größe als an ihrem Beitrag zur Weiterentwicklung unserer praktischen als auch theor schen Positionen messen.«
Zielgruppe war – und daraus erklären sich z. T. auch spä »Versäumnisse« bezüglich der Aktionswoche – damit zu einmal die »Szene« bzw. die verbliebene »radikale Linke« sel Innerhalb dieser wollten wir eine teilbereichsübergreife Debatte um die eigene politische Praxis, die verände Bedingungen für emanzipatorische Politik und daraus resul rende neue Strategien anschieben. Diese sollte freilich k reine theoretische Diskussion bleiben. Wäre alles n Wunsch gelaufen, hätte diese Debatte zu einer verände gemeinsamen Praxis geführt, die anlässlich der EXPO h »erprobt« werden können, um Kritik am auf der EXPO prä tierten Zukunftsentwurf öffentlich zu machen und ge schaftliche Alternativen zu bieten. Erklärtes Ziel war a dass dieser Prozess nach der EXPO weitergehen sollte. A EXPO-Arbeit zielte so verstanden also erst einmal auf »Innenwirkung« innerhalb der Szene, aus der sich dann entsprechende »Außenwirkung« über die Szene hinaus e ben sollte, die mehr sein sollte, als die üblichen linksradik Rituale und Gesten (wobei das nicht streng chronologisc verstehen ist im Sinne von »erst Strategie, dann Praxis«).

... DEREN VERFOLGUNG SICH ALS SCHWIERIG ERW

So schön das Ziel mit der teilbereichsübergreifenden Disku on um Perspektiven und Strategien emanzipatorischer Po klingt, so schwierig ist offensichtlich dessen praktis Umsetzung. Auch das Tipp-Ex-Bündnis, in dessen Selbst ständnispapier wir dieses Ziel so vollmundig formuliert hat kam damit überhaupt nicht klar. Anstatt diese Diskussion leicht einfach einmal im kleineren Kreise auszuprobieren (paßt uns an unserer jeweiligen derzeitigen politischen Pr nicht? Warum ist sie so wirkungslos? Warum halten uns nur noch für linke Spinner? Was hat sich an der gesellsch lichen Situation verändert? Welche neuen Antworten er dern die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse?), w sich in eine relativ fruchtlose permanente Selbstverständ debatte gerettet. Die kreiste zu einem guten Teil auch um völlig falsche Polarisierung zwischen »Theorie« und »Pr (was auch die weitere Anti-EXPO-Arbeit zu einem großen bestimmte). Theorie ist kein Selbstzweck. Und es ist k »Theoriearbeit«, sich ganz lange ins stille Kämmerlein zu ziehen und ganz viel Wissen (zum Beispiel zu den zahll Themen, die im Zusammenhang mit der EXPO eine Rolle s len können, wie z. B. »nachhaltige Entwicklung«, Bevö rungspolitik, Zukunft der Arbeit usw.) anzueignen mit Ziel, dieses dann nach außen zu tragen im Glauben da allein dadurch schon irgendwen zu überzeugen. Vieln muss die Theorie einen Bezug zur Praxis haben (und Pr meint eben nicht nur »Aktion« als ritualisierte Ausdrucks linksradikalen Wollens, auch wenn es mir so vorkommt, würde diese Gleichsetzung zunehmend vollzogen). The dient dazu, die gesellschaftliche Situation, die mensch d die eigene Praxis – und dazu gehören sämtliche Handlun die mensch individuell oder kollektiv vollzieht – verän will, zu analysieren (und dafür ist die Auseinandersetzung oben genannte Themen erforderlich), um diese Praxis w entwickeln zu können.
Das klingt nun auch schon wieder ausgesprochen theoret – und führt damit genau zum Knackpunkt, wie ich me Eigentlich konnte sich keinEr so richtig vorstellen, wie solche Debatte um eine veränderte Praxis und die Perspekt



linksradikaler Politik ganz konkret aussehen könnte. Wer debattiert da mit wem? Auf welcher – theoretischen (!) – Grundlage? Es gelte »Räume« dafür zu schaffen. – Welche? Wo? Und warum sollte eine solche Diskussion, wenn sie »bundesweit« und gar noch »teilbereichsübergreifend« geführt wird, zu erfreulicheren Ergebnissen kommen, als ähnliche Gespräche am WG-Küchen- oder Kneipentisch? Mein Anliegen, das genannte Ziel zu verfolgen, war nämlich in der Tat nicht, die übrige linksradikale Szene von meinen etwaig vorhandenen tollen neuen Ideen einer emanzipatorischen Praxis zu überzeugen, sondern genau dafür Anregungen von Anderen zu erhalten.
Tipp-Ex trat (kurz vor seinem schleichenden Zerfall) die »Flucht nach vorn« an und lud zum ersten »bundesweiten Anti-EXPO-Treffen« ein. Im Nachhinein überrascht es eigentlich kaum, dass die Versuche, die »Perspektivdiskussion« auf diesem und den folgenden Treffen zu führen, nicht gelingen konnte. Zum einen war die Fluktuation auf diesen Treffen viel zu groß. Denn so eine Diskussion erfordert, das ist eine wichtige Erkenntnis für mich, ein großes Maß an Kontinuität. Schließlich muss ich wissen, von welcher Praxis, die es zu verändern gelte, mein Gegenüber spricht. Aus den bundesweiten Anti-EXPO-Treffen wurde jedenfalls kein Diskussionszusammenhang, der diese Voraussetzung erfüllt hätte. Vielleicht war das der Grund, warum sich auch bei den bundesweiten Treffen – ähnlich wie bei Tipp-Ex – alle davor gescheut haben, die Diskussion selbst tatsächlich einmal zu beginnen. Wenn von Perspektiven die Rede war (und das selbst noch auf dem »Perspektivtreffen« während der Aktionswoche), ging es immer nur darum, wie die »teilbereichsübergreifende Perspektivdebatte« zu organisieren sei – geführt wurde sie nie. Dabei wären eigentlich die von uns zu Beginn theoretisch formulierten Voraussetzungen dafür gegeben gewesen: Immerhin waren Menschen aus unterschiedlichen Bereichen über das »Vehikel« EXPO zusammengekommen.
Allerdings nicht aus so einem breiten Spektrum, wie ursprünglich erhofft. Und damit meine ich schon die ersten bundesweiten Treffen, bei denen ich allerdings noch die Hoffnung hegte, die ganze Geschichte wäre ausbaufähig. (Dass die Entwicklung im Gegenteil dazu führte, dass das politische Spektrum der beteiligten Gruppen und Menschen immer kleiner wurde, dazu gleich mehr.)

EXPO ÜBERBEWERTET?

Damit stellt sich unabhängig davon, wie eine solche Perspektivdebatte denn sinnvoll zu führen sei, die Frage, ob das Thema »EXPO« tatsächlich geeignet war, eine solche Auseinandersetzung zu führen. Wir waren davon überzeugt, dass dieses Thema innerhalb der linksradikalen Szene eine gewisse integrative Wirkung hätte erzielen können – andererseits zeigen uns die Ergebnisse unserer Bemühungen, dass es nicht gelungen ist, das ausreichend zu vermitteln. Zum einen liegt das sicherlich daran, dass diese EXPO – anders als andere große Events, zu denen sich radikale Linke mobilisieren lassen, wie z. B. IWF- oder WTO-Tagungen – erst einmal sehr viel schwerer zu greifen ist. Da mag sogar die banale Tatsache eine Rolle spielen, dass es in diesem Land noch nie eine Weltausstellung gegeben hat. Und – der böse Feind ist nicht so klar zu bestimmen, schon gar nicht, wenn er sich tarnt hinter einer Fassade aus Menschheitsbeglückung und Ökoverantwortung.
Uns wurde auf unsere Mobilisierungsbemühungen in Hannover oft entgegnet, wir würden die EXPO »überbewerten«. Gerade angesichts des mittlerweile offenkundigen Desinteresses an dieser Veranstaltung von Seiten der avisierten BesucherInnen gewinnt solch eine Argumentation selbstverständlich noch einmal an Gewicht. Und auch die tausend Peinlichkeiten der EXPO GmbH tun hierzu ein Übriges. Warum also so ein Aufriss wegen einer derart peinlichen und überflüssigen Veranstaltung, die letztlich nur der Durchsetzung lokaler Wirtschafts- und Standortinteressen diene? Eine derartige Kritik macht um so deutlicher, dass wir nicht ausreichend rüberbringen konnten, worum es uns bei dieser Anti-EXPO-Geschichte ging. »Die EXPO« wäre genau das gewesen, was wir daraus gemacht hätten. Und dass sie hätte genutzt werden können, dem dort präsentierten Zukunftsentwurf etwas entgegen zu setzen (und sei es zuallererst mal eine Diskussion darüber, was uns daran nicht gefällt und wie wir diesen zu verhindern gedenken – auch ohne gleich zu wissen, wie), daran halte ich nach wie vor fest. Und eigentlich ist auch festzuhalten, dass wir uns redlich bemüht haben zu verdeutlichen, worum es sich bei der EXPO handelt und warum es sich lohnen kann, in diesem Zusammenhang aktiv zu werden.
Spannender ist tatsächlich die Frage, warum das nicht gelungen ist. Eine Rolle spielt dabei sicher, dass das Thema gesellschaftliches Naturverhältnis, das eine zentrale Rolle bei der EXPO spielt und auch bei unseren Mobilisierungsbemühungen spielte, innerhalb der Linken noch immer unterbelichtet ist. Vielfach ist das wohl als schlichte »Öko-Argumentation« angekommen, was vielleicht auch mit der großen Dominanz des »Umweltschutz von unten«-Zusammenhangs innerhalb der Anti-EXPO-Mobilisierung zusammenhängt. Leider stieß ja auch die Kampagne gegen EXPO und Biopolitik (siehe u. a. alaska 229) vor allem auf Desinteresse. Hier besteht also

offensichtlich Bedarf weiter zu überlegen, wie dieses Feld politischer Auseinandersetzung innerhalb der Linken stärker zum Thema gemacht werden kann.
Festzuhalten bleibt jedenfalls, dass die Chance, die die EXPO m. E. geboten hätte, von weiten Teilen der radikalen Linken nicht genutzt wurde, wobei die Gründe dafür nicht nur bei uns liegen. Allerdings nützt es auch gar nichts, das relative Scheitern diesbezüglicher Aktivitäten den »verkrusteten Strukturen in vielen altlinken Zusammenhängen«, die durch »krasse Ein-Punkt-Bezüge ohne jeglichen Blick über den eigenen Tellerrand« geprägt seien, zuzuschreiben. Eine solche Sichtweise halte ich für viel zu einfach, und solche Formulierungen signalisieren, dass einem eine Auseinandersetzung mit weiten Teilen der Linken am Arsch vorbeigeht. Da geht es mir anders: Mich interessiert nach wie vor, aus welchen Gründen andere Gruppen und Zusammenhänge Schwierigkeiten hatten, das Thema EXPO für eine strategische Diskussion zu nutzen.

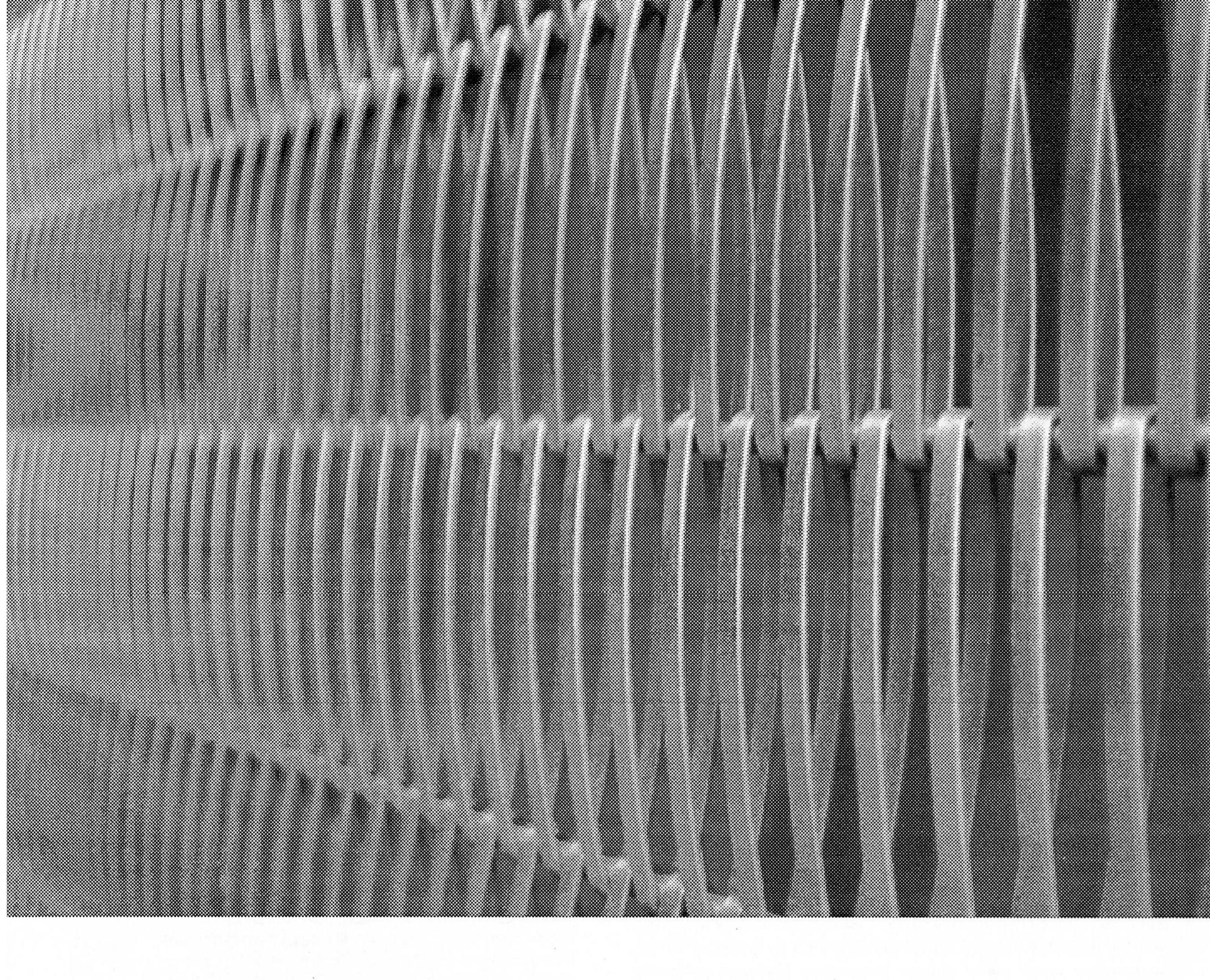
GROßEREIGNISSE ALS SACHZWANG?

Die weitere Entwicklung des EXPO-Widerstands machte eines sehr deutlich: Irgendwann beginnen die Großereignisse, zu denen mobilisiert wird, als »Sachzwang« zu wirken, und an die Stelle der ursprünglich beabsichtigten Strategiedebatte trat zunehmend die reine Aktionsplanung. Und das, obwohl – anders als sonst vielfach üblich – bereits Jahre vor dem eigentlichen »Event« versucht wurde, mit der Mobilisierung zu beginnen. Das scheint mir ein Dilemma zu sein: Anscheinend ist immer ein Großereignis nötig, um Leute über ihren eigenen Bereich hinaus zu mobilisieren und zusammenzuführen, andererseits behindern diese Großereignisse eine theoretische und strategische Weiterentwicklung linksradikaler Praxis und laufen letztlich immer auf die gleichen Rituale hinaus. Das war auch bei der EXPO nicht anders – allerdings mit dem Unterschied, dass das übliche Ritual im Vergleich zu anderen Veranstaltungen noch nicht einmal besonders kraftvoll zelebriert wurde. Was ich nicht weiter schlimm gefunden hätte – wäre es nicht ganz anders angekündigt worden (ich sach' nur »Seattle« ...).
Das Spektrum, das die bundesweiten Treffen besuchte, weitete sich, je näher die Aktionswoche rückte, jedenfalls nicht aus, sondern wurde im Gegenteil immer kleiner. Versuche, dem entgegen zu wirken und ganz gezielt noch einmal diejenigen anzusprechen, die sich für das Thema EXPO noch nicht erwärmen konnten, unterblieben weitgehend (auch aus Zeitmangel, der sich aus dem »Sachzwang« Aktionsplanung ergab; allerdings darf auch nicht verschwiegen werden, dass es bis zum Schluss eine Vielzahl von Veranstaltungen in anderen Städten gab). Die Kommunikation beschränkte sich zusehends auf die Menschen, die schon zum bundesweiten Anti-EXPO-Zusammenhang gehörten und lief im wesentlichen über E-Mail und den Anti-EXPO-Rundbrief. Eine Debatte in anderen linken Medien fand jedenfalls in einem weitaus geringeren Maße statt, als bei vergleichbaren Veranstaltungen. Wobei dies nicht nur unser Versäumnis war – auch die KritikerInnen der Anti-EXPO-Mobilisierung kamen mit ihrer Kritik viel zu spät rüber (unmittelbar vor der Aktionswoche). Da konnte die – zum Teil sehr berechtigte Kritik – selbstverständlich keinerlei Einfluss mehr auf den Lauf der Dinge nehmen ...

Woran lag diese Entwicklung? Hätten wir, wie von den KritikerInnen empfohlen, die Aktionswoche also gänzlich bleiben lassen sollen? War die Aktionswoche mehr als das übliche Event oder tatsächlich nur die Simulation von Widerstand? War sie tatsächlich ein wichtiger Schritt hin zu mehr Phant sie im Widerstand oder auch nur kalter Kaffee? Was folgt a alledem? Leider reicht der Platz nicht mehr. Kaufen Sie sich daher auch die nächste Ausgabe dieser Zeitschrift und erfah ren Sie dort auch, wer – außer H. Bauer – schon vor Jahren treffend feststellte: »I'm still confused, but on a higher level.

Anmerkungen:
1) Treue alaska-LeserInnen ahnen, dass es sich dabei um das Universalpseudonym der hannoverschen Anti-EXPO-AG handelt, das für Texte verwandt wird, die kein hundertprozentiges Ergebnis von Gruppendiskussionen sind. In der Tat wurde der Text kurz vor dem allerallerletzten Redaktionsschluss von nur einer Person aus der Gruppe verfasst; selbstverständlich sind hier aber auch schriftlich fixierte und in Diskussionen geäußerte Gedanken der anderen Mitglieder besagter Gruppe eingeflossen. Die Schuld an diesem Text trifft aber wirklich nur einen, daher wird darum gebeten davon abzusehen, die folgenden Zeilen anderen Gruppenmitgliedern anzulasten.
2) Dabei beziehe ich mich nur auf die »jüngste Geschichte« seit ungefähr 1996. Seit wir Ende der 80er Jahre angefangen haben, uns mit der EXPO 2000 in Hannover zu beschäftigen, gab es durchaus ganz verschiedene Ansätze und strategische Bestimmungen der Anti-EXPO-Arbeit (erfolgreiche und gescheiterte Bündnisse mit Umweltverbänden und von der städtischen Sparpolitik betroffenen Gruppen, Thematisierung der »Inneren Sicherheit« und der Vertreibungspolitik aus den Innenstädten und anderes mehr). Allerdings reichen weder Platz noch intellektuelle Verarbeitungskapazitäten, hierauf im Einzelnen einzugehen.
3) Hat ja auch auf dem BUKO 22 nicht geklappt. Gelang die Analyse der »Schönen neuen EXPO-Welt« noch relativ gut, so war das Entwickeln von »Perspektiven« gegen dieselbe ein für einen einmalig drei Tage stattfindenden Kongress mit einem recht bunt zusammengewürfelten Publikum ein zu hoch gestecktes Ziel.
4) Jörg Bergstedt: EXPO 2000 – Nichts zum Lahmlegen da! im Anti-Expo-Rundbrief # 14, Juni/Juli 2000
5) siehe: Die Kontrolle verlieren – Expo No! – Ho, Ho, Ho? Emanzipierte Verantwortungslosigkeit und Visionen globalisierter Bewegung im Expo-Widerstand Hannover, von M.A.D., mamba, Rote Aktion Kornstraße (RAK) und Einzelne / Hannover, u. a. dokumentiert im Anti-Expo-Rundbrief # 14, Juni/Juli 2000

AUTOR
H. BAUER IST MITGLIED DER ANTI-EXPO-AG HANN
VER, ALLES WEITERE DAZU IN ANMERKUNG



DER 'ZIMBABWE-VIRUS'

LANDREFORM, KOLONISIERUNG UND SOLIDARITÄT

CHRISTOPH SPEHR

"Vom Kolonialismus hat meine Generation in Grossbritannien nicht profitiert." Mit dieser britischen Variante der "Gnade der späten Geburt" begleitete Tony Lloyd, damals britischer Aussenminister, im Januar 1998 seine Erklärung, dass Grossbritannien jede finanzielle Unterstützung für das Landreform-Programm in Zimbabwe aufkündigen werde. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich Grossbritannien mit insgesamt zwischen 30 Mio. Pfund (nach Angaben Harares) und 44 Mio. Pfund (nach Angaben Londons) an der Finanzierung der Landreform in Zimbabwe beteiligt - eine ohnehin lächerlich geringe Summe angesichts der 1,1 Milliarden US-Dollar, auf die die Kosten für eine substanzielle Landreform in Zimbabwe geschätzt werden (ca. das 20fache also). Nun setzte die Regierung Blair, wie auch andere europäische Regierungen, auf einen Wahlsieg der Opposition bei den Parlamentswahlen im Juni diesen Jahres. Regierung weg, Landreform weg, so hoffte man in London. Diese Hoffnung hat sich nun zerschlagen. Die seit der Unabhängigkeit Zimbabwes im Jahr 1980 regierende Partei Robert Mugabes, die Zanu-PF, verlor heftig, aber nicht die Mehrheit. Es deutet wenig darauf hin, dass die oppositionelle MDC (Movement for Democratic Change) im Präsidentenwahlkampf 2002 Mugabe direkt schlagen wird. An der Notwendigkeit, endlich zu Fortschritten in der Landreform zu kommen, lässt sich durch Wahlarithmetik sowieso nichts ändern. In Zimbabwe leben heute 12 Millionen Menschen - 98 % davon sind schwarz, ein knappes Prozent weiss, der Rest asiatischer oder anderer Abstammung. 4.000 weisse Grundbesitzer verfügen über ein Drittel des Agrarlandes, mit Farmgrössen von durchschnittlich 2.000 Hektar, überwiegend auf den besten Flächen. Dem steht eine Million schwarzer Familien gegenüber, die sich zusammen rund die Hälfte der landwirtschaftlichen Fläche teilen, nämlich das städtische Umland - mit Betriebsgrössen von durchschnittlich 3 Hektar, tendenziell auf schlechten Böden. Das verbleibende knappe Fünftel der Agrarfläche verteilt sich auf 10.000 mittelgrosse Betriebe ("schwarze" und "weisse", durchschnittlich 120 Hektar), staatliche Agrarbetriebe und 70.000 schwarze Familien, die bislang aus dem Landreform-Programm Land erhalten haben (durchschnittlich knapp 30 Hektar). "Die Tatsache, dass eine ethnische Minderheit von knapp 1 % der Bevölkerung fast die Hälfte der Landesfläche besitzt, würde jedes Land destabilisieren, auch in Europa", bemerkte Baffour Ankomah, Chefredakteur des New African.

DIE LISTE DER 1.471 FARMEN

Die wüste Agitation, die europäische Regierungen und die europäische Presse seit Februar diesen Jahres gegen die Landbesetzungen in Zimbabwe und gegen Mugabes Politik entfesselt haben, steht in krassem Gegensatz zu der Tatsache, dass Mugabe und die Zanu-PF seit der Unabhängigkeit Zimbabwes eine äusserst moderate, vernünftige und nach allen Seiten vermittelnde Politik in der Landfrage betrieben haben. Nach dem blutigen Sieg über das Apartheid-Regime Ian Smiths (das Land hiess damals noch Rhodesien) akzeptierte die Zanu bei den Unabhängigkeitsverhandlungen in London (der sogenannten Lancaster House Conference) einen Stufenplan in der Landfrage. Die neue Verfassung schrieb fest, dass für die Dauer von 10 Jahren eine Umverteilung ausschliesslich auf der Basis "willing seller, willing buyer" erfolgen durfte - d.h. die Regierung konnte Land von den weissen Grossgrundbesitzern ankaufen und an die schwarze Bevölkerung verteilen, aber eben nur, wenn die Landbesitzer einverstanden waren und d Preis diktieren konnten. Entsprechend zäh gestaltete sich Akquisition von Land. Bis 1995 konnten anstelle der geplan 162.000 schwarzen Familien nur die erwähnten 70.000 du das Landreform-Programm eigenes Land erhalten, anstelle geplanten 8 Mio. Hektar wurden nur 3,3 Mio. Hektar da angekauft und umverteilt. Nach Ablauf der 10-Jahres-F verabschiedete das Parlament den Land Acquisition Act 1992, der es der Regierung ermöglichte, Land auch oh Zustimmung der Besitzer zu enteignen und umzuverteil unter Zahlung einer angemessenen Entschädigung und der Möglichkeit für die bisherigen Besitzer, in dieser Frage Gericht zu ziehen. Ende 1997 veröffentlichte die Regieru eine Liste von 1.471 Farmen mit ca. 3,8 Mio. Hektar Fläche, sie einzuziehen gedachte. Die Regierung führte Verhandlu gen mit der Farmerorganisation, die ihrerseits 1,5 Mio. Hek anbot, und mit den internationalen Gläubigern und Finanzi Immer deutlicher drohte die Landreform am fehlenden Geld scheitern. Die Zanu-PF bereitete daher ein Referendum also eine Volksabstimmung, um die Verfassung erneut ändern und dabei der Regierung die Möglichkeit zu geb Agrarland entschädigungslos zu enteignen. Das Referend scheiterte im Februar 2000 mit 45 % Ja- zu 55 % Nein-Sti men und war der erste grosse Sieg der MDC, die sich im S tember 1999 aus einer Vielzahl von Oppositionsgrupp NGOs, Menschenrechtsvereinigungen etc. gegründet ha Zwei Wochen später begannen die Farmbesetzungen. Ur Führung der Zanu-nahen Veteranenorganisation (d.h. Organisation von TeilnehmerInnen am antikolonialen Bef ungskrieg) wurden bis zum heutigen Tag ca. 1.100 Farm vornehmlich im Besitz weisser Grundbesitzer, von schwar Landlosen besetzt. New Labour in Grossbritannien beg sofort einen diplomatischen und einen Medien-Krieg ge die Farmbesetzungen. Regierung und Polizei in Zimbab schritten nicht gegen die Besetzungen ein. Die Farmorgani tion erwirkte ein Gerichtsurteil gegen die Besetzungen, Polizei weigerte sich jedoch, die Farmen gewaltsam zu r men. Im April kam es zu ersten gewaltsamen Auseinanders zungen zwischen Farmern und Besetzern, ein schwarzer P zist und ein weisser Farmer wurden dabei getötet. Die Pa mentswahlen im Juni brachten der Regierung trotz Einbus eine Mehrheit, was wesentlich auch die grundsätzliche pol sche Zustimmung zur Landreform beinhaltete. Damit hat s die britische Hoffnung, sich im Zeichen der "Demokrati rung" ein unbequemes Regime vom Hals zu schaffen, erste zerschlagen.

DER TAUSCH VON LAND GEGEN STABILIT

Zu Verhandlungslösungen gibt es keine Alternative. Die La reform kostet Geld. Sie würde auch bei entschädigungsl Enteignung Geld kosten. Die Umwidmung von Grossgrund sitz in bäuerliche Wirtschaften erfordert Investitionen Infrastruktur, Ausrüstung, Schulung und Training. Sie ko auch Devisen aufgrund von Exporteinbussen. Wie stark di Faktor zu Buche schlägt, ist umstritten, aber dass er berücksichtigen ist, ist unbestritten. Der grossen Farmen häufig diejenigen, die sich auf Plantagenwirtschaft Exportprodukten spezialisiert haben, insbesondere Ta Zimbabwe ist der drittgrösste Tabaklieferant der Welt, Tabakwirtschaft macht 40 % des Gesamtexports und so der Deviseneinnahmen Zimbabwes aus. Eine Neustruktu rung der ländlichen Besitzverhältnisse, die nicht weniger

eine Abwicklung der kolonialen Erbschaft darstellt, ist zum Nulltarif nicht zu haben. In diesem Sinne ist es korrekt, wenn die Regierung in Harare die Hilfe der ehemaligen Kolonialstaaten als eine Art Reparationszahlung einfordert. Umgekehrt ist auch die besitzende Klasse im Land und die internationale Gläubigergemeinde prinzipiell an einem Ausgleich interessiert. Shadrack Gutto and Theunis Rouxm, die in Südafrika am Land Rights Research Programme arbeiten, brachten es auf den Punkt: In einer Situation extremer Ungleichheit, die zu scharfen sozialen Spannungen und Eruptionen führt, liege es durchaus im Interesse der Besitzenden, einen Teil abzugeben, um den Rest desto sicherer zu behalten. Oder, wie es African Business formulierte: Langfristig lässt sich die Akzeptanz des Privateigentums an Land nur aufrechterhalten, wenn die Gruppe derer verbreitert wird, die selbst Eigentum haben. Diese Rechnung stimmt natürlich nur, wenn andere Möglichkeiten ausscheiden - vor allem die, den offenen sozialen Spannungen und der latenten Gefährdung in Sachen Eigentum durch massive Unterdrückungsmassnahmen zu begegnen. Die Diplomatie New Labours hat genau das verlangt, von der Regierung in Harare (am besten gleich einer neuen), von Europa und von der Welt; und Rot-Grün in Berlin ist auf diesem Zug ohne Zögern mitgereist. Wie die MDC im Falle eines Wahlsiegs reagiert hätte, ist unklar. Sie hat sich zwar gegen die Landreformpläne der Regierung Mugabe gestellt; ob sie eine gewaltsame Räumung der besetzten Farmen und eine blutige Unterdrückung der Landbesetzungs-Bewegung gewagt hätte, scheint jedoch zweifelhaft.

... ZUM BEISPIEL KOHL

Die Situation in Zimbabwe ist einigermassen komplex. Dass das Referendum für eine entschädigungslose Enteignung scheiterte, ist zunächst einmal Ausdruck einer "Nein"-Koalition aus verschiedensten Gründen. Zu den Besitzern der 1.471 Farmen auf der Umverteilungsliste, die die Regierung veröffentlicht hat, gehören weisse Grossgrundbesitzer ebenso wie Schwarze aus einflussreichen Familien. Ein Teil der Besitzer sind in London residierende britische Adelige, die das Land "geerbt" haben, ein anderer Teil weisse und schwarze Mittelständler, die ihren Landbesitz erst nach der Unabhängigkeit gekauft haben. Ein Teil der 1.471 Farmen befindet sich im Besitz von Transnationalen Konzernen, ein anderer im Besitz von NGOs, Kirchen und Staatsunternehmen. Ein Teil der Farmen liegt brach, andere sind hochprofitable Exportplantagen. Die städtische Bevölkerung befürchtet Arbeitsplatzverluste oder Konjunktureinbussen durch die Umverteilung; viele haben deshalb mit "Nein" gestimmt. Andere fanden, dass die Regierung nicht über Geldmangel für die Landreform klagen sollte, solange sie täglich 1 Million US-Dollar für den Krieg im Kongo ausgibt. (Zimbabwe unterstützt seit August 1998 mit Soldaten und Geld die Regierung Kabila, während Ruanda und Uganda die Gegenseite unterstützen.) Mit "Nein" gestimmt haben auch diejenigen, die die Landreform befürworten, aber die Regierung und die Zanu-PF dadurch nicht noch mächtiger machen wollen. Einige Korruptionsfälle sind in der nationalen Presse blossgestellt und rechtlich verfolgt worden. Mit "afrikanischer Misswirtschaft", wie die internationale Presse gern schreibt, hat das wenig zu tun. Von der Dauer seiner Amtszeit her liegt Mugabe leicht vor Kohl. Mugabe und die Zanu sind ununterbrochen an der Macht seit der Zäsur der Unabhängigkeit 1980, und daher in ihrer Stellung eher der CDU unter Adenauer zu vergleichen. Bis vor kurzem waren andere Parteien als die Zanu-PF nicht zugelassen und grosse soziale Organisationen wie die Gewerkschaften standen weitestgehend unter ihrem Einfluss; von daher entspricht die derzeitige Phase eher der späten DDR. Eine Verschmelzung von persönlicher Macht und Staatsmacht, die Dominanz einer Partei über das politische System und das gesellschaftliche Leben, liegen auf der Hand. Und ähnlich wie die Bürgerrechtsbewegung hat die MDC für einen Wandel gute Gründe, aber wenig Konzept, und ist für eine Instrumentalisierung von Rechts offen. Der Pferdefuss der bisherigen Landreform ist denn auch die Frage, wie das Land verteilt werden soll, das enteignet wird, und wer darüber entscheidet. Von den bisher umverteilten 3,3 Mio. Hektar sind etwa 400.000 Hektar als Grossfarmen an 400 schwarze Neubesitzer verkauft worden, etwa 12 % also. Dafür sprechen gute Gründe, insbesondere die Aufrechterhaltung grösserer Betriebsflächen in den Fällen, wo exportwirtschaftlicher Anbau betroffen ist. Die Verteilung ist dennoch ein erheblicher Machtfaktor. Die bisherige Struktur des Landbesitzes ist auch eine patriarchale. Inwieweit die Umverteilung in höherem Masse Frauen Besitz an Land ermöglicht, dazu liegen weder Zahlen noch Pläne vor.

EUROPA MUSS ZAHLEN

Ein Scheitern der Landreform wäre gleichbedeutend mit Destabilisierung, andauernder kolonialer Ungerechtigkeit und der Einladung zum Bürgerkrieg. Die Fortsetzung der Landreform erfordert Verhandlungen und Veränderungen von allen Seiten. Wer hierzulande meint, die bisherige Politik des Verhandelns und der schrittweisen Umsetzung sei zu schlapp und reformistisch, der sei an das Beispiel Mozambiques erinnert. Mozambique, das kurz vor Zimbabwe den Unabhängigkeitskrieg gegen die weisse Kolonialherrschaft gewann, entschied sich für eine sofortige Landreform mit weitgehender Zerschlagung des Grossgrundbesitzes und Umverteilung auf kleine Einheiten. Heute befinden sich grosse Farmflächen in Mozambique in der Hand reicher Agrarunternehmer aus Grossbritannien, Südafrika und Zimbabwe, denen die Regierung Mozambiques das Land geradezu nachwarf, da sie sich davon mehr Exportwirtschaft, Deviseneinnahmen und Arbeitsplätze erhofft. Das Problem ist letztlich dasselbe: ohne Kapital funktioniert keine Landreform, und ohne Verhandlungslösungen, die den Abfluss nationalen Kapitals verhindern und internationales Kapital einbinden, kehrt die alte Struktur über kurz oder lang wieder. Zimbabwe hat in den letzten Monaten gehandelt. Die Bevölkerung hat beim Referendum der Machtausweitung der Zanu einen Riegel vorgeschoben, sich jedoch bei den Wahlen dazu bekannt, dass eine Reform derzeit nur mit Mugabe und der Zanu denkbar ist. Die Opposition hat sich organisiert und kann ihren Einfluss stärken. Die Landbesetzungen sind, gemessen an der krassen Situation, auf die sie reagieren, immer noch relativ friedlich und kooperativ. Es liegt jetzt an den europäischen Staaten und den internationalen Finanzorganisationen, ihrerseits zu handeln. Weder Grossbritannien noch die EU können sich der finanziellen Verpflichtungen, die aus ihrer kolonialen Vergangenheit (und ihrer neokolonialen Praxis) resultieren, mit nassforschen Sprüchen entledigen. Es wäre die Aufgabe der Solidaritätsbewegung hierzulande, dafür Druck zu machen. Sie sollte auch die MDC nicht verteufeln und Forderungen nach mehr Transparenz, nach Einbindung von gesellschaftlichen Organisationen und der Opposition in die Entscheidung über die Verteilung, nach egalitärer Verteilung und mehr Frauenrechten, durchaus unterstüt-

zen. Die grundsätzliche Richtung jedoch ist klar. Europa muss für die Landreform in Afrika zahlen. Es waren europäische Staaten, europäische Unternehmen und europäische Siedler, die das Land denen geraubt haben, die es heute zurückfordern. Die aktuellen Besitzer verdienen einen sorgfältigen Umgang mit ihren Interessen, jedoch keinen Respekt vor irgendeinem angestammten Recht, das sie auf das Land hätten. Und klar ist auch, dass eine Landreform sich nicht vorrangig an Massstäben der finanziellen Effizienz messen lassen kann und darf.

DIE ABWICKLUNG DES KOLONIALISMUS BRAUCHT INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Natürlich geht es bei der Landreform im Kern um den Aufbau einer schwarzen bzw. einer gemischten nationalen Bourgeoisie, bei gleichzeitiger sozialer Umverteilung - im Sinne einer allgemeinen Existenzsicherung, durch Zugang zu Land für die Mehrheit der Bevölkerung. Natürlich ist das ein im Kern sozialdemokratisches Programm. Und natürlich ist es auch dabei Aufgabe von Solidaritätsarbeit, diejenigen zu stärken, deren Verhandlungsposition geschwächt ist, insbesondere Frauen und die Mehrzahl schwarzer Familien ohne Besitz und Einfluss. Die Dimension der nachkolonialen Landfrage geht über Zimbabwe weit hinaus. Auch in Südafrika sind heute 80 % des Agrarlandes in den Händen der alten weissen Elite. Die Landreform stockt ebenso wie in Zimbabwe; anstelle der anvisierten 30 % des Agrarlands, die der ANC nach dem Ende der Apartheid 1994 umverteilen wollte, sind heute gerade 2 % tatsächlich an schwarze Familien übergeben worden. Kn die Hälfte der Bevölkerung befürwortet laut Umfragen Landbesetzungen in Zimbabwe und Mugabes Haltung in c ser Frage. In Kenya kam es trotz Beteuerungen der Regieru der "Zimbabwe Virus" habe in Kenya keine Chance, im dieses Jahres zu vereinzelten Landbesetzungen; einige Po ker der Opposition rufen öffentlich dazu auf. Auch in Moza bique, Sambia und Tansania liegen die Besitzstrukturen dem Land ähnlich und verfolgt man die Ereignisse in Zimb we, je nach Interessenlage, mit Faszination oder Nervosi Ohne Druck durch soziale Bewegungen werden Reforn nicht durchsetzbar sein. Ohne internationale Solidarität a nicht.

AUT
CHRISTOPH SPEHR LEBT IN BRE
UND SCHREIBT FÜR ALA





DAS GANZE GENOM, DIE VOLLE KONTROLLE

'GENOMICS' UND GRÜNE GENTECHNOLOGIE

GRAIN

In den letzten Jahren haben Pharma- und Agrar-Industrie angefangen, massiv im Bereich der "Genomics" (Genomforschung) zu investieren, den sie für die zukünftige Forschung und Produktentwicklung in der grünen Gentechnologie für entscheidend halten. Genomics im Bereich der landwirtschaftlichen Nutzpflanzen soll die Begrenzungen der gegenwärtigen Gentechnik überwinden und ganz neue Möglichkeiten eröffnen.

GENETIC RESOURCES ACTION INTERNATIONAL

Die Geburt der "Genomics"-Wissenschaft hat das Rennen um die Aneignung und Ausbeutung der Gene von Menschen, Tiere und Pflanzen verschärft. Genomics, das ist die Untersuchung aller Gene einer Art sowie der Art und Weise, wie sie miteinander interagieren, um die Charakteristika der jeweiligen Art hervorzurufen. Die meisten pflanzlichen Eigenschaften von ökonomischer Relevanz in der industriellen Landwirtschaft - wie Ertrag, Stresstoleranz, Salztoleranz, Nährstoffgehalt - sind das Ergebnis komplexer Wechselwirkungen zwischen einer ganzen Reihe von Genen und ihrer Umgebung. Der Ansatz, einzelne Gene zu untersuchen, erreicht gegenwärtig bereits das Ende seines kurzen Lebens. Der "Genomics"-Ansatz wird als der nächste natürliche Schritt angesehen. Obgleich das Unterfangen enorm ist, sind Pflanzen zum Glück für die Forscher sehr konservativ, was bedeutet, dass die Gene, die für Pflanzeneigenschaften und -prozesse kodieren, für viele Pflanzenarten nahezu identisch sind. Das macht die Aufgabe ein wenig leichter.

DAS PRIVATE WIRD ÖFFENTLICH

Von Anfang an waren Pflanzen-Genomics-Initiativen sehr vom privaten Sektor beeinflusst. Der erste gewichtige Aufruf zu öffentlichen Investitionen im Bereich der Pflanzen-Genomics kam 1995 von der US-Mais-Initiative (US National Corn Initiative, NCI). Die NCI wird massiv von der Industrie unterstützt und trägt den Slogan vor sich her: "Die Zukunft der Maisindustrie steht im genetischen Code geschrieben." Die NCI wird alsderWeg gelobt, das Fortbestehen der US-Dominanz auf dem internationalen Maismarkt zu sichern. Strategie der Industrie war es, mit staatlichen Fördergeldern die Sequenzierung des gesamten Mais-Genoms zu organisieren, um anschließend die Ergebnisse mit Patenten im Besitz der US-Regierung zu schützen. Das sollte sie für die US-Forschungsgemeinde zugänglich machen – und die Industrie selbst dominiert das ganze Geschehen.
Die Industrie begrüsste auch die US-National Plant Genome Initiative, NPGI), eine strategische Allianz mehrerer US-Ministerien zur Finanzierung von Pflanzen-Genom-Projekten. Zu ihren Zielen gehört die Beteiligung an internationalen Genomics-Projekten – vorwiegend die Sequenzierung von Arabidopsis (Modellpflanze der Pflanzen-Genom-Forschung, die GID-Red.) und des Reis-Genoms – und die Entwicklung von Genomics Technologien. Die NPGI wurde 1998 mit 40 Mio. US-Dollar finanziert, 50 Mio. US-Dollar 1999, und für 2000 sollen 145 Mio. US-Dollar erreicht werden. Nahezu alle bislang finanzierten Projekte wurden von Universitäten und nicht-kommerziellen Forschungsinstituten durchgeführt. Darunter befand sich auch das Institute for Genomic Research von Craig Venter, das eng mit Venters kommerziellem Unternehmen Celera Genomics verzahnt ist.

GENOMICS-FIEBER IN ALLEN LÄND

Der Hauptteil des öffentlichen Geldes ging an Projekte funktionellen Untersuchung und zur Kartierung von Ge Mais war mit 13 anerkannten Projekten und 55,5 Mio. Dollar Forschungsförderung unter den Nutzpflanzen wich ster Forschungsgegenstand.(1)
Die US-Regierung hat zudem die hauseigenen Genom Kapazitäten aktiviert. Das US-Landwirtschaftsminister USDA kündigte im Januar 1999 an, dass es ein neues Zent für Bioinformatik und vergleichende Genomics an der Co Universität einrichten wolle. Zudem wolle es moder Sequenziermaschinen anschaffen, um die Sequenzierung beschleunigen. Diese neuen Kapazitäten würden die Agrar schung des USDA zur "stärksten Einzelkraft in der Genor quenzierung auf dem öffentlichen Agrarforschungsse machen."
Im letzten Jahrzehnt hat die Europäische Union 40 Mio. in die Genomics-Forschung investiert. Das meiste Geld Richtung Arabidopsis. 25 Prozent der Sequenzierung Genoms dieser Pflanze wurde von der EU finanziert. Ja Priorität in der Genomic Forschung liegt auf der Reissequ zierung, die in den späten 80er Jahren begann.

PRIVATER SEKTOR STEIGT

Pioneer Hi-Bred International, das von DuPont aufgek wurde, war das erste Saatgut-Unternehmen, das die Genor Arena betrat. Im Januar 1996 tat es sich mit Human Gen Sciences (HGS) zusammen. Für 16 Mio. US-Dollar sollte die Gene in der Mais-Gen-Bank von Pioneer sequenzie Pioneer sollte die Besitzrechte und die geistigen Eigentu rechte an den Informationen der Gensequenzen erhalten. diese Weise hatte sich Pioneer als "Herr der Mais-Gene" den Weg zum "Herrn des Mais-Genoms" begeben. Währe dessen versuchte das Unvernehmen, die US-Regierung einem eigenen Mais-Sequenzierungprogramm anzuregen. Hoffnung war, freien Zugang zu den Ergebnissen der öffe chen Forschung zu erhalten.
Der nächste bedeutende Schritt kam, als Monsanto im O ber 1996 eine strategische Allianz mit Incyte Pharmaceuti ankündigte. Monsanto sollte exklusiven Zugang zu der Pf zen-Genom-Datenbank von Incyte erhalten – die wahrsch lich von Proben abgeleitet waren, welche Monsanto zur fügung gestellt hatte, aber der Kontrolle von Incyte ur standen. Und Monsanto sollte Incyte einen Anteil an jeglic zukünftigen Lizenzgebühren zahlen, die sich aus den Verk fen von durch die Vereinbarung zustandegekommenen dukten ergeben würden. Diese beiden grundlegenden He gehensweise an die Kontrolle von genomischen Informatio – Sequenzen in Besitz zu nehmen und patentieren zu la oder aber Nutzungsgebühren für den Zugang zu wertv Informationen zu zahlen, ohne die Sequenzen tatsächlic besitzen – charakterisieren heute die meisten Joint-Vent auf diesem Gebiet.

DRAMATISCHE ÄNDERUNG DER SZ

In den vergangenen drei Jahren hat sich die landwirtscha che Genomics Szene dramatisch geändert. Der Zugang genomischen Informationen und ihre Kontrolle wird nur Meilenstein für die zukünftige Entwicklung von transge Pflanzen angesehen. Die Führer des agroindustriellen ger

schen Komplexes starteten ein Wettrennen um die schnellste Identifizierung pflanzlicher Gene. Wer zuerst die Gene identifizieren kann, wird auch – so hoffte man – der erste bei der Inbesitznahme wichtiger Gene sein, die bei der Regulierung und dem Zusammenwirken kommerziell nutzbarer pflanzlicher Eigenschaften eine Rolle spielen.
Die Investitionen des privaten Sektors im Bereich der Modellpflanzen in den vergangenen vier Jahren haben bereits die Investitionen des öffentlichen Sektors weit überstiegen. Diese Unternehmen saugen derzeit Genomics Neugründungen auf, genau wie die Pharmaindustrie es seit den frühen Neunzigern getan hat. Die Situation erinnert in der Tat an die frühen neunziger Jahre, als eine Reihe von Biotechnologie-Neugründungen wie zum Beispiel Plant Genetic Systems oder Calgene den damaligen gentechnologischen Bedürfnissen dienten. Die Newcomer wurden schließlich von transnationalen Unternehmen geschluckt.

DIE GROßEN KONZERNE WACHEN AUF

Ein Unternehmen, das große Hoffnungen in die Pflanzen-Genomics setzt, ist Novartis. Der Konzern gibt ungefähr 10 Prozent seines Agro-Forschungs-und-Entwicklungs-Budgets für die Pflanzen-Genomics aus. 1998 investierte das Unternehmen atemberaubende 600 Mio. US-Dollar in ein brandneues Genomics-Forschungszentrum in La Jolla, Kalifornien: das Novartis Agricultural Discovery Institute (NADI). NADI konzentriert sich darauf "die Grundlagen der Leistung von Nutzpflanzen zu verstehen und Gene außerhalb von Pflanzen zu finden, die den Gesundheitswert und die Nährstoffzusammensetzung verbessern können." Das Institut arbeitet mit der akademischen Forschung und Genomics-Unternehmen zusammen.
Auch Aventis investiert massiv in Genomics, vorwiegend über Rhobio. Rhobio wiederum ist ein Joint-Venture zwischen Rhône Poulenc und dem Unternehmen Biogemma, an dem das US-Biotech-Unternehmen Limagrain beteiligt ist. Interessant ist auch, dass dieses Joint-Venture zwischen dem größten französischen Agrochemiekonzern und dem Saatgutunternehmen nur fünf Monate nach der Geburtsstunde von Gènoplante entstand. Über Gènoplante bietet Frankreich die Ergebnisse seiner öffentlichen Forschung den beiden Unternehmen an.
Ebenfalls Interesse an Pflanzen-Genomics zeigen Pioneer Hi-Bred und sein neuer Besitzer DuPont. Sie bezeichnen sich selbst als führend in dem Bereich der Mais- und Soja-Genomics. Und natürlich hat Monsanto, das ungern irgendwo nicht dazugehört, Milleniums Sequenzierungstechnologie gekauft, dazu noch ein Genomics Tochterunternehmen gegründet, in Indien ein Genomics Forschungszentrum aufgebaut und begonnen, mit IBM auf dem Feld der Bioinformatik zusammenzuarbeiten.

GRENZE ÖFFENTLICH/PRIVAT VERWISCHT

Während das Interesse an Genomics wächst, verwischt zunehmend die Grenze zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor. Tatsächlich scheint die Gènoplante-Initiative von Frankreich sie sogar vollständig abgeschafft zu haben. Auch in anderen Ländern überschneidet sich öffentliche und private Forschung zusehends. Die Vereinbarung von NADI mit dem Genomics-Bereich der Abteilung für Pflanzen- und Mikrobiologie der Berkeley Universität ist nahezu genau so unverfroren wie von Gènoplante. Berkeley soll alle Patente besitzen, die sich aus der 25 Mio. US-Dollar schweren Vereinbarung ergeben, und darf dazu noch die Lizenzgebühren einsammeln. Dafür wird Novartis das Erstrecht erhalten, 30 bis 40 Prozent der Entdeckungen, die in der Berkeley Abteilung gemacht werden, auf ökonomische Verwertbarkeit hin zu untersuchen. Weiterhin hat Novartis das Recht, wissenschaftliche Manuskripte dreißig Tage, bevor sie zur Publikation eingereicht werden, in Augenschein zu nehmen, um sie auf eventuelle geschäftliche Verwendbarkeiten hin zu untersuchen. Weitere Beispiele für die öffentlich/private-Vermischung sind das britische John Innes Centre und Sainsbury Laboratory, die Langzeit-Kooperationen mit Zeneca und DuPont eingegangen, sowie in Deutschland die Vereinbarungen zwischen den Max-Planck-Institute imit AgrEvo (Aventis).

KONTROLLE GEWINNEN

Das Kalkül der Industrie bei der Investition in Pflanzen-Genomics ist es, den technologischen und rechtlichen Rahmen gentechnisch manipulierter Nutzpflanzen auf ökonomisch interessante Eigenschaften auszuweiten, die von der Wechselwirkung einer großen Zahl von Genen kontrolliert werden. Es kann daher nicht überraschen, dass agroindustrielle Unternehmen - genau wie es im Bereich der Human-Genomics-Forschung geschieht - erpicht darauf sind, jedwede Gensequenz patentieren zu lassen, über die sie stolpern.
Anders als in der Pharmaindustrie beschränken sich die Unternehmen allerdings weitgehend auf ganze Gene an Stelle von einzelnen Gen-Sequenzen. Bis jetzt wurden nur wenige Patente erteilt, aber einige Unternehmen sitzen bereits auf einer großen Anzahl von Patentanmeldungen.
Die Unternehmen sind nicht bereit öffentlich zu machen, wie viele Patentanmeldungen sie genau vorgenommen haben oder welche Patente bereits erteilt wurden. Aber einige Konzerne wie zum Beispiel Pioneer Hi-Bred oder Aventis sind auf diesem Bereich bereits recht aggressiv tätig gewesen. Novartis scheint eine offenere Politik zu bevorzugen, vor allem bei ersten Forschungsschritten. Trotzdem will es natürlich genau wie die anderen Unternehmen die Gene in Besitz nehmen und kontrollieren, welche lukrativ sein könnten.

INDUSTRIE ZWEIFELT AN PATENTEN

Die Praxis, menschliche Gene und Gen-Sequenzen patentieren zu lassen, wurde bereits vom wissenschaftlichen Establishment kritisiert. Interessanterweise beginnt nun auch die Industrie zu fragen, ob eine Gen-Patentierung wirklich weise ist. So erklärte vor kurzem Steve Seelig von Vysis, einem Unternehmen für funktionelle Genomics, gegenüber der Zeitschrift Nature Biotechnology: "Jemand muss aufstehen und erklären, dass geistiges Eigentum ein außerordentliches Hindernis sein kann und dass Patente nicht immer dem nationalen Interesse dienen." Seelig ging sogar so weit vorzuschlagen, dass das Patentamt die Patentierung von Genen verbieten solle. Seine Sorgen bezogen sich zwar auf die pharmazeutische Forschung, lassen sich aber auf den Agro-Bereich übertragen.
Denn wenn schon die Pharmaindustrie in einem Umfeld straff gehandhabter geistiger Eigentumsrechte mit der Finanzierung von Genomics-Forschung Probleme hat, wird dies für die Agroindustrie um so mehr zutreffen. Denn der Markt für Agrochemikalien und Saatgut ist nur ein Fünftel so groß wie der der Pharmaindustrie, der beträgt weltweit einen Marktanteil von rund 300 Milliarden US-$ hat.

SCHWERER ZUGANG ZU GENMATERIAL

In der Praxis könnte die Patentierung von Nutzpflanzen-Genen das Spielfeld auf jene beschränken, die groß genug sind, auch genügend Sequenzen in Besitz zu nehmen, mit denen sich spielen läßt.
Die Vergabe von geistigen Eigentumsrechten auf pflanzliche Gen-Sequenzen wirkt sich schon jetzt spürbar auf die Arbeitsmöglichkeiten von Forschern aus. Ein kleine, aber signifikante Studie in den USA hat herausgefunden, dass unter 86 universitären Pflanzenzucht-Einrichtungen, die an einer Umfrage teilgenommen hatten, 48 Prozent die Erfahrung gemacht hatten, dass es für sie schwierig war, an Genmaterial von Privatunternehmen zu kommen. 45 Prozent gaben an, dass dies ihre Forschung beeinträchtigt habe. Den Zugang zu genetischem Material zu limitieren wird sogar im Bereich der Genomics noch ernstere Konsequenzen als in der klassischen Züchtung haben. Das Sequenzieren ist ja nur der erste Schritt in der Genomics-Forschung, und die gegenwärtigen Methoden, die Funktionen der Hundertausenden von gefundenen Sequenzen herauszufinden, erfordern die Analyse von vielen Genen zur gleichen Zeit. Hier könnte der Zwang zur Zahlung hoher Lizenzgebühren nicht nur für den öffentlichen Forschungssektor zu gravierenden Einschränkung führen, sondern auch für viele Unternehmen.
Es gibt ein gewisses Bewusstein für diese Realität unter Wissenschaftlern. Viele erkennen, dass es jedermanns Interesse sein muss, frühe Forschungsarbeiten in der öffentlichen Arena zu belassen. Wettbewerbsvorteile ergeben sich nicht, wenn man der Erste beim Sequenzieren ist, sondern wenn man durch die Entwicklung ausgefeilter Bioinformatik-Systeme als Erster etwas Sinnvolles aus all den Sequenzen herausliest. Dies scheint der Weg zu sein, auf dem viele Genomics Unternehmen, auch einige Gen-Giganten wie Novartis, nach vorne preschen. Steve Briggs, Chef von NADI, sagt: "Wir können es uns nicht leisten, alles patentieren zu lassen - unsere Politik ist es, nützliche Erfindungen zu patentieren." (Als ob es möglich sein sollte, andere Arten von Erfindungen zu patentieren!)

PFLANZEN-GENOMICS NUR FÜR DIE ELITE

Sich in das Gebiet der Pflanzen-Genomics zu begeben ist eine riskante Angelegenheit für Agro-Unternehmen. Bisher erhalten selbst die grossen Konzerne noch nicht die üppige Belohnung, die sie sich aus ihren ersten massiven Investitionen in transgene Nutzpflanzen erhofft hatten. Während sie behaupten, dass die Ablehnung der VerbraucherInnen gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel und Nutzpflanzen nur ein Sturm im Wasserglas sei, gibt es doch wenig Hinweise darauf, dass sich der Sturm in nächster Zeit legen könnte. Genomics-Forschung wird unvorhersehbare Investitionen und Risiken mit sich bringen und hat darüber hinaus das Potential, Unternehmen und Forschungsarbeiten durch Rechtsstreitigkeiten über Eigentumsrecht regelrecht zu strangulieren. Dessen ungeachtet scheint die Agro-Industrie unbeirrt an ihrem Kurs festzuhalten, wie ihre substanziellen Investionen in dieses Gebiet in den vergangenen Jahren zeigen.
Da sowohl die agrochemische wie die pharmazeutische Industrie heftig in Genomics investieren, scheint die natürliche Entwicklung auf eine zunehmende Konsolidierung dieser beiden Zweige der Life Science-Industrie hinzuweisen. Während allerdings die Pharma-Sparten der Life Science weiterhin große Gewinne einfahren, haben die agrochemischen und Saatgut-Sparten aufgrund des stagnierenden agrochemisc[illegible] Marktes und der wachsenden Opposition gegen gentechni[illegible] verändertes Saatgut schwer zu kämpfen.
Klar ist, dass nur eine Elite sich an der Genomics-Forsch[illegible] beteiligen kann. Wegen der hohen Kosten kann der Sü[illegible] kaum auch nur darüber nachdenken, sich in das Kampfgetü[illegible]mel mit hineinzustürzen. Und die öffentlichen Forschun[illegible]reinrichtungen des Nordens sind derzeit mit der Situation k[illegible]frontiert, dass auch sie nur mitmischen können, wenn sie [illegible] den Interessen der Industrie ergeben. Wird das Regime [illegible] geistigen Eigentumsrechts noch enger, so wird auch die Z[illegible] der Mitspieler weiterhin sinken und die landwirtschaftli[illegible] Forschung und Entwicklung wird den Händen einiger G[illegible] Giganten überlassen bleiben. Jahrhunderte der Arbeit [illegible] Bäuerinnen und Bauern überall in der Welt wird in exklu[illegible] Datenbanken und patentierte Genbanken wandern, die [illegible] eine Nutzung unerreichbar sind - außer für wenige Forsc[illegible] deren Arbeit das Ziel hat, die Koffer der Konzerne zu fül[illegible] nicht aber die Welt zu ernähren.

Anmerkung:
1) Der Ausdruck "crop" wird im Artikel mangels eines geeigneten deutschen Begriffs durchgängig mit Nutzpflanzen übersetzt; es sind mit dem englischen Begriff jedoch ausschließlich die wirtschaftlich bedeutenden Nutzpflanzen gemeint.

ÜBERSETZU[illegible]
SUSANNE BI[illegible]

HINW[illegible]
DER GEKÜRZTE ARTIKEL ERSCHIEN MIT FREUNDLIC[illegible] GENEHMIGUNG DER ZEITSCHRIFT "SEEDLING" VOM M[illegible] 2000, HERAUSGEGEBEN VON GRAIN (GEN[illegible] RESOURCES ACTION INTERNATIONAL) ÜBERSETZT ZU[illegible] IM GID, NR. 140, JUNI/JULI 20[illegible]

WEBSI[illegible]
HTTP://WWW.GRAIN.[illegible]
HTTP://WWW.GEN-ETHISCHES-NETZWERK[illegible]



'SYMBOLISCHE' VERSUS 'RICHTIGE' POLITIK?

ZUR UNMÖGLICHEN SUCHE NACH DER RICHTIGEN POLITIK IN DER FALSCHEN

AUTONOME A.F.R.I.K.A.-GRUPPE

In ‚der' bundesdeutschen Linken ist die Debatte um den Begriff des Politischen in den neunziger Jahren ein Dauerbrenner geworden. Angesichts der Dynamik des gesellschaftlichen Wandels ist das auch kein Zufall. Die Kontroverse darüber, welche Formen politischen Handelns heute für eine Linke Sinn machen, sprich zur Subversion der herrschenden Gesellschaftsordnung beitragen, verkommt aber zu einer Gespensterdebatte, wenn es dabei nicht um die Fortentwicklung der eigenen Praxis geht, sondern der Abgrenzungsdrang gegenüber anderen Gruppierungen die wesentliche Antriebskraft darstellt. Diskussionen unter Linksradikalen sind oft Veranstaltungen, bei denen das Anliegen, die Assoziation der Freien und Gleichen, nicht mehr aufscheint, sondern in der jämmerlichen Praxis eines dem christlichen Fundamentalismus entlehnten gegenseitigen Exorzismus verendet.

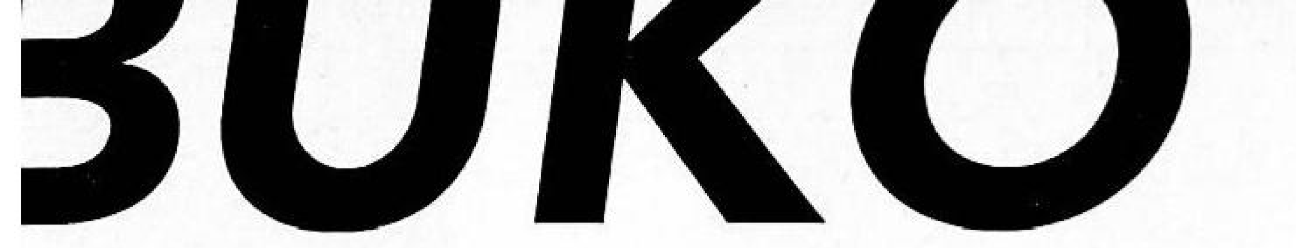
Vor diesem Hintergrund erscheint uns ein vorsichtiges und differenzierendes Vorgehen angebracht, wenn wir uns der Debatte um den Begriff des Politischen nähern. Immer häufiger tauchen in politischen Auseinandersetzungen kritische Bezugnahmen auf den Begriff einer ‚symbolischen Politik' auf. Zur Beschreibung bürgerlicher Politikformen erscheint uns dieser Begriff durchaus sinnvoll. Daher betrachten wir seine Brauchbarkeit in der Auseinandersetzung mit den hegemonialen Verhältnissen. Anschließend wollen wir versuchen, zu zeigen, daß eine analoge Verwendung des Begriffs in innerlinken Debatten problematisch ist und häufig der Denunziation mißliebiger linker Praxisformen dient: Hier fungiert der Begriff tendenziell als Schimpfwort und eröffnet eine Ebene der Auseinandersetzung, die wenig fruchtbar ist.
Ausgangspunkt für unsere Überlegungen zu ‚symbolischer Politik' ist unser Interesse für die Rolle der ‚symbolischen Ordnung' bei der Inszenierung und Stabilisierung bürgerlicher Macht und Herrschaftsformen. Wir bezeichnen als ‚symbolische Ordnung' die Strukturen der Repräsentation herrschender Verhältnisse und materieller Machtstrukturen auf der Ebene der Zeichen, sei es über Sprache, visuelle oder akustische Symbole. Die ‚symbolische Ordnung' bildet die in der Gesellschaft bestehenden materiellen Gewaltverhältnisse ab, ist aber nicht mit ihnen identisch. ‚Symbolische Politik', wie sie für die bürgerlich-repräsentative Demokratie typisch ist, agiert inerhalb dieser Strukturen, benutzt, produziert und reproduziert sie. Linkes politisches Handeln dagegen, das sich mit dieser ‚symbolischen Ordung' auseinandersetzt, Formen von Kommunikationsguerilla etwa, führt zwar keine materiellen Angriffe auf die kapitalistischen Gewaltverhältnisse, versucht aber die „Direkte Aktion" gegen deren Legitimation.
Bei einer Analyse bürgerlicher symbolischer Politik ist es wesentlich, diese nicht wie etwa der sozialdemokratische Cheftheoretiker Thomas Meyer als „Die Inszenierung des Scheins" (Frankfurt 1992) mißzuverstehen und in erster Linie als Medienproblem abzuhandeln. Unserer Ansicht nach muß die Frage prinzipieller gestellt werden. Dazu mag es sinnvoll sein, an einige Basisbanalitäten zu erinnern: Im Kapitalismus wird notwendigerweise eine Aufspaltung der Sphären von Politik und Ökonomie imaginiert; der Bereich der Politik als Gestaltung von gesellschaftlichen Verhältnissen scheint in der Logik bürgerlicher Gesellschaft getrennt vom Bereich der kapitalistisch organisierten Ökonomie. Entscheidend ist dabei, daß die Grundstruktur der Ökonomie als natürlich immer schon gegeben, und somit dem Gesellschaftlichen vorgängig gedacht wird. Auch wenn die politische Sphäre einige demokratische Elemente enthalten mag, ist es ein konstitutives Wesensmerkmal der bürgerlich-repräsentativen Demokratie, daß „volonté generale" des Souveräns, also der Staatsbürge durch die „Sachzwänge" einer eigentumsförmig organisier Ökonomie enge Grenzen gesetzt sind. Es geht nun nicht um, die im bürgerlichen Diskurs vorgenommene Beschränk des ‚Politischen' als naturnotwendig zu akzeptieren tatsächlich gegeben zu unterstellen. Vielmehr besteht u Anliegen darin, darauf hinzuweisen, daß diese Beschränk in der Art und Weise wie bürgerlich-repräsentative Demo tie funktioniert, ständig diskursiv reproduziert wird.
Aus dieser Konstellation ergibt sich eine Ambivalenz von h schender Politik. Während sie auf der einen Seite dort mat ell wirksam in die Sphäre des Gesellschaftlichen eingreift, es der als vorgängig gedachten Logik der ökonomischen Sp re („Standort Deutschland") entspricht, wird die Integra sozialer Konflikte, die aus der ökonomischen Dynamik re tieren, vor allem auf symbolischer Ebene zu vollziehen sucht. Das permanent geforderte „Bündnis für Arbeit" ist Paradebeispiel solcher ‚symbolischer Politik': Auch nach der fordistische Klassenkompromiß seine materielle Grund verloren hat und faktisch längst aufgekündigt ist, zelebri Politik, Gewerkschaften und (wenn auch immer widerwill Wirtschaftskreise immer wieder aufs neue die ritu Beschwörung: „wir sitzen alle im selben Boot". Daß sich in „Bündnis für Arbeit" gesetzte Hoffnungen von der millien schen Ankündigung Kohls, die Arbeitslosigkeit bis zur Jahr sendwende zu halbieren, allenfalls graduell unterschei muß wohl nicht weiter ausgeführt werden.
Allgemein läßt sich sagen, daß bürgerliche Politik die Fu on hat, grundsätzliche soziale Widersprüche unsichtba machen oder als reines Managementproblem handhab erscheinen zu lassen. Das gilt im übrigen nicht nur für Wi sprüche, die unmittelbare Folge der kapitalistischen Verf heit bürgerlicher Gesellschaft sind, sondern in ähnlicher F auch für die Folgen patriarchaler Gewaltverhältnisse.
Im Hinblick auf den gesellschaftlich institutionalisierten sismus schließlich besteht eine nur scheinbar paradoxe Si tion: Während die materiellen Voraussetzungen rassistis Unterdrückung auf politischer Ebene kontinuierlich herges bzw. verschärft werden, praktiziert die bürgerliche Po zugleich auf symbolischer Ebene einerseits antirassistis Rhetorik („Deutsche sind ausländerfreundlich"), anderer einen offen rassistischen Diskurs („Kriminelle Auslä abschieben!"). Während in der Sache von rot-grün schwarz-braun weitgehende Einigkeit herrscht, hat sich politische Kontroverse hier vollständig auf die Ebene der s bolischen Präsentation von Politik verlagert. Der rassisti Grundkonsens bleibt dabei unhinterfragt und unthematisi
Wie stellt sich nun das Problem der „symbolischen Politik" sichtlich einer linken Praxis dar?
Der Vorwurf nur „symbolische Politik" zu betreiben war un unter Linken besonders dann sehr beliebt, wenn es da geht, einer anderen linken Gruppe vorzuwerfen, daß sie folgenlose Stürme im Wasserglas produziere. Dabei ver der Begriff zum Schimpfwort für ein politisches Handeln, im Verdacht steht, es nicht ganz ernst zu meinen mit dem gebrachten Anliegen. Als „symbolische Politik" wurden bestimmte Aktionen der Friedensbewegung in den Acht Jahren kritisiert. Hier wurde diskutiert, ob es sich tatsäc um einen entschiedenen Widerstand gegen die NATO-A stung handelte, oder darum, das eigene gute Gewissen a sichern. Vorgeworfen wurde den „Lila-Tücher-TrägerInn daß ihre „symbolische Politik" mit angezogener Handbre



und der ständigen Inszenierung der eigenen Friedfertigkeit kein angemessener Ausdruck der friedensbewegten apokalyptischen Visionen und Horrorszenarios war.
Wenn eine solche Kritik in vielen Fällen auch zutraf, ging der Streit doch im Grunde eher darum, daß das linksliberale Bürgertum keine revolutionäre Perspektive einnahm. Der symbolisch inszenierten Friedfertigkeit setzte die radikale bzw. autonome Linke eine gleichermaßen symbolische Militanz der direkten Aktion entgegen. Der notwendige Streit um die inhaltliche Perspektive wurde hauptsächlich anhand der Aktionsformen geführt. Der Denkfehler bestand dabei darin, einer bestimmten Form der Praxis eine unmittelbare Essenz zuzuschreiben. Es wurde schlicht verkannt, daß die Straßenmilitanz der Autonomen, selbst wenn sie sich als Ausdruck revolutionärer Entschlossenheit imaginierte, doch auch nichts anderes als ‚symbolische Politik' war (Dagegen läßt sich der Vorwurf ‚symbolische Politik' kaum gegen eine Militanz erheben, die Flüchtlinge gegen Nazis oder den Staat verteidigt).
Daher erscheinen uns ähnliche Vorwürfe mittlerweile eher als Ausdruck eines Kampfes um „symbolisches Kapital" denn eines Ringens um eine gesellschaftsverändernde Praxis. Es geht dabei mehr um „Die feinen Unterschiede" (Bourdieu), denn um das Bemühen, sich und andere zu bewegen, das Richtige zu tun. Problematisch wird es, wenn die Kritik an ‚symbolischer Politik' nur noch dazu dient, mißliebige Fraktionen als reaktionär oder im besten Falle unerheblich zu denunzieren.
Konstitutiv für linke Politik ist die materialistische Gesellschaftanalyse. Die Kritik der politischen Ökonomie ist zentral in linken Analysen gesellschaftlicher Verhältnisse. Dabei ist die Frage nach der ökonomischen Struktur der Gesellschaft einer der notwendigen Ausgangspunkte (aber nicht der einzige) für das Austragen gesellschaftlicher Widersprüche und den Kampf um gesellschaftliche Veränderung. Gegenwärtig erscheint diese Feststellung allerdings als Abstraktum. Zwar blamiert sich die Behauptung vom Ende der Geschichte und der marktförmigen bürgerlichen als der besten aller denkbaren Gesellschaften täglich immer wieder von neuem. Doch entspricht dieser Analyse derzeit keine konkrete Handlungsmöglichkeit. Eine soziale Bewegung, die sich anschickt der kapitalistischen Wolfsgesellschaft den Garaus zu machen, ist nicht in Sicht. Vielmehr muß die soziale Basis für ein gesellschaftveränderndes Projekt erst mühsam wieder rekonstruiert werden.
In dieser Situation gibt es unterhalb der unerreichbar scheinenden Ebene ‚der' Revolution zwei mögliche Ebenen linker Praxis. Einmal besteht auf der symbolischen Ebene die Möglichkeit, auf gesellschaftliche Widersprüche hinzudeuten und dieselben sichtbar zu machen, also in die Auseinandersetzung um die Repräsentation gesellschaftlicher Verhältnisse einzugreifen. Zum anderen stehen auf der materiellen Ebene Versuche, die Auswirkungen dieser Widersprüche im Alltag der Menschen zumindest halbwegs erträglich zu halten. Gemeinhin wird Letzteres innerhalb der radikalen Linken als reformistisch bezeichnet. Gegenüber beiden Formen von Praxis ist der Vorwurf, es handele sich letztlich nur um ‚symbolische Politik', ebenso zynisch wie billig zu haben.
Unsere Kritik an der Kritik der ‚symbolischen Politik' setzt in erster Linie daran an, daß darin die Denkfigur eingeschrieben ist, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen tatsächlich eine ‚symbolische' von einer ‚wirklichen' linken Politik unterscheidbar sei. Dieser Trugschluß macht eine Trennung auf, die in der Perspektive der Ohnmacht gar nicht existiert. Der Vorwurf unterstellt, es gäbe für die Linke derzeit eine ‚wirkliche' reale Politik. Eine Linke, so wie sie im Moment in den imperialistischen Zentren verfaßt ist, die weit davon entfernt ist, die Machtfrage stellen zu können, kann gerade aber gar nichts anderes unternehmen, als ‚symbolische Politik' zu praktizieren. Linken Aktionen vorzuwerfen, sie würden keine revolutionären Handlungen darstellen (weil sie sich beispielsweise nicht



gegen den Wert oder gegen die Arbeit richten) erscheint uns ziemlich daneben. Das Problem dieser Kritik ist tatsächlich, daß sie die bestehende Dialektik von ‚symbolischen Effekten' und ‚realen Wirkungen' (was etwas anderes ist als die Dialektik von „Reform und Revolution") nicht denken will. Auf der Ebene von linker politischer Praxis haben wir mit dieser Differenz kein Problem. Unterhalb der Ebene ‚der' Revolution, die die kapitalistische Produktionsweise aufhebt, ist nämlich so ziemlich alles ‚symbolische Politik'. Und der Mythos der Revolution ist als Meßlatte politischer Praxis offensichtlich ungeeignet. Das revolutionäre Phantasma impliziert, daß der Kapitalismus ein Zentrum habe, das es mit revolutionärer Gewalt aus den Angeln zu heben gelte; das Winterpalais, der Geldspeicher des Dagobert Duck. Es ist ein bürgerlicher (Alp)traum, der gerade jene Differenz nicht begreifen kann, die bürgerliche von feudaler Herrschaft unterscheidet.
Revolutionäre Rhetorik spielt bei der derzeitigen Verfaßtheit der Linken kaum eine Rolle mehr. Fatal ist es aber auch, wenn aus der Unmöglichkeit einer „wirklichen" politischen Praxis heraus der Rückzug in den Elfenbeinturm der wahren Kritik nicht nur angetreten, sondern auch von anderen gefordert wird: Die Lösung wird in der Verordnung bestimmter Theorien, bestimmter Formen der Kritik gesucht. Je marginaler die radikale Linke ist, umso heftiger ringen ihre selbsternannten Strategen um die Lufthoheit über den Maulwurfslöchern der verbliebenen Aktivisten. Es wird allemal Energie und Zeit dafür aufgewandt, die ‚richtige Linie' zu überwachen und nach Möglichkeit jede/n der da weiterbuddelt zu belehren, daß er oder sie nichts anderes als die Türöffner von diesem oder jenen -ismus sei. Das Elend dieser Ideologiekritik besteht nun nicht in erster Linie in dem Distinktionsbedürfnis von anderen Linken und den damit verbundenen Allmachtsphantasien; vielmehr ist es der Aberglaube, eine bestimmte Abfolge von Zeichen wäre der Garant einer richtigen Einschätzung und die Annahme einer ‚richtigen' Kritik verweise auch auf das richtige H[...]deln.
Insofern ist auch jegliche (Ideologie-)Kritik der Radikalen [...]ken ‚symbolische Politik'. Jedes Flugblatt und jedes Trans[...]rent ist nichts anderes als die sprachliche, visuelle oder a[...]stische symbolische Repräsentation von Kritik. Der entsch[...]dende Punkt ist aber, wie diese Repräsentation von Kritik [...] Rahmen von gesellschaftspolitischem Handeln abste[...] beeinflusst, bereitet oder beeinträchtigt. Gesellschaftsver[...]derndes kollektives Handeln bedarf der Delegitimation [...] symbolischen Ordnung. Hier liegt der wesentliche Untersch[...] zwischen einer radikal linken und einer bürgerlichen/sozial[...]mokratischen Politik: Werden in einer (symbolischen) po[...]schen Handlung grundlegende gesellschaftliche Widersprü[...] sichtbar, oder werden sie verdeckt? Beinhaltet die politis[...] Intervention eine Zuspitzung, die die konkrete Situation üb[...]schreitet, oder verbleibt sie in selbstverständlicher Akzept[...] des Bestehenden?
Diese Überlegungen erklären auch, warum wir uns auf [...] Begriff „symbolische Dissidenz" nicht positiv beziehen wol[...] Es geht nicht um ästhetische oder formale Abgrenzung. Eb[...]sowenig geht es uns darum, von Mikropolitiken oder Subk[...]turen eine permanente Subversion einzufordern, die ni[...] rekuperierbar und vereinnahmbar ist (vgl. a. autono[...] a.f.r.i.k.a.-gruppe: Subkultur, Subversion, Supervision). Geg[...]wärtig steht auf der Tagesordnung, den Traum von ein[...] anderen, menschenwürdigen Leben wieder denkbar [...] machen. Die Verwirklichung der konkreten Utopie der Fre[...] und Gleichen steht in einem engen Zusammenhang mit [...] Delegitimierung der herrschenden Ordnung. Hierzu bedarf [...] gegenwärtig der symbolischen wie praktischen Repräsent[...]on alternativer Vorstellungen über die Natur der gesellscha[...]lichen Beziehungen.



EXPO 2000: LASST EUCH NICHT VERKAUFEN!

ERKLÄRUNG ZUR EXPO 2000

BUKO

Auf einer Weltausstellung wird die Welt ausgestellt. Eine Art Verkaufsausstellung der Erde 2000. Habt ihr mal drüber nachgedacht, wer die eigentlich kaufen soll? Na klar: Ausserirdische Investoren. Wer sonst kann sich einen ganzen Planeten leisten. Aber wie werden wir TerranerInnen da eigentlich präsentiert? Wecken wir da nicht ganz falsche Erwartungen?

(1) EINE GANZ NEUE ALTE WELT ERWARTET UNS!

Das Harmloseste wäre noch, dass uns ein paar romantische ausserirdische Weltverbesserer ersteigern in dem irrigen Glauben, wir hätten endlich einen Kapitalismus ohne Schattenseiten erfunden. Die Kosten des herrschenden terranischen Weltsystems kommen auf der EXPO nämlich nicht vor. Probleme sind dort immer gleich "Chancen" und "Herausforderungen", noch leidenschaftlicher so weiterzumachen wie bisher. Bei näherer Betrachtung werden wir vermutlich umgehend zurückgebracht.

(2) WOLLEN WIR AUSSEHEN WIE TWIPSY?

Unangenehmer wird es, wenn uns eine Spezies begeisterter Body-Former kauft - Leute, die zum Zeitvertreib neue Welten kaufen, um den dort lebenden Wesen drollige Hörner, Zusatzohren oder Watschelfüsse wachsen zu lassen. Laut EXPO warten wir nur darauf, uns gentechnologisch verbessern zu lassen. Besser heisst, besser angepasst an die Erfordernisse des herrschenden Systems. Ein Klick, und das Zuspätkomm-Gen ist für immer ausgeschaltet ...

(3) SIND WIR WIRKLICH SO BLÖD, WIE ES SCHEINT?

Mit Sicherheit zieht die EXPO das Interesse sämtlicher Trickbetrüger und Staubsaugervertreter aus fremden Galaxien auf uns. Uns kann man anscheinend ja jeden Bären aufbinden: dass Atomkraft sicher ist, dass das Internet die Demokratie bringt, dass die Unzufriedenheiten und Schikanen unseres Lebens sich am besten durch ein neues Modul von Siemens heilen lassen. Technologischer Machbarkeitswahn statt soziale und politische Phantasie eben.

(4) WERDEN WIR ALLE REICH SEIN?

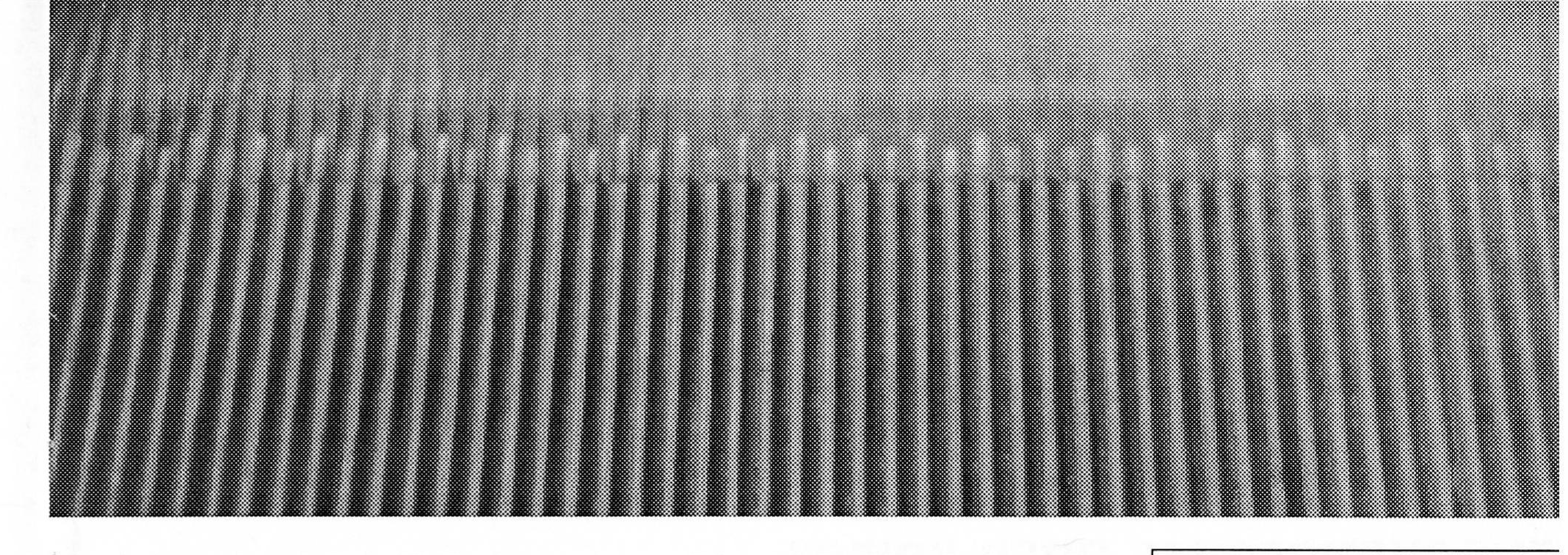
Na, zumindest reich an Erfahrung ... die EXPO preist die Umverteilung von unten nach oben, denn vor allem sollen die "grossen Projekte" vorangetrieben werden, und High-Tech kostet Geld. Deshalb gilt ja auch Bevölkerungspolitik als so wichtig, denn anstelle von hunderttausend Äthiopiern kann man schon einen Eurofighter ernähren. All das macht uns attraktiv für bestimmte Alien-Arten, die von Leuten, die Entscheidungen über sich treffen und ihre Umwelt gestalten, Kopfweh kriegen. Denn wenn wir alles an die "grossen Projekte" abgeben, gibt's für uns auch nichts mehr zu entscheiden ...

(5) WIRD UNSER COMPUTER LIPPENSTIFT TRAGEN?

Wahrscheinlich. Und er wird "Massa" oder "Bwana" zu uns sagen. Die Zukunft á la EXPO ist noch ein bisschen älter, noch ein bisschen konservativer, noch ein bisschen naiver als die Gegenwart. Es ist eine Welt, wo smarte weisse Männer unbehindert planen und forschen, und wo die Konzerne des Nordens weltweit den Widerstand gegen ihren segensreichen Einfluss brechen. Dankenswerte Einzelausstellungen wie die von Amnesty können nichts an der bescheuerten Gesamtbotschaft ändern, allen Unterdrückten dieser Welt hätte es bisher vor allem an technologischer Anpassung und kapitalistischer Aufklärung gefehlt. Und so wird die EXPO alle möglichen galaktischen Böcke anziehen, die sich für die Zukunft als Gärtner aufspielen wollen.

(6) GIBT ES ETWAS SPANNENDERES ALS DIE ZUKUNFT ...

... wie die EXPO sie vorstellt? Mit Sicherheit. Eine Zukunft ohne weltweite Ausbeutung, Patriarchat und Rassismus, wo Menschen etwas zu sagen haben und nicht Konzerne, und wo wir nicht ständig die Schulbank von Staat, Nation und Kapitalismus zu drücken haben, könnte ganz interessant sein. Natürlich sind alle Ideen, Projekte und Ansätze, die sich damit beschäftigen, weitestgehend aus der EXPO ausgeschlossen. Die Sponsoren bezahlen für eine gehorsame



Welt. Ausserirdische Zivilisationen mit einem innovativen sozialen Potenzial werden wir auf diesem Weg daher nicht kennenlernen; sie werden gähnend vorbeiziehen.

(7) ... UND ALLES MADE IN GERMANY

Ganz nebenbei will sich Deutschland mit der EXPO 2000 in der Reihe der Gebrauchtweltenhändler wieder ganz vorne profilieren. Eigentlich zeigt ja die deutsche Geschichte, dass planerische Effizienz, "unverkrampfte" Haltung zur Technik und der Wille zur Herausforderung keine schöne neue Welt verbürgt, sondern sich genausogut zur industriellen Massenvernichtung einsetzen lassen. Mit solchen Nachdenklichkeiten sollen die ausserirdischen Zielgruppen aber möglichst nicht belastet werden. Die Entsorgung der NS-Vergangenheit soll mit der EXPO weiter vorangetrieben werden. Strotzend vor Normalität, buchhalterischer Solidität und neuem weltpolitischen Sendungsbewusstsein möchte Deutschland die EXPO durchziehen - damit die Zukunft auch morgen wieder made in Germany ist.
Alles in allem präsentiert die EXPO uns TerranerInnen als Spezies von geringen geistigen Fähigkeiten und sozialen Kenntnissen, die sich willig allen "grossen Projekten" unterwirft und die sich die Zukunft nur als eine grössenwahnsinnige Kopie einer schlechten Gegenwart vorstellen kann. Von Herrschaftsverhältnissen haben wir offenbar noch nie was gehört. Und so werden wir denn auch die Käufer kriegen, die wir verdient haben ...
Wer Einwände dagegen hat, sich an diese Art von Zukunft verkaufen zu lassen, sollte daher etwas gegen Weltausstellungen und EXPOs unternehmen. Am empfindlichsten lässt sich am Geld und an der Stimmung ansetzen. Ohne die eingeplanten 300.000 BesucherInnen täglich, wird die EXPO ein finanzielles Debakel. Und mit vielen Gegenaktionen, die unterstreichen, wie die Welt wirklich aussieht und wem das nützt, können wir der fröhlichen Verkaufsbotschaft ebenfalls einen Strich durch die Rechnung machen.

Geht nicht hin.

Macht was Schönes.

Beteiligt euch an den Gegenaktionen zur EXPO.

SHORT CUT

EXPO-VERANSTALTUNGEN PER BUKOMOBIL

KAI KASCHINSKI

Von 1999 auf 2000 wurden über 20 Veranstaltungen von Leuten aus dem BUKO-Spektrum im Kontext des EXPO-Widerstandes gemacht. Ziel war es einen Beitrag zur Mobilisierung gegen die EXPO 2000 und zur Diskussion für uns hier relevanter Inhalte zu leisten. Damit wurde an die Überlegungen zum letztjährigen BUKO 21 in Hannover angeknüpft. Ein grosser Teil der Veranstaltungen fand in der von alaska und Geschäftsstelle in Kooperation mit verschiedenen Gruppen vor Ort organisierten Reihe "BUKOmobil" statt. Als ReferentInnen beteiligt waren unter anderem Sonya Schneider (Wuppertal), Armin Stickler (Wuppertal), Christoph Spehr (Bremen) und Kai Kaschinski (Bremen). Die Veranstaltungen ausgerichtet haben Gruppen in und ausserhalb des BUKO wie "Zeche Karl" (Essen), Vamos e.V. (Münster), Baobab (Berlin) oder mamba (Hannover).

BUKO-CONTACT

BUKO Geschäftsstelle:
Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg;
Fon: 040-39 31 56;
Fax: 040-39 07 520;
Internet: ww.epo.de/buko/index.htm; E-Mail: bukohh@t-online.de

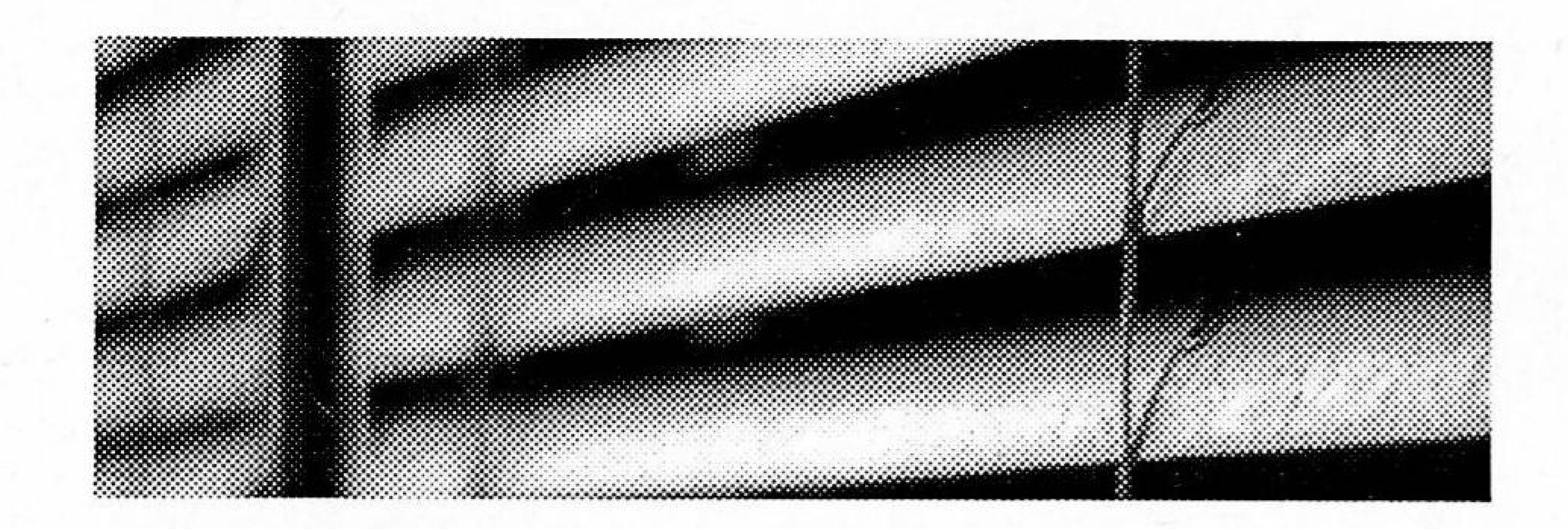
BUKO-Arbeitsschwerpunkte:
➲ **Rassismus und Flüchtlingspolitik**
c/o BUKO Geschäftsstelle
➲ **Weltwirtschaft und Alternativer Handel**
c/o BUKO Geschäftsstelle
➲ **Türkei/Kurdistan**
c/o: Aktion 3. Welt Saar,
Weiskirchener Str. 24,
66679 Losheim am See;
Fon: 06872-9930-56;
Fax: 06872-9930-57;
E-Mail: a3wsaar@t-online.de

BUKO Agrar-Koordination:
Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg; Fo
040-39 25 26;
Fax: 040-39 90 06 29;
Internet: ww.bukoagrar.de;
E-Mail: bukoagrar@aol.com

BUKO Pharma-Kampagne:
August-Bebel-Str. 62,
33602 Bielefeld;
Fon: 0521-60 550

BUKO Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport":
Buchtstr. 14-15, 28195 Bremen;
Fon 0421-32 60 45;
Fax 0421-33 78 177;
E-Mail: exbuko@oln.comlink.apc.org

alaska
Zeitschrift für Internationalismus:
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen;
Fon: 0421-72 034;
Fax: 0421-72 034;
E-Mail: redaktionalaska@vobis.net



MENSCHENRECHTE ODER KRIEG? MENSCHENRECHTE - DIE NEUE RELIGION?

BUKO-SEMINAR 08.-10.DEZEMBER 2000

BERNDT BLECKMANN, DIRK ECKERT, CHRISTIANE GERSTETTER, KAI KASCHINSKI, BURKHARD LEBER, STEFAN OFTERINGER, ANDREAS SCHÜßLER

"Der gegenwärtige Export der grundrechtsdemokratischen Verfassung ist in diesem Sinne vermutlich die größte Missionsbewegung seit der paulinischen und der islamischen, nur daß man das wegen der Säkularisierungsphase, in der man sich befindet, kaum bemerkt." (W. Fikentscher)

Kaum eine Nachrichtensendung, in der das Thema Menschenrechte nicht vorkommt, kaum ein Treffen zwischen Staatsmännern, kaum eine Konferenz, wo das Thema nicht auf der Tagesordnung steht. Nicht zuletzt wurden Menschenrechte auch zur offiziellen Begründung für die Beteiligung am Angriffskrieg der NATO im Kosov@ herangezogen.

Eine nicht überschaubare Zahl von Nicht-Regierungsorganisationen hat es sich zur Aufgabe gemacht, über die Einhaltung von Menschenrechten zu wachen. All diese Aktivität täuscht jedoch darüber hinweg, daß kaum jemand weiß, wie Menschenrechte zu definieren sind. Welchen Geltungsbereich haben sie? Für wen gelten sie? Und sind sie überhaupt allgemeingültig?

Nach Auffassung der westlichen Industrienationen durchlaufen Staaten verschiedene Stadien bis zu ihrer moralischen Vollendung. Das oberste Stadium haben jene Staaten erreicht, in denen die Menschenrechte anerkannt und eingehalten werden. Das sind die Staaten des Westens. Die zweite Kategorie bilden jene Staaten, die Menschenrechte zwar anerkennen, aber nicht zur vollen Zufriedenheit des Westens einhalten. Türkei, Rußland und Indonesien sind solche Staaten. Die dritte Kategorie bilden den Staaten, die Menschenrechte nicht anerkennen und nicht einhalten. China oder Kuba gehören in diese Kategorie. An vierter Stelle folgen "Schurkenstaaten" wie Irak, Iran oder Jugoslawien, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Eine Sonderstellung nehmen Staaten ein, in denen die Menschenrechte weder anerkannt noch eingehalten werden, die aber keine Schurkenstaaten sind, weil sie dem Westen freundlich gesonnen sind. Saudi-Arabien, zum Beispiel, ist so ein Staat.

Das Pathos, mit dem der Diskurs geführt wird, ist das eines Glaubensbekenntnisses. Dabei setzt sich die Gemeinde der Gläubigen aus der internationalen Staatengemeinschaft zusammen. Dahinter steht ein Bild der Welt mit einem paradiesischen Idealzustand, dem sich alle Staaten anzunähern haben. Insofern kann fast von einer quasireligiösen Bewegung gesprochen werden (s.o. Wolfgang Fikentscher) Es ist sicherlich unbestritten, daß es notwendig und positiv ist, Menschenrechte einzufordern, es muß aber gleichzeitig kritisch analysiert werden, auf welchem Hintergrund dies geschieht und mit welchem Interesse dies getan wird. Es ist an der Zeit, sich mit den Menschenrechten erneut genauer zu befassen. Wir werden dies aus philosophisch-sozialwissenschaftlicher, aus völkerrechtlicher und nicht zuletzt aus politischer Sicht tun.

Diskussionsthemen können sein:

Gibt es eine Universalität der Menschenrechte oder ist dies eine "westliche Konstruktion mit beschränkter Gebrauchsfähigkeit"? (A.Pollis)

Universalität der Menschenrechte - postkolonialer Taktstock gegenüber dem Süden oder Schlüssel zum Frieden auf Erden?

Generationen des Menschenrechtskonzepts: Die bürgerliche, die soziale und die ökologische Generation und ihre unterschiedliche Gewichtung im internationalen politischen Geschäft.

Gibt es kulturspezifische Menschenrechte oder eine kulturspezifische Interpretation der Menschenrechte?

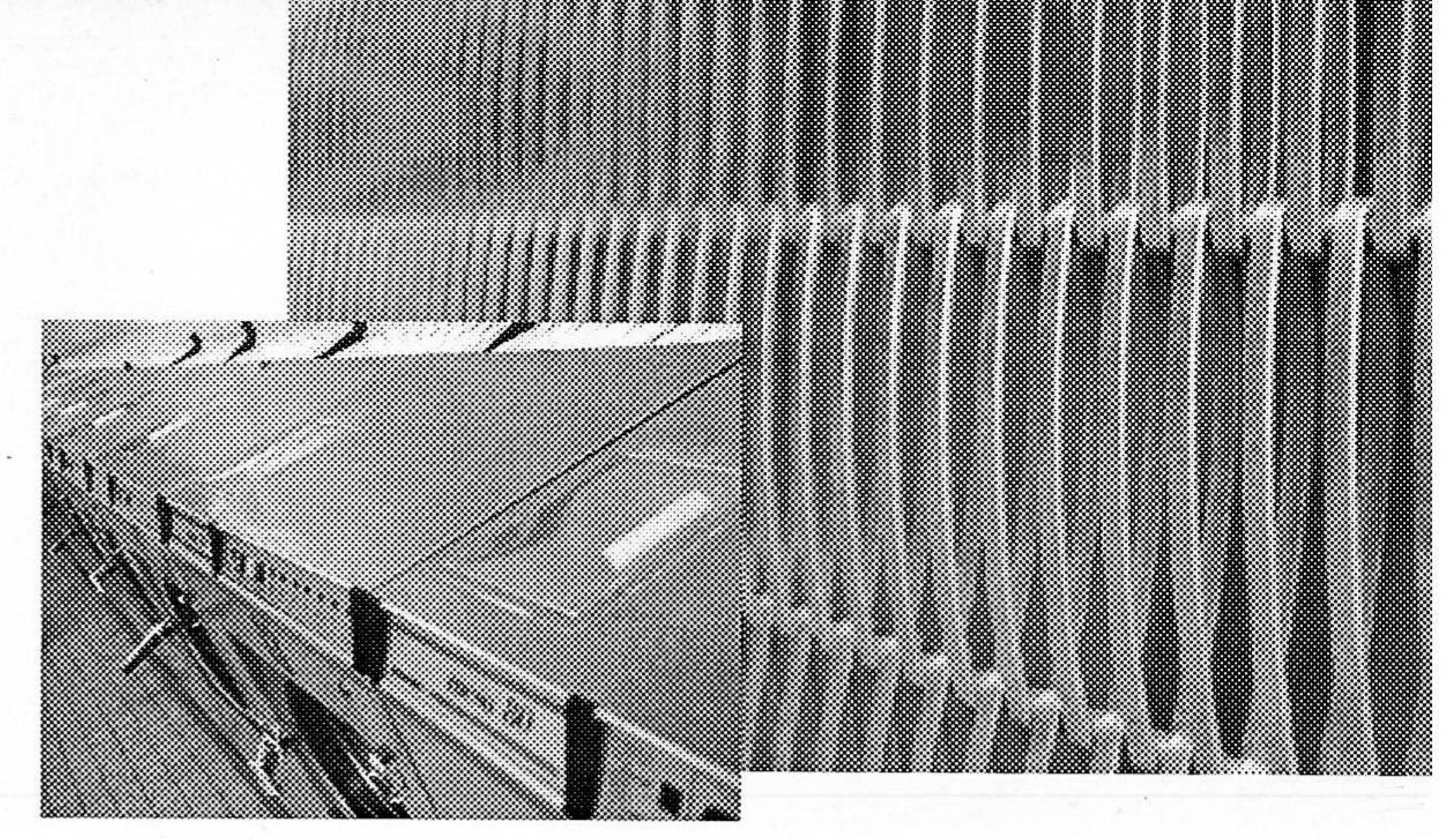
Was kann Menschenrechtspraxis als emanzipatorische Praxis leisten - aus staatlicher, staatskritischer und aus zivilgesellschaftlicher Sicht?

SEMINAR IN ZUSAMMENARBEIT MIT „DIENSTE IN ÜBERSEE", STUTTGART UND DEM AKE-BILDUNGSWERK, VLOTHO

TERMIN:
FREITAG, 22. SEPTEMBER, 17.30 UHR, BIS SONNTAG, 24. SEPTEMBER 2000, 14.00 UHR

Ort:
Haus Venusberg, Bonn

KOSTEN: 120,- DM, 190,- DM FÜR VERDIENERINNEN (ERMÄßIGUNG AUF ANFRAGE MÖGLICH) - FAHRTKOSTEN KÖNNEN ERSTATTET WERDEN



AUFRUF ZU DEN GLOBALEN AKTIONSTAGEN GEGEN IWF UND WELTBANK

AUSZÜGE AUS DEM EUROPÄISCHEN AUFRUF

GRUPPEN/BEWEGUNGEN

Etwa 20.000 VertreterInnen des Kapitals werden im September nach Prag kommen, um am 55. Jahresgipfel von IWF und Weltbank teilzunehmen.Im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme (SAP) legen IWF und Weltbank strikte Bedingungen für die Vergabe von Krediten an Entwicklungsländer fest.
Diese Maßnahmen stärken die Position des Kapitals, aber sie verschlechtern die Lebensbedingungen der Mehrheit der Weltbevölkerung. Der Abbau von sozialen und ökologischen Standards sowie die Kürzung von öffentlichen Ausgaben verhindern den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung, führen zu einem starkem Anstieg der Lebenshaltungskosten, zu Stellenabbau, Arbeitslosigkeit und dem Abbau gewerkschaftlicher Rechte. Die Auswirkungen auf die Landwirtschaft sind besonders verheerend, da die auf lokale Subsistenzwirtschaft ausgerichtete landwirtschaftliche Produktion zurückgedrängt wird, und die Länder dazu gezwungen werden, Monokulturen für den Export anzubauen. Das führt zu Engpässen in der Nahrungsmittelversorgung und in manchen Ländern gar zu Hungersnöten. Ebenso zerstörerisch sind die Aktivitäten von IWF und Weltbank für die Umwelt. Die größenwahnsinnigen Projekte der Weltbank führen sowohl zur Zerstörung von lokalen Ökosystemen als auch zur Vertreibung von Millionen von Menschen. Diese Maßnahmen haben Millionen von Menschen zu Flüchtlingen gemacht. In ihren Heimatländern haben sie keinen Lebensraum mehr. Gleichzeitig werden sie von denselben Mächten, die ihre Vertreibung verursacht haben, kriminalisiert und mit Verachtung behandelt. Wir wenden uns gegen die rassistischen Einschränkungen der Immigration in Europa und fordern das Recht auf freie Bewegung für alle Menschen.
Die Realität ist, dass die Politik von IWF und Weltbank das Leben der Menschen zerstört. Deswegen ist das Gipfeltreffen in Prag eine Herausforderung für alle, die sich um das Schicksal der heutigen Welt sorgen. Die Ereignisse in Seattle beim Treffen der Welthandelsorganisation (WTO) im November und in Washington im April haben gezeigt, dass sich eine riesige Welle von globalem Widerstand gegen die sich ausbreitende Macht des globalen Kapitals aufbaut. Der IWF/Weltbank-Gipfel in Prag wird unsere nächste Gelegenheit sein, den Kampf für globale Gerechtigkeit und Gleichheit fortzusetzen.

Wir glauben, dass die Alternative eine Gesellschaft ist, die nicht auf den Profiten einiger weniger basiert, sondern den Bedürfnissen und Wünschen a[...] den Prinzipien der Solidarität, [...] gegenseitigen Unterstützung und na[...]haltigen Lebens; eine Gesellschaft, [...] alle Formen von Herrschaft, Diskrimi[...]rung und Unterdrückung zurückw[...]
Wir setzen auf eine Bewegung, die [...] unten, vom Grassroot-Level, aufgeb[...] werden muss, die die Einheit der vi[...] und verschiedenen täglichen Käm[...] gegen die Auswirkungen des glob[...] kapitalistischen Systems fördert[...] einschließlich von Gruppen wie Gew[...]schafterInnen, Arbeitslose, Klein- [...] landlose Bäuerinnen und Bau[...] Umweltinitiativen, MigrantInnen, ra[...]kaldemokratische politische Organ[...]tionen etc. Eine solche Bewegung k[...] nur durch direkte Aktion, zivilen Un[...]horsam und das Praktizieren dire[...] Basisdemokratie geformt werden. [...] Widerstand muss so global sein wie [...] Kapital - und viel kreativer.

Lasst uns unsere Zukunft in die H[...] nehmen und eine neue Welt schaff[...]

Gegen IWF und Weltbank!

Für eine Welt, in der viele Wel[...] Platz haben!

DIE KAMPAGNE GE[...] DEN IWF/WELTBANK-GI[...] PRAG 2[...]
WIRD UNTERSTÜTZT V[...]
ANTIFASCHISTISCH KÄMP[...] AKTION BUTTERBROT, M[...]CHEN; BUNDESKONGREß E[...]WICKLUNGSPOLITISCHER A[...]ONSGRUPPEN (BUKO); BÜR[...] GEGEN ATOMREAKTOR B[...]CHING; BÜRO FÜR MEN[...] RANDALE, RECKLINGHAU[...] BÜNDNIS GEGEN RASSIS[...] MÜNCHEN; CONTRASTE RED[...]TION; „UMWELTSCHUTZ [...]UNTEN"; DEUTSCH-TSCHE[...]SCHE NACHRICHTEN; DKP S[...]



bayern; Euromarsch, München; Bundeskoordination Euromarsch; Frankfurter Sozialbündnis; Gruppe Landfriedensbruch; Gruppe Internationaler Sozialisten; JugendUmwelt Projektwerkstatt, Bad Oldesloe; Kairos Europa; Linkruck; Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der internationelen Finanzmärkte, PDS München; Ö-Punkte-Redaktion „Politik von unten" sowie zahlreichen Einzelpersonen u.a. aus dem gewerkschaftlichen Spektrum.

SHORT CUT

PRAG CONTACTS

Mailingliste:
prag2000-de@egroups.com
(Zum Eintragen leere Mail an prag2000-de-subscribe@egroups.com schicken)
Website:
http://go.to/prag-2000
(deutschsprachige Vernetzungsseite)
Kontaktadresse für die deutsche Mobilisierung:
FZS
Reuterstr.44, 53113 Bonn
tel: 0228/262119
fax: 0228/2420388
e-mail: fzs@studis.de
Dort erhätlich sind:
Plakate, Broschüre Nr. 1(bereits erschienen) und 2 (Erscheinungsdatum Ende August), Infopakete zu IWF und Weltbank, Videos, ReferentInnenvermittlung und alle sonstigen Infos um Prag.

WELTLÄDEN - EIN STÜCK WELT VON GESTERN?

EIN SEMINAR FÜR LEUTE VON HEUTE UND MORGEN, DIE DIE WELT EIN STÜCK VERÄNDERN WOLLEN.

BUKO-SEMINAR

Am Anfang war das Gefühl der Stärke. Produkte und Informationen aus den armen Teilen der Erde gab es stets im Doppelpack. Die Weltläden verstanden sich als Teil einer politischen Bewegung - und ihre Kundschaft auch.

In diesem Seminar wollen wir uns mit der Entwicklung der Weltläden beschäftigen. Vor allem aber geht es um ihre Zukunft. Wie kann bei den zunehmenden - und begrüßenswerten -Professionalisierungstendenzen der politische Charakter des alternativen Handels präsent bleiben?

Auch die meisten Weltläden konnten sich dem allgemeinen gesellschaftlichen Trend der Entpolitisierung der letzten Jahre nicht entziehen. Oft haben sich die Prioritäten von der Bildungs- und Informationsarbeit zu einer Steigerung der Umsatzzahlen verschoben.

Damit liegen die Weltläden zwar wieder am Puls der Zeit. Doch die notwendige Professionalisierung muss nicht mit einem Verzicht auf politische Inhalte einhergehen. Und wir sind der Meinung: Sie darf es nicht. Allein durch mehr Umsatz des alternativen Handels wird sich die ungerechte Weltwirtschaftsordnung kaum verändern lassen. Das Seminar will deshalb Wege suchen, wie man das eine tun kann, ohne das andere zu lassen.

Gemeinsam wollen wir - ausgehend von der Situation der jeweiligen Läden - Wünsche über die zukünftige Arbeit formulieren. Zusammen suchen wir nach Ansätzen, wie die Weltläden trotz der ökonomischen Zwänge weiterhin politische Bildungs- und Informationsplattform sein können.

Termin:
Freitag, 13.Oktober.2000, 18:00 Uhr, bis Sonntag, 15.Oktober.2000, 12:30 Uhr
Ort:
Tagungshaus Akzente, Mackebenstr.15, 33647 Bielefeld

TERMINE PRAG

ab 10.9. Karawane Nix Da 2000 von Hannover nach Prag

21.-28.9. Aktionswoche in Prag und Kulturfestival „Art of Resistance"

22.-24.9. Gegengipfel

23.9. Demonstration der Gewerkschaften

24.9. Abschluß demo des Gegengipfeels

26.9. Global Action Day

26.-28.9. Offizieller IWF/Weltbank-Gipfel mit vielfältigen Gegenaktivitäten



LINKS VON NORD UND SÜD

THEO BRUNS

Der von Olaf Kaltmeier und Michael Ramminger herausgegebene Band Links von Nord und Süd versammelt die Redebeiträge des Kongresses "Neoliberalismus weltweit: 25 Jahre Modell Chile", der im November 1998 vom Institut für Theologie und Politik in Münster organisiert worden war und mit 400 TeilnehmerInnen – wenige Tage nach der Verhaftung Pinochets in London – eine ungewöhnliche Resonanz gefunden hatte. Trotz der mittlerweile verstrichenen Zeit sind die Texte, die eine bemerkenswerte Debatte lateinamerikanischer und europäischer Intellektueller über die Strategie der Linken widerspiegeln, immer noch aktuell und lesenswert.
Ausgangspunkt der Herausgeber ist die These, dass sich mit der Durchsetzung des Neoliberalismus die Erfahrungshorizonte in Nord und Süd angenähert haben und eine "Globalisierung von unten" als gemeinsame Suche nach Widerstandsperspektiven möglich und notwendig geworden sei. Und auch wenn "gesellschaftliche Gegenentwürfe keinen erkennbaren sozialen Ort" (Reinhart Kößler) mehr zu haben scheinen, setzen die meisten AutorInnen weiter auf den "Stachel" der sozialen Bewegungen.
Der Neoliberalismus ist ein Kind der Gewalt. Erst durch den Militärputsch von 1973 wurde in Chile die tabula rasa geschaffen, welche die Voraussetzung war, um das neue Wirtschaftsmodell wie in einem riesigen sozialen Laboratorium exemplarisch umzusetzen. Der chilenische Soziologe Tomás Moulian analysiert das Pinochet-Regime folgerichtig als "revolutionäre Diktatur", die eine Neuorganisation des kapitalistischen Verwertungsprozesses mit staatsterroristischen Mitteln durchgesetzt habe. Die ökonomischen und sozialen Auswirkungen des Neoliberalismus werden in mehreren Texten detailliert beschrieben. Dass die Polarisierung der Ungleichheit, die mit ihm verbunden ist, zugleich eine geschlechtsspezifische Seite hat und zu einer Feminisierung der Armut führte, wird von Isabel Cárcamo und Gisela Notz für Chile bzw. die BRD präzise belegt.
Der Neoliberalismus ist aber nicht nur eine Variante kapitalistischer Wirtschaftspolitik, sondern greift tief in die subjektive Verfasstheit der Menschen ein. Die Folgen von verinnerlichter Marktlogik, "individualistischer Umdefinition der sozialen Beziehungen" (Moulian), Konsumismus und Konkurrenzdenken klingen in mehreren Beiträgen an. Chile spielt als "Spiegelbild unserer eigenen Zukunft" auch in diesem Bereich eine Pionierrolle.
Angesichts der neu proklamierten "Ehe" von freiem Markt und repräsentativer Demokratie untersucht José Bengoa anhand der Hochzeitsmetapher (sowie der Liste der zu ihr geladenen und nicht geladenen Gäste) die verschiedenen Phasen der Konfrontation Lateinamerikas mit der sog. Moderne. In Abgrenzung zu dekonstruktivistischen Positionen setzt er auf die Wiederaneignung einer – in sich komplexen – lateinamerikanischen Identität, die es ermögliche, die "Eindimensionalität des ökonomischen Wachstums", den "Gewinn als einzig gültigen Faktor" und die "Kapitalakkumulation als Ausdruck von Glück" zurückzuweisen.
Einer anderen Seite der transición, die mit der Verhaftung Pinochets neue Bedeutung gewonnen hat, wendet sich Fabiola Letelier, die Schwester des in Washington ermordeten ehemaligen chilenischen Botschafters in den USA, zu: der Straffreiheit, die die Mörder in Uniform bis heute genießen. Den hiermit verknüpften Versöhnungsdiskurs lehnt sie entschieden ab, da die Straffreiheit einem Verbrechen ein weiteres hinzufüge und die Ungerechtigkeit Gewohnheit mache.
Abgeschlossen wird das Buch von Befreiungstheologen Pablo Richard Kuno Füssel, die eine neue Befreiu ethik der Solidarität einfordern. Armen und Ausgeschlossenen sind sie die "entscheidende geschichtl Wirklichkeit und epistemologi Kategorie einer Ethik der Systemü windung". Das heißt, dass jedes ge schaftsverändernde Handeln die M ginalisierten und Entrechteten Ausgangspunkt nehmen muss: "Denken von den Rändern her". G die Kultur der Resignation setzen sie die Rekonstruktion der Hoffnung den Willen zum produktiven Dissens In weiteren Beiträgen sprechen u.a. Müller-Plantenberg über die Geschi der Chile-Solidaritätsbewegung, A über den Begriff des Politischen und bo II von den sozialistischen Tugen des Grafen von Monte Christo.

T

OLAF KALTM
MICHAEL RAMMINGER (H
LINKS VON NORD UND
CHILENISCH-DEUT
ORTSBESTIMMUNGE
NEOLIBERALIS
LIT VERLAG, MÜNSTER 1
224 S., 34,80

SHORT CUT

FRAUEN UND LÄNDLICHE ENTWICKLUNG

RITA SCHÄ

Die Eckpfeiler dieses Sammelbandes den Visionen, Strategien und Erfah gen von Frauen in der Verwirklich nachhaltiger ländlicher Entwicklu



programme.
Konzentriert auf diese Schwerpunkte reflektieren die Autorinnen - Wissenschaftlerinnen sowie Agrar- und Entwicklungsexpertinnen aus Ländern des Nordens, Südens und Ostens - Chancen und Probleme des Ressourcenmanagements.
Der vorliegende Tagungsband beweist einmal mehr die Bedeutung von Frauen als Gestalterinnen ruraler Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme. Ihre zentrale Rolle in der Ressourcennutzung und im -schutz ist keineswegs nur durch die geschlechtliche Arbeitsteilung bedingt, sondern auch durch Entscheidungsprozesse in ländlichen Haushalten. Inwieweit Frauen die Möglichkeit haben, ihre vielfältigen agrar-ökologischen Kenntnisse über Gemüse, Getreide oder Baumarten in praktischem Umwelthandeln umzusetzen, hängt u.a. von wirtschaftspolitischen und rechtlichen Vorgaben ab. Dieses Fazit ziehen Autorinnen anhand ihrer Fallstudien aus Ghana, Simbabwe, Malaysia und Indien. Beachtlich dabei ist, daß sie Frauen keineswegs als Opfer von Rahmenbedingungen bemitleiden, sondern subversive Widerstands- und Verweigerungsstrategien erläutern.
Auch in der Debatte über die lokale Agenda 21 und den dabei zu berücksichtigenden agrar- und umweltpolitischen Entscheidungsebenen werden Frauen als Akteurinnen anerkannt. In der Gegenüberstellung von Handlungsoptionen und -grenzen versuchen die Autorinnen, der Komplexität dieses in der Frauen- und Agrarforschung noch neuen Ansatzes der Akteurinnenperspektive gerecht zu werden.
So umfaßt ein Teil des Buches das Spannungsverhältnis zwischen der Umsetzung der lokalen Agenda in ländlichen Regionen der neuen Bundesländer, der EU-Agrarpolitik und den globalisierten Agrarmärkten. Indem die Autorinnen ihren Blick auch auf marginalisierte Gebiete in Süd- und Osteuropa richten, untermauern sie ihre kritische Einschätzung gegenwärtiger agrarpolitischer Entwicklungen, die die umfangreichen sozio-ökonomischen Aufgaben von Frauen in ländlichen Regionen erschweren.
Wie ein roter Faden zieht sich die Bedeutung von lokalen Frauengruppen und Netzwerken durch die vielschichtigen Beispiele. Seien es Bäuerinnen in Norddeutschland, die gemeinsam mit der Direktvermarktung beginnen oder kenianische Nomadinnen, die in Folge wiederholter Dürren ihre Tauschbeziehungen im urbanen Milieu und ihre Handwerkstätigkeit intensivieren. Wirtschaftliche Kooperation und gemeinsamer Marktzugang eröffnen Frauen vielerorts - wenn auch in begrenztem Umfang - eigene Einkommensmöglichkeiten und die Verwirklichung ihrer Entwicklungsprioritäten.
Auf die verbindende Gestaltungsmacht von Frauen konzentrieren sich die Beiträge zur aktiven politischen Mitwirkung, z.B. indem Verbraucherinnen die Geschlechterperspektive in die Debatte über ein "zukunftsfähiges Deutschland" einbringen oder Frauen in internationalen Umweltbewegungen richtungsweisende Impulse setzen. Hierbei ist bemerkenswert, daß aus lokalen Müllprojekten, die Bewohnerinnen mexikanischer Slums gegründet haben, durchaus nationale Netzwerke entstehen können. Wenn diese auch auf der internationalen politischen Arena Forderungen stellen, wird offensichtlich, wie Frauen in der lokalen und globalen Umweltpolitik mitwirken können. Dennoch bleibt auch dabei die konkrete Veränderung der Geschlechterbeziehungen ein wichtiger Meilenstein für die Handlungsoptionen und die öffentliche Mitsprache der Beteiligten.
Insgesamt verneint der Sammelband einfache Lösungen und fordert demgegenüber, die vielfältigen Erfahrungen, Ansätze und Visionen von Frauen in die übergreifende Nachhaltigkeitsdebatte einzubeziehen.

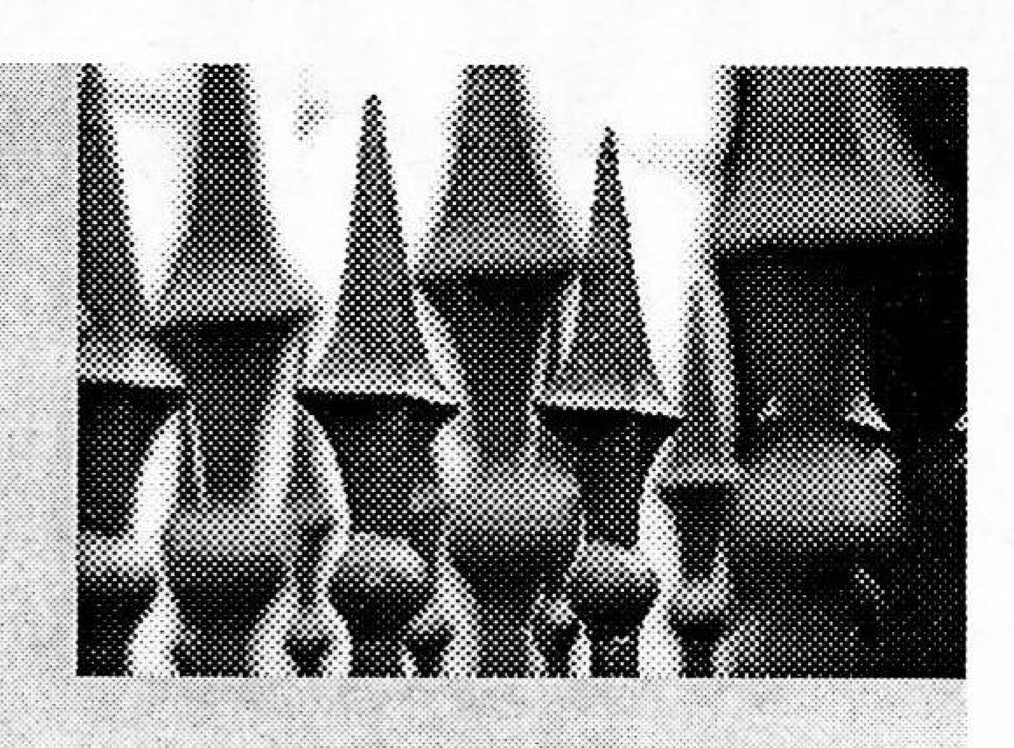
TIPPS:
P. TEHERANI-KRÖNNER,
U. HOFFMANN-ALTMANN,
U. SCHULTZ.(HG.):
FRAUEN UND NACHHALTIGE LÄNDLICHE ENTWICKLUNG, III. INTERNATIONALER WORKSHOP "WOMEN IN RURAL DEVELOPMENT", CENTAURUS VERLAG, PFAFFENWEILER 1999, 196 S., 49,80 DM

SHORT CUT

DIE STADT ALS BEUTE

CHRISTIAN SÄLZER

Im Juni 1997 setzte die Innenstadtkampagne in Parks, Einkaufsmeilen, Kinos, Veranstaltungsräumen und anderen 'gefährlichen' Orten zahlreicher Städte Zeichen gegen die Ausschlüsse und rassistischen Ausgrenzungen, die die neuen städtischen Politiken produzieren. Im darauf folgenden Jahr konzentrierte sich die Kampagne vielerorts auf die Bahnhöfe, deren Service/Sichheits/ Sauberkeits-Programme als Prototyp cleaner und kontrollierter Urbanität kritisiert wurden (»Eure Sauberkeit kotzt uns an«). Auch wenn die Kampagnen wenig Spuren in den Städten hinterlassen haben, so haben sie innerhalb der linken Szene für die Thematik des städtischen Raums erfolgreich sensibilisiert. Mittlerweile ist man wieder runter von den Straßen und Plätzen; dennoch gibt es sie noch, die Auseinandersetzung mit den städtischen Verdrängungskämpfen; man könnte jedoch sagen, daß sich ihre Formen »kultiviert« haben: Die Berliner



Ausstellung der AG Baustop Randstadt vom vergangenen Herbst erschien mittlerweile beim b_books Verlag im Foto-Text-Bildchen-Collagen-Format. Und nun liegt das Buch Die Stadt als Beute vor, in dem sich vieles von dem findet, was im Kontext der Kampagne diskutiert und auf die Tagesordnung gesetzt wurde: Die drei Autoren Ronneberger/Lanz/Jahn alias space-lab zeichnen nach, wie angesichts des Niedergangs traditioneller städtischer Ökonomien und eines forcierten Wettbewerbs zwischen Städten und Regionen nahezu allerorts städtische Managements das neue Credo kommunaler Politik durchgesetzt haben: Um der »Zukunftsfähigkeit« willen müsse die Stadt als wirtschaftliches Unternehmen geführt werden und sich auf die Anforderungen der neuen Ökonomie einstellen. So werden die Teppiche ausgerollt, also Gewerbeflächen ausgewiesen, Genehmigungen eilig erteilt und kommunale Gremien ausgehebelt, um Investoren und Konzernspitzen davon zu überzeugen, daß jeweils vor Ort die kapitalfreundlichste Zone eingerichtet wurde und die schnelle (Spekulations-)Mark zu machen sei. Die Autoren legen ihr Augenmerk dabei auf die Bereitschaft der Städte, ordnungspolitisch all diejenigen wegzupolieren, die als Kratzer im neuen städtischen Hochglanzlack ausgemacht werden. Während die gegenwärtige Stadtentwicklung die städtischen Bevölkerungen mit gravierenden Einschnitten in kommunale Versorgungs- und Sozialleistungen, gesteigerten Mietpreisen oder dem Verschwinden der alteingesessenen Eckkneipe konfrontiert, fungiert markige law&order Politik als neue Form der Integration des urbanen »Volkes«: Mögen sich andere Gegensätze auch noch so sehr zuspitzen – unter dem Banner der Gefahrenabwehr finden sich die verschiedenen Klassen der Mehrheitsgesellschaft als gemeinsam Bedrohte ein; publicityträchtig inszenierte Sicherheitspavillions und ein Heer von Uniformierten signalisieren, daß die Städte mit harter Hand gegen die als »gefährliche Klassen« Stigmatisierten vorgehen.Den Autoren zufolge zeichnet sich die gegenwärtige StadtalsStandort-Modernisierung gerade dadurch aus, daß sie das Modell gleichlaufender räumlicher Entwicklungen aufbricht und ein »Regime der Differenz«, d.h. ein hierarchisiertes Städtesystem und polarisierte Stadträume im Inneren entfaltet. Dies fängt das Buch dadurch ein, daß es als plastischer Streifzug durch eine sich rasant verändernde städtische Geographie geschrieben ist: Der Blick wandert von Stadt zu Stadt – und endlich einmal auch zu ostdeutschen Städten – und zeigt anhand zahlreicher konkreter Beispiele, wie sich der neue Stadttyp gerade durch lokale Unterschiede hindurch formiert. Gerade aufgrund dessen ist es jedoch schwierig, die Entwicklungen einem allgemeinen Topos zu unterstellen, da es in den einzelnen Städten nicht nur sehr unterschiedliche Startbedingungen und Lobbies (den Sozi-Gewerkschafts-Filz im Pott, den Finanzkomplex in Frankfurt/M., die Rüstungsindustrie in und um München) für den »Neuanfang« gibt, sondern eben auch durchaus unterschiedliche Strategien desselben. So zeigte sich bereits während der Innenstadtkampagne, daß von der neoliberalen Restrukturierung der Städte zu sprechen zwar schön und gut und nötig war, die Situation von Ort zu Ort aber sehr variiert. Während Hamburg, die Krisenstadt der '80er, durch frühzeitige Weichenstellung auf private-public-partnership längst wieder zur erfolgreichen Handels- und Unternehmensstadt avanciert, verpflichten sich andere Städte der trüben Aussicht, durch die Umwandlung ihrer kahlgeschlagenen Produktionsstandorte in kontrollierte Konsum- und Spektakelparks, nicht völlig ins Abseits zu geraten. Was Oberhausen sein CentrO, ist Bremen sein Space Park. So zeugt die Suche der Aut nach einem Generalbegriff für den en Stadttypus von Schwierigkei »Neofeudale« Stadt, »ständische ger«-Stadt? Treffend scheint die T von der »revanchistischen« Stadt, m diese darauf aufmerksam, wie stark gegenwärtige Offensive als Att gegen die Arrangements der vorau henden Jahrzehnte vorgetragen (oh ja, die fordistische Stadt war häß und mittelmäßig). »Revanchisti beschreibt den Gestus von Rücker rung, in dem von überstrapazierter T ranz schwadroniert wird und sich die Kontrolle über Räume zurückgen men werden soll, die angeblich Ganoventum, der Unmoral und Elend in Besitz genommen wurden gelungen das Buch auch ist – be man es auf die Innenstadtkamp repräsentiert es gemeinsam mit oben genannten Projekten der ver genen Zeit doch irgendwie die eins ge Verlagerung der Auseinanderset mit der Stadt zwischen Buchdeckel in Bilderrahmen. Feister stadtsoziol scher Nachschlag? Ob dies tatsäch so ist, bleibt, bleiben muss, ist nun wahrlich nicht Sache des Buches. Stadt als Beute – es kommt drauf was man draus macht.

Entnommen
dis
www.copyriot.com/di

T
Die Stadt als B
Klaus Ronneberger, W
Jahn und Stefan L
128 S. 24.80
Dietz Verlag, Bonn 1

Notizen

➲ Die nächsten Heftschwerpunkte:
232: **WTO/BUKO 23 und Antirassistische Praxis**
233: **Aids: Krise und Kontrolle**
234: **Out of this world: Science Fiction, Politik, Utopie**
- So wie es aussieht schaffen wir eventuell ein weiteres, bisher unerwartetes Heft zur Aids-Diskussion zu produzieren. Gute Artikel werden noch gesucht.

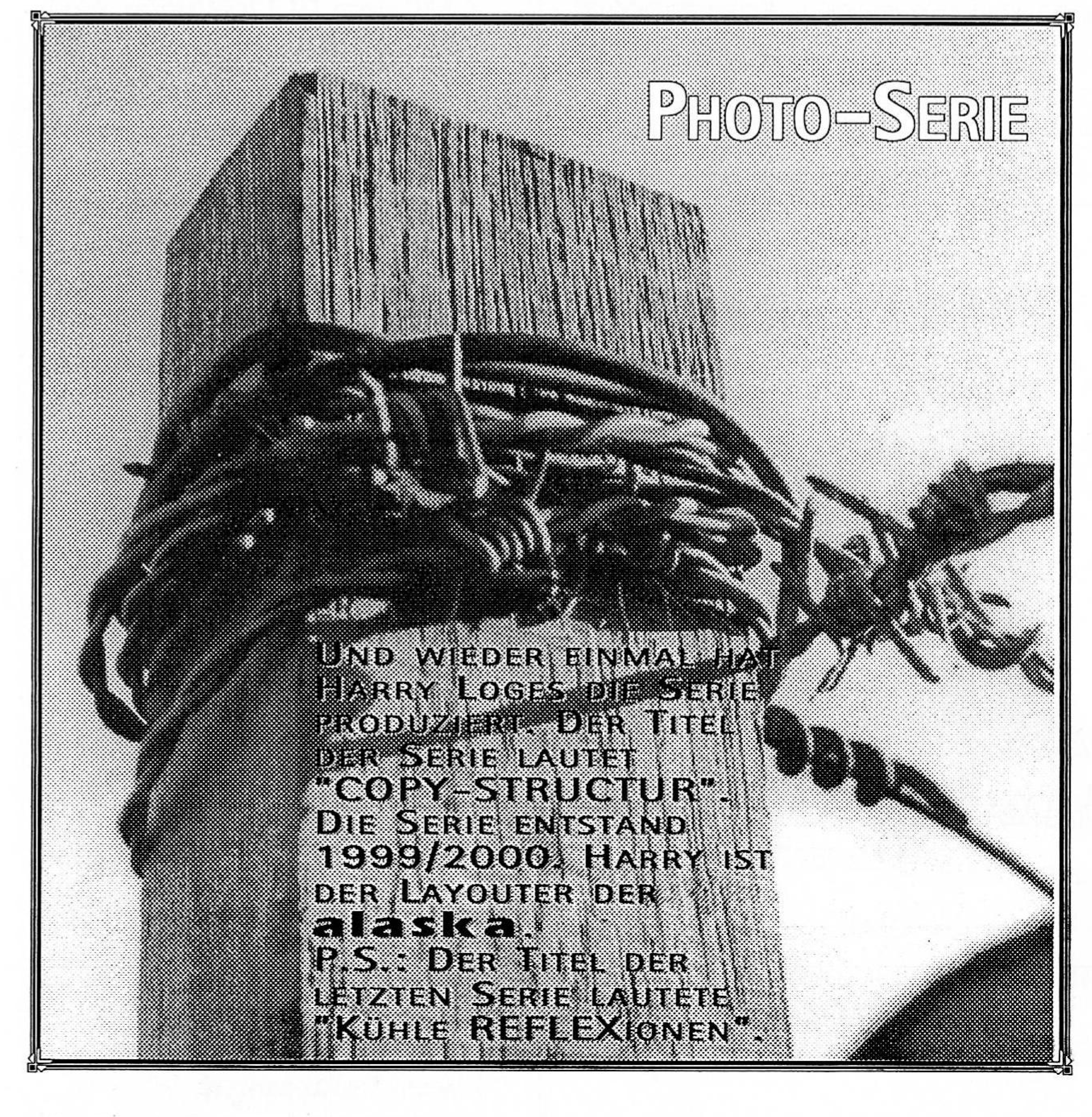
➲ Selbstverständlich sind wir immer noch **auf der Suche nach guten Artikeln** für den Themen- und den Kontexte-Bereich. Insofern sind wir dankbar für Tipps. Wo habt Ihr gerade was Spannendes gelesen, das den Nachdruck bzw. die Übersetzung lohnt? Wie heisst Euer derzeitiger Lieblingsartikel? Am besten gleich eine Kopie rüberschicken. Vermittlung wird lobend erwähnt - soweit gewünscht selbstverständlich.

➲ Wir suchen **Photo-Serien** für unser Layout. Konditionen erfragen! Wir können zwar nichts zahlen, aber ein Frei-Abo winkt.

➲ In der letzten Nummer befanden sich übrigens unter der Photo-Serie je ein Bild von **Britta Biesterfeld** (S. 30) und **Marie Fischer** (S. 42) aus zurückliegenden Serien. Diesmal ist wieder ein Bild von Marie Fischer aus Seite 40 zu sehen.

alaska: Dealer

- Buchladen Ostertor, Fehrfeld 60, Bremen
- Infoladen, St. Pauli Str. 10-12, Bremen
- Buchladen Neustadt, Lahnstrasse 65b, Bremen
- Universitätsbuchhandlung, Universität, Bremen
- Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, Hamburg
- Alhambra, Hermannstr. 83, Oldenburg
- Internationalismus-Buchhandlung, Engelborsteler Damm 10, Hannover
- Infoladen Korn, Kornstr. 28-30, Hannover
- Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87, Braunschweig
- Infoladen, Louisenstr. 93, Dresden
- EX, Gneisenaustrasse 2a, Berlin
- Buchhandlung Schwarze Risse, Gneisenaustrasse 2a, Berlin
- Infoladen Daneben, Liebigstrasse 34, Berlin
- b_books, Lübbenerstr. 14, Berlin
- Politik&Rausch, Grünbergerstr. 73, Berlin
- Buchhandlung Pro QM, Alte Schönhauser Strasse 48, Berlin
- N. N. Bücher, Kastanienallee 85, Berlin
- Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, Münster
- Buchladen Rote Strasse, Nikolaikirchhof 7, Göttingen
- Büchertisch Notstand, Universitätsstr. 150, Bochum
- Linke Liste Uni Dortmund, Dortmund
- Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197, Köln
- Infoladen LC 36, Ludolf-Camphusen-Str. 36, Köln
- Buchhandlung Schwarzes Schaf, Rathausplatz 2, Ludwigsburg
- Buchandlung Libresso, Bauerngasse 14, Nürnberg
- Infoladen, Breisacher Str. 12, München
- Versandbuchhandlung Anares-Nord, Postfach 1247, 31305 Uetze
- Infoladen Grauzone im JuZe, Dreiheiligenstr. 9, A-6020 Innsbruck
- Bookshop Het Fort van Sjakoo, Jodenbreestraat 24, NL-1011 Amsterdam



Impressum

alaska ist die Zeitschrift der entwicklungspolitischen und internationalistischen Aktionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich im Rahmen des Bundeskongreß (BUKO) organisieren.

Herausgeber: Verein für Internationalismus und Kommunikation, Bernhardstr. 12, 28203 Bremen

Redaktionsanschrift: **alaska**, Bernhardstr. 12, 28203 Bremen, Fon/Fax: 0421-72034
E-Mail: redaktionalaska@vobis.net

RedakteurInnen: Claudia Bernhard & Kai Kaschinski
Abos: Claudia Bernhard
Anzeigen: Kai Kaschinski
Layout: Harry Loges
Fotos: Harry Loges
Cover: Andy Markovits
Druck: Gegendruck, Bremer Str. 68a, 26135 Oldenburg

Bezugsbedingungen: **alaska** erscheint sechsmal pro Jahr. Das Jahresabo kostet:
Normal 48,- DM
Institutionen 70,- DM
Soli 70,- DM
Ausland-EU 70,- DM
Bei Abnahme mehrerer Exemplare (Gruppen) oder Kommissionsverkauf (Buchläden) gibt es 20% Rabatt.

Zahlungen nach Rechnungserhalt auf das unten angegebene Konto.
Kündigungen per sechs Wochen zum Jahresende, nicht gekündigte Abonnements verlängern sich um ein Jahr.
Sonderkonto: alaska, Nr.: 6669-209 bei PGA Hamburg, BLZ: 200 100 20

Nachdruck erwünscht, bitte Quelle angeben und Belegexemplar schicken.
Beiträge, die Mitgliedsgruppen des BUKO od[er] andere LeserInnen einschicken werden, sowe[it] redaktionell sinnvoll und möglich, abgedruc[kt].
V.i.S.d.P.: Claudia Bernhard
Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sin[d] die entsprechenden Personen bzw. Gruppen verantwortlich.

ISSN: 1436-3100

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitschrift so lange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung wieder zurückzusenden.

Jedes Herz ist eine revolutionäre Zelle...

Seit dem 19.12.99 sitzen Axel H., Harald G. und Sabine E. auf Grundlage des terroristischen §129a in Haft. Die Bundesanwaltschaft wirft ihnen eine Beteiligung an Aktionen der RZ/Rote Zora gegen die rassistische staatliche Flüchtlingspolitik aus den 80er Jahren vor.

Für die Kampagne zur Freilassung der drei brauchen wir in den nächsten Monaten dringend Spenden für RechtsanwältInnen, Reisekosten und Öffentlichkeitsarbeit.

...jede Mark ein Schritt zur Freilassung von Axel, Harald und Sabine!

Solikonto: Martin Poell, Kto-Nr: 2705-104, BLZ 10010010, Postbank Berlin, Stichwort „Freilassung"

Infos unter: www.freilassung.de

ANZEIG

Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt
H 11673
alaska
Bernhardstraße 12
28203 Bremen

internationalistisch
feministisch.
links.
anders.

alaska
Zeitschrift des BUKO
Bundeskongress
entwicklungspolitischer
Aktionsgruppen

DM 8,-